

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

13. Sitzung vom 25. Mai 2012

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

| | | | |
|--|-------|--|-------|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete | S. 3 | Rednerin: Abg Angela Schütz | S. 34 |
| 2. Fragestunde | | Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael Ludwig | S. 36 |
| 1. Anfrage (FSP - 01858-2012/0001 - KFP/LM) | S. 3 | Abstimmung | S. 36 |
| 2. Anfrage (FSP - 01857-2012/0001 - KSP/LM) | S. 7 | 7. LG - 03627-2011/0001, P 3: Änderung des Gesetzes über die Neuregelung der Elektrizitätswirtschaft (Beilage Nr 17/2012) | |
| 3. Anfrage (FSP - 01862-2012/0001 - KVP/LM) | S. 10 | Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael Ludwig | S. 37 |
| 4. Anfrage (FSP - 01859-2012/0001 - KFP/LM) | S. 13 | Abstimmung | S. 37 |
| 5. Anfrage (FSP - 01860-2012/0001 - KVP/LM) | S. 16 | 8. 01334-2012/0001-MDLTG; P 4: Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses 2012 | |
| 3. AST - 01881-2012/0002 - KVP/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Parkpickerl nur mit Zustimmung der Wienerinnen und Wiener" | | Berichterstatter Abg Dipl-Ing Omar Al- Rawi | S. 37 |
| Rednerin bzw Redner: | | Abstimmung | S. 37 |
| Abg Dipl-Ing Roman Stiftner | S. 19 | 9. 01704-2012/0001-MDLTG, P 5: Anfrage LG für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Bundesrates Hans-Jörg Jenewein (Beilage Nr 21/2012) | |
| Abg Dr Jennifer Kickert | S. 21 | Berichterstatterin Abg Kathrin Gaal | S. 37 |
| Abg Mag Johann Gudenus, MAIS | S. 21 | Redner: | |
| Abg Siegi Lindenmayr | S. 22 | Abg Senol Akkilic | S. 37 |
| Abg Dr Wolfgang Aigner | S. 23 | Abg Armin Blind | S. 38 |
| StR Mag Manfred Juraczka | S. 24 | Abg Dr Kurt Stürzenbecher | S. 39 |
| Abg Mag Rüdiger Maresch | S. 25 | Abstimmung | S. 40 |
| Abg Johann Herzog | S. 26 | 10. PGL - 01919-2012/0001 - KFP/MDLAT: Dringliche Antrag von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS und Abg Mag Dietbert Kowarik betreffend mehr Direkte Demokratie für Wien | |
| Abg Dipl-Ing Omar Al-Rawi | S. 27 | Verlesung durch Schriftführer Abg Senol Akkilic | S. 40 |
| 4. Mitteilung des Einlaufs | S. 28 | Begründung durch Abg Mag Johann Gudenus, MAIS | S. 41 |
| 5. LG - 00777-2012/0001, P 1: Änderung des Parkmetersgesetzes 2006 (Beilage Nr 19/2012) | | Abg Johann Herzog | S. 43 |
| Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate Brauner | S. 29 | Abg Dr Wolfgang Ulm | S. 46 |
| Abg Dr Wolfgang Ulm | S. 29 | Abg Dr Jennifer Kickert | S. 48 |
| Abg Mag Rüdiger Maresch | S. 30 | Abg Dr Wolfgang Aigner | S. 49 |
| Abg Gerhard Haslinger | S. 30 | Abg Dr Kurt Stürzenbecher | S. 52 |
| Abg Karlheinz Hora | S. 32 | Abg Mag Klaus Werner-Lobo | S. 55 |
| Abg Gerhard Haslinger | S. 33 | Abg Armin Blind | S. 57 |
| Abstimmung | S. 34 | Abg Heinz Hufnagl | S. 60 |
| 6. LG - 03543-2011/0001, P 2: Änderung des Wiener Feuerpolizei-, Luftreinhalte- und Klimaanlagengesetzes (Beilage Nr 20/2012) | | Abstimmung | S. 62 |
| Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael Ludwig | S. 34 | | |

(Beginn um 9 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Ich eröffne die 13. Sitzung des Wiener Landtages.

Entschuldigt sind folgende Abgeordnete: Frau Abg Mag Wurzer, die Dritte Präsidentin Klicka bis 11 Uhr, Abg Mag Anger-Koch bis 10 Uhr, Abg Florianschütz bis 11 Uhr, Abg Mag Holdhaus bis 11.30 Uhr, Abg Mag Kowarik bis 12 Uhr, Abg Dipl-Ing Schicker ab 12 Uhr, Abg Vettermann ab 12 Uhr und Abg Karner-Kremser ab 13 Uhr.

Wir kommen zur Fragestunde:

Die 1. Anfrage (FSP - 01858-2012/0001 - KFP/LM) wurde von Frau Abg Mag Dr Barbara Kappel gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. *(Der Rechnungshof hat im März 2012 festgestellt, dass das Land Wien die Ziele der Zusatzvereinbarung zum Finanzausgleich 2005 bzw. 2008 hinsichtlich der Aktivitätsausgaben um 588,22 Millionen EUR bzw. 10,8 % verfehlt hat. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um diesen Fehlbetrag im Sinne der Zusatzvereinbarung zum Finanzausgleich abzubauen?)*

LhptmStin Mag Renate Brauner - Frage
Bitte, Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen!

Die 1. Frage von Frau Kollegin Kappel befasst sich mit einem Rechnungshofbericht zu einer Zusatzvereinbarung zum Finanzausgleich 2005, nach dem angeblich – und an dem Wort merken Sie schon, dass die Stellungnahme der Stadt Wien zu diesem Rechnungshofbericht eine äußerst kritische war – angeblich unser Ziel, bei den Aktivitätsausgaben, also bei den Ausgaben für unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, möglichst sparsam vorzugehen, nicht erreicht wurde.

Warum sage ich angeblich? Zum einen deshalb – und ich glaube, das ist jedem klar, wenn ich das hier zitiere –, weil wir von Vereinbarungen zum Finanzausgleich 2005 und 2008 ausgehen und das Vereinbarungen waren, die vor allem im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt und mit allen damit im Zusammenhang befindlichen Vereinbarungen von ihrer zahlenmäßigen Vorgabe durch die Entwicklungen der Wirtschaft – Stichwort Weltwirtschaftskrise – obsolet wurden. Nicht zuletzt deswegen habe ich eigentlich während der vergangenen zwei Jahren mehr oder weniger dauernd einen neuen Stabilitätspakt verhandelt.

Wenn ich so zurückdenke, ist das eigentlich seit zwei Jahren eine Permanentverhandlung, weil natürlich die Annahmen, die damals im Jahr 2005, im Jahr 2008 den Zielvereinbarungen zugrunde gelegen sind, in keinsten Weise entsprochen haben. Ich darf nur in Erinnerung rufen, dass wir mit dem Stabilitätspakt, der damals gegolten hat, in allen Bereichen Überschüsse hätten abliefern müssen. Nun, wir wissen, wie die Realität war. Allein Wien hat durch die Wirtschaftskrise 1 Milliarde an

Einnahmen verloren und eine Vielzahl von Konjunkturpaketen geschnürt.

Womit ich auch schon beim zweiten kritischen Punkt bezüglich dieses Rechnungshofberichtes bin, denn was hier an Aktivitätsaufwand verbucht wurde und berechnet wurde, ist eben nicht nur der Personalstand und die damit verbundenen Ausgaben, sondern es wurden, obwohl wir klar gesagt haben, dass das unserer Meinung nach sachlich nicht korrekt und der Sache nicht dienlich ist, auch andere Ausgaben, vor allem eben Ausgaben durch Fremdmittelaufnahmen im Zusammenhang mit Konjunkturpaketen im Kampf gegen die Wirtschaftskrise, in diese Berechnung mit einbezogen, und von daher ist die Vergleichbarkeit absolut nicht mehr gegeben.

Diese Behauptung von mir kann ich auch beweisen, denn wenn man sich den Rechnungshofbericht anschaut, so ist im Vergleichszeitraum – ich nehme jetzt die Zahlen des Jahres 2010 – der Personalstand der Stadt Wien um 229 Beschäftigte gesunken. Also das kann sich gar nicht ausgehen, dass man auf der einen Seite unseren Personalaufwand um über 200 Vollzeitäquivalente senkt und angeblich gleichzeitig um fast 600 Millionen mehr ausgibt für das Personal. Das ist rechnerisch gar nicht möglich, und ich denke, alleine das zeigt, dass es hier – sagen wir einmal so – in der Zuordnung und in der Vergleichbarkeit Missverständnisse gegeben hat.

Jedenfalls – und das ist ja sozusagen das Ziel Ihrer Frage – ist die Aufgabe, vor der wir stehen, und zwar ohne jetzt mit diesem Rechnungshofbericht aus den genannten Gründen einen direkten Zusammenhang zu haben, natürlich die, in den nächsten Jahren die Sparziele, die wir haben, auch einzuhalten.

Unabhängig davon haben wir jetzt einen aktuellen Stabilitätspakt – er ist noch nicht gültig, noch nicht beschlossen, aber er ist vereinbart, wir haben ihn verhandelt, und ich glaube, wir haben ihn gut verhandelt –, nach dem wir entsprechend sparsam agieren müssen. Aber – und es ist mir schon auch sehr wichtig, das anzumerken – auch ohne diesen Stabilitätspakt, ohne diese Vorgaben, die wir, alle Länder gemeinsam, seitens des Bundes bekommen haben, nämlich immerhin 5,2 Milliarden einsparen zu müssen in den nächsten Jahren, haben wir von uns aus uns schon das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2016 wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Denn wenn man in der Politik ist, um zu gestalten – und das sind wir, wenn auch von unterschiedlichen Seiten her, doch alle –, braucht man dazu auch finanzielle Rahmenbedingungen. Insofern ist es für jeden gestaltunswilligen Politiker/Politikerin – ich gehe davon aus, dass wir das alle sind – natürlich unabdingbare Notwendigkeit, das Budget so in Ordnung zu halten, dass man auch wirklich wieder Gestaltungsmöglichkeiten hat und politisch etwas tun kann für die Menschen. Und das kostet Geld.

Deswegen haben wir uns – das habe ich schon beim Budgetvoranschlag im vergangenen Jahr präsentiert – vorgenommen, bis zum Jahr 2016 auch wieder entsprechend schwarze Zahlen zu schreiben. Dass wir das können, haben wir bewiesen, denn vor der Krise hat

Wien immer positiv budgetiert, immer einen Überschuss produziert, immer Schulden zurückgezahlt. Wir können das, und das hat uns auch in die Lage versetzt, da, wo es notwendig war – und jetzt war es notwendig –, entsprechend Fremdmittel aufzunehmen, um Maßnahmen zu setzen. Da kann man sich natürlich darüber lustig machen, aber das kann man nur dann, wenn einem die Menschen, denen wir mit diesen Konjunkturpaketen, die wir mit diesem Geld geschnürt haben, helfen wollen, egal sind. Uns sind die Menschen nicht egal. Deswegen haben wir Mittel aufgenommen, um die Menschen zu unterstützen, ihnen zu helfen. Das haben wir auch erfolgreich gemacht, und das werden wir auch weiter machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Dr Kappel. – Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Vielen Dank für Ihre ersten Ausführungen zu diesem Thema. Wir haben ja am Montag im Finanzausschuss auch schon darüber sprechen können. Ich habe mir den Rechnungshofbericht durchaus genau angeschaut, auch die Stellungnahme des Wiener Stadtsenates dazu, und meine Erkenntnis war, dass von den 588 Millionen, die der Rechnungshof als Fehlbetrag aus der Zusatzvereinbarung zum Finanzausgleich 2005 bis 2010 ausweist, allein 378 Millionen im Bereich Spitäler und Gesundheit anfallen. Und darin sind – da kommen wir gleich zu einem Thema, das Sie angeschnitten haben – selbstverständlich nicht nur die Personalstände, sondern insbesondere die Betriebskostenzuschüsse an den Wiener Krankenanstaltenverbund berücksichtigt. Das heißt, es ist das nicht krisenbedingt, was da jetzt an Abweichung ist, sondern in erster Linie auf den Bereich Gesundheit und Spitäler zurückzuführen, nämlich mit über 37 Prozent des Gesamtanteils.

Was ich positiv anmerken möchte: Der Personalstand ist reduziert worden! Sie lagen hier sogar unter den Vorgaben, die in der Zusatzvereinbarung genannt waren. Das heißt aber, dass es in erster Linie der Sachaufwand war, der den Aktivitätsaufwand ansteigen ließ.

Meine Frage nun: Welche Maßnahmen werden Sie hier setzen, dass diese Sachaufwände, insbesondere im Bereich Spitäler und Gesundheit, in der kommenden Periode auf ein Maß reduziert werden, das den Vorgaben des Finanzausgleiches samt Zusatzvereinbarungen beziehungsweise den Stabilitätspaktkriterien entspricht?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich möchte kurz das, was Sie gesagt haben, relativieren, denn selbstverständlich waren in dieser Zeit auch bei den Zuschüssen an den KAV Konjunkturmaßnahmen drinnen. Ich darf in Erinnerung rufen – das war mir persönlich sehr wichtig, vielleicht war ich da auch noch ein wenig unter dem Einfluss meiner Zeit als Gesundheitsstadträtin –, dass bei diesem Konjunkturpaket auch Maßnahmen gesetzt werden, die

in diesem Bereich wirksam sind, und zwar deswegen – das war wieder das Hütchen der Finanz- und Wirtschaftsstadträtin –, weil mit den Geldern, die wir dem Krankenanstaltenverbund im Zuge des Konjunkturpaketes zur Verfügung gestellt haben, sehr viel an Renovierungsarbeiten passiert ist, und wir alle wissen, dass diese Maßnahmen besonderes arbeitsplatzintensiv sind und dass sie vor allem der Wiener Wirtschaft zugute kommen.

Wir wissen ja, bei Großaufträgen, wie der U-Bahn zum Beispiel, geht ja fast die Hälfte – und das ist in Ordnung so, bitte, missverstehen Sie mich nicht – der Aufträge und damit auch der Arbeitsplätze über Wiens Grenzen hinaus in die Bundesländer – das ist die Aufgabe einer Metropole, der Bund zahlt ja auch einen Teil mit; das ist in Ordnung, also bitte das nicht misszuinterpretieren –, aber so Kleinaufträge, wie wir das zum Beispiel gemacht haben – und das war mir eben so wichtig – im Gesundheitsbereich, wo wir Aufzüge eingebaut haben, Fenster saniert haben, Malerarbeiten gemacht haben, das sind genau die Aufträge, die direkt in die Wiener Wirtschaft gehen und damit Wiener Arbeitsplätze sichern.

Deswegen war mir das auch so wichtig, auch in diesem Fall. Danke, dass Sie sich das so genau angeschaut und auch gesehen haben, dass hier eben Aufwände zugerechnet wurden seitens des Rechnungshofes, die eigentlich dort nicht hineingehören. Da waren sehr wohl auch Konjunkturinvestitionen drinnen; eben im Zuge des BKZ und IKZ.

Nichtsdestotrotz haben Sie natürlich völlig recht. Wenn wir versuchen wollen, die budgetäre Entwicklung der Stadt abzufachen, ist natürlich der zentrale Kern der Gesundheitsbereich. Das ist aber nun wirklich keine Neuigkeit und auch nicht Ergebnis dieses Rechnungshofberichtes, sondern wie Sie alle wissen, gibt es gerade jetzt wieder intensivste Gespräche und sehr positive Gespräche der Gesundheitsstadträtin, um genau diese dynamische Entwicklung des Gesundheitsbereiches abzufachen. Denn jeder, der Ihnen erzählt, er macht Maßnahmen, um die Gesundheitsausgaben zu verringern, ist entweder ein Scharlatan oder er hat keine Ahnung, wovon er spricht. Das ist natürlich bei unserer demographischen Entwicklung, bei der Entwicklung der Versorgungsmöglichkeiten, die es gibt, bei den Medikamentenkosten und so weiter nicht möglich, aber wir müssen unbedingt schauen – und da sind wir gerade dabei, da leistet die Frau StRin Wehsely, ich möchte fast sagen, heroische Arbeit –, dass wir es wirklich schaffen, diese Kostendynamik einzubremsen.

Aber das hat auch wiederum mit dem hier gar nichts zu tun, sondern diese Verhandlungen gibt es seit Langem und die hängen natürlich sehr stark auch davon ab, dass die Partner da auch mitmachen. Jetzt scheint es eben so ein „window of opportunity“ zu geben, wo wirklich alle Beteiligten – der Bund, alle Länder und nicht zuletzt die Sozialversicherung, die da ganz wichtig ist, denn ohne die Abstimmung mit dem niedergelassenen Bereich funktioniert das System gar nicht – bereit sind,

hier an einem Strang zu ziehen. Details bitte ich Sie, die zuständige Stadträtin zu fragen, aber wie ich von Frau StRin Wehsely weiß, ist man hier auf einem sehr guten Weg, und die Chance auf einen baldigen Abschluss ist sehr groß.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Al-Rawi. Ich bitte darum.

Abg Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Guten Morgen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

In Europa gibt es, nicht zuletzt durch die politische Wende in Frankreich, vermehrt Diskussionen über neue Wachstumsinitiativen. Sie gehören aber zu jenen PolitikerInnen, die schon seit Jahren das Prinzip des Investierens und Sparens vertreten haben. Ich habe noch sehr gut in Erinnerung Ihre Budgetreden, wo Sie das immer auf den Punkt gebracht haben, dass wir das zarte Pflänzchen des Aufschwungs der Konjunktur nicht im Keim ersticken sollten.

Meine Frage ist: Was bedeutet das nun für Wien?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ja, das stimmt, wir haben das immer vertreten, und mit heißerem Herzen denn je vertrete ich diese Position auch jetzt. Ich habe mich auch – ich glaube, es war gerade von dieser Stelle – nicht gescheut, die Politik der Europäischen Union zu kritisieren, hier nur auf ein Bein zu setzen, nämlich das Sparen. Man weiß, was passiert, wenn man nur auf einem Bein steht, es haut einen auf die Nase. Wir haben ja gerade in den vergangenen Wochen einige Interviews von brillanten Ökonomen gelesen, und die haben sich auch sehr dramatisch geäußert. Ich glaube, es war Grubman, der hier einen sehr dramatischen Vergleich herangezogen hat, indem er gesagt hat, es kommen ihm die Neoliberalen in Europa vor wie Zombies, die immer weiter taumeln, obwohl man schon längst merkt, dass die Maßnahmen, die hier gesetzt werden, keinesfalls helfen. Denn wohin diese radikale Sparpolitik in Griechenland geführt hat, sieht man. Es hat in keinsten Weise zu einer Verbesserung der Situation geführt, ganz im Gegenteil, zu einer Verschlechterung. Ich glaube, ehrlich gesagt, man muss kein Wirtschafts-nobelpreisträger sein – die zwar dasselbe sagen –, um zu sehen, dass Maßnahmen, die die Einkommen der Menschen und damit ihre Ausgabemöglichkeiten, die Investitionen benachteiligen und verhindern, natürlich zu einem Abfall des Wirtschaftswachstums oder, wie es so schön heißt, zu einem negativen Wirtschaftswachstum – die Ökonomen verwenden manchmal ziemlich verrückte Begriffe – führen, womit erstens einmal schon automatisch die Schulden steigen von der Relation her und womit man jedenfalls nicht aus der Krise herauskommt.

Insofern bin ich sehr froh – wir unterstützen das in jeder Hinsicht –, dass hier auch auf europäischer Ebene eine zusätzliche Vereinbarung zu einem Wachstumspaket geschlossen wird. Ich glaube, dass die Bundesregierung im Rahmen der Möglichkeiten, die die Europäische Union gegeben hat, schon einen sehr

vernünftigen Weg gegangen ist. Da kann man über das eine oder andere diskutieren, aber im Prinzip ist auch da Sparen und Investieren die Grundidee des Paketes der Bundesregierung gewesen.

Auf der Europäischen Ebene schaut es anders aus, und ich glaube, dass es dringend notwendig ist, dass es hier zu Veränderungen kommt. Ich werde alles Mögliche daransetzen, das auch entsprechend zu unterstützen, und ich glaube, dass Maßnahmen seitens der Europäischen Union – so wie das gestern zum Beispiel von unserem Bundeskanzler berichtet wurde und auch ganz zentral eingebracht wurde –, nämlich Maßnahmen zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, natürlich auch für uns wichtig wären, aber – und ich denke, das sollten wir wirklich europäisch denken – noch sehr viel wichtiger wären für Länder wie Griechenland oder Spanien, wo mittlerweile mehr als die Hälfte der jungen Menschen keine Arbeit, keine Zukunft, keine Perspektive hat.

Wenn wir hier europäisch denken, dann denken wir nicht nur solidarisch, sondern wir denken auch egoistisch, und zwar zu Recht egoistisch. Denn 50 Prozent junge Menschen in so großen Ländern, die keine Zukunftsperspektive haben, sind so ein unglaubliches Pulverfass, auf dem wir alle sitzen, dass wir das keinesfalls riskieren sollten. Da riskieren wir den sozialen Frieden. Der soziale Friede hat dieses Europa und Österreich groß gemacht, und das sollten wir keinesfalls riskieren. Deswegen bin ich sehr dahinter, und was immer ich tun kann, tue ich, um diese durch die französische Wahl eingeleitete Wende der Politik in Europa auch zu unterstützen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Neuhuber. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Sie haben vorhin gesagt, dass wir bis 2016 in Wien wieder in die schwarzen Zahlen kommen sollen. Das ist natürlich eine Kunde, die wir alle gern hören, gar keine Frage. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, um das Ziel zu erreichen: auf der einen Seite natürlich bei den Ausgaben zu sparen und einzuschränken, auf der anderen Seite aber auch bei den Einnahmen vielleicht etwas zuzulegen.

Wir haben ja im letzten Jahr hier verschiedenste Diskussionen zum Thema Gebührenerhöhungen geführt. Ich weiß schon, ein Budget ist eine dynamische Angelegenheit, und man kann heute sehr schwer die nächsten drei oder vier Jahre voraussagen, noch dazu in diesem Europa im Umbruch, aber ich möchte Sie fragen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, aus heutiger Sicht: Können Sie bis Ende dieser Legislaturperiode weitere Gebühren- oder Steuererhöhungen in Wien ausschließen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Zum einen: Die Tatsache, dass wir uns eben bis 2016 schwarze Zahlen

vorgenommen haben, ist – das möchte ich nur der Ordnung halber festhalten – sozusagen keine Neuigkeit, sondern das habe ich schon bei der Budgetpräsentation gesagt. Wenn ich Sie erinnern darf an mein V, das zeigt, wie die Einnahmen heruntergefallen sind, was sich damit logischerweise auf unser Defizit auswirkt, und wie wir uns dann eben wieder hinaufhandeln bis zum Jahr 2016 zu einer schwarzen Null. Also dieses Ziel hatten wir schon lange, und ich lege auch Wert darauf, dass klar ist, dass wir das schon hatten, bevor die Pakete des Bundes geschnürt wurden oder bevor Stabilitätsverhandlungen begonnen haben. Aber nichtsdestotrotz ist es jetzt natürlich auch in Papier gegossen, und wir werden ja hier auch noch entsprechende Diskussionen dazu haben.

Das Zweite – Sie haben es nicht explizit gesagt, aber es ist ein bisschen implizit in Ihrer Frage mitgeschwungen –, was ich auch sehr deutlich machen möchte: Die Gebührenerhöhungen haben überhaupt nichts mit den Sparpaketen zu tun, sondern das sind Einnahmen, die ganz klar der Absicherung und dem Ausbau des wichtigen Bereiches der Daseinsvorsorge in dieser Stadt gelten. Das heißt, all das, was hier an Gebührenerhöhungen und an Dynamisierungen vorgenommen wird – Sie wissen, dass wir ja entsprechende Grundlagen beschlossen haben –, dient ausschließlich der Absicherung der Daseinsvorsorge. Und wie wichtig die ist, hat, denke ich, gerade jetzt auch die Krise gezeigt. Ich wage gar nicht, mir vorzustellen, was gewesen wäre, wenn in Wien der öffentliche Transport oder die Wasserversorgung privaten Unternehmungen, die dann vielleicht irgendwelche Heuschrecken im Hintergrund haben, gehört hätten und die nach diesen Prinzipien gehandelt hätten, wie unsere schöne Heimatstadt dann ausschauen würde.

Und zu Ihrer Frage, betreffend die Zukunft alles auszuschließen, jede Erhöhung auszuschließen: Sie wissen genau, dass ich schon gesagt habe, es sind in nächster Zeit keine Erhöhungen geplant, Sie wissen genauso, dass wir natürlich unser Valorisierungsgesetz beschlossen haben, das gilt und das weiter gelten wird, und Sie wissen ganz genau, dass der Spruch nicht von mir ist, aber trotzdem sehr gut: Prognosen sind sehr schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen.

Insofern kann Ihre Frage nicht ernst gemeint sein – und ich sehe es an Ihrem freundlich zurückhaltenden Lächeln, dass es auch so ist –, dass Sie von mir jetzt bis zum Ende der Legislaturperiode eine Fixierung haben wollen, aber ich sage zum wiederholten Male ganz deutlich – damit ich auch da dann nicht falsch zitiert werde –: Es sind für die Zukunft keine weiteren Erhöhungen geplant. Jetzt haben wir das Valorisierungsgesetz, das gilt natürlich, aber es sind keine weiteren Erhöhungen geplant.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 4. Zusatzfrage stellt der Abg Dipl-Ing Margulies. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Sie haben es ja selber angesprochen, die

Wirtschafts- und Finanzkrise ist bei Weitem nicht überwunden. Ich erlaube mir nur einen ganz kurzen Exkurs. Meines Erachtens befinden wir uns global auch in einer ganz enormen Demokratiekrise, wenn die Europäische Union de facto durch die Blume Griechenland ausrichtet: Entweder ihr wählt, wie wir wollen, oder ihr fliegt raus aus der EU! Das halte ich für eine sehr, sehr gefährliche Entwicklung.

Ich will aber zurückkommen nach Österreich und zum Stabilitätspakt. Halten Sie es angesichts der wirtschaftlichen Situation für vorstellbar, dass der Stabilitätspakt, der innerösterreichisch von den Ländern – glücklicherweise, sage ich – sehr abgemildert wurde und nicht mehr dem Fiskalpakt auf europäischer Ebene entspricht, in Wien um einen Wachstums- und einen Beschäftigungspakt ergänzt wird?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich glaube, grundsätzlich, dass, wollen wir diese Krise überwinden, zwei Dinge notwendig sind. Das eine sind wirkliche Reformen dieses Wirtschaftssystems, die es ja nach wie vor nicht gibt. Ich darf Sie alle daran erinnern, was es am Höhepunkt der Krise alles an Vorschlägen gegeben hat, bis hin zu solchen, die wahrscheinlich nie wirklich realistisch waren, aber moralisch mehr als verständlich: Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln zum Beispiel, mit Grundnahrungsmitteln, und vieles anderes mehr, Eindämmung der Macht der Rating-Agenturen – das ist schon sehr viel realistischer –, vieles, vieles hat es gegeben. Von diesen Maßnahmen ist viel zu wenig umgesetzt worden, und wenn wir nicht die Ursachen der Krise bekämpfen, dann werden wir uns zwar auf dem Rücken der Menschen heraushandeln, aber am System ändert sich nichts, und die Gefahr besteht, dass die nächste Krise vor der Tür steht. Die Reichen sind reicher geworden, die Armen ärmer. Das kann es nicht sein!

Das heißt, man muss weiter auf der politischen Ebene darum kämpfen, dass sich die Grundregeln, die für diese Krise verantwortlich sind, endlich ändern, damit wir nicht weiterhin, wenn wir die Zeitung aufschlagen, lesen, was die Damen und Herren – meistens sind es Herren, was wohl auch kein Zufall ist – in den großen entsprechenden Unternehmen in Amerika kassieren. Das sind Summen, die kann man sich gar nicht vorstellen. Und das alles am Buckel der Steuerzahler, die hier dann die Zeche zahlen. – Das ist die eine Ebene.

Die zweite Ebene ist – und das gilt meiner Meinung nach auf der europäischen Ebene, das gilt auf der staatlichen Ebene, und das gilt natürlich auch für uns –, dass diese Einsparungsbemühungen, diese Stabilitätsbemühungen ergänzt werden müssen um Maßnahmen, die Wachstum fördern. Und das tun wir in Wien ja auch. Wenn wir uns unser Budget anschauen, dann haben wir genau diese Steigerung der nachfragewirksamen Ausgaben, dann haben wir diese Steigerung der Investitionen. Ich will jetzt nicht zu lange werden, aber wenn wir uns anschauen, was wir zum Beispiel in den Wiener Unternehmungen an Investitionsvorhaben planen – wir haben es jetzt nicht als Paket bezeichnet und ein Mascherl herumgebunden –,

dann haben wir hier – diese eine Bemerkung sei mir noch erlaubt, denn Sie wissen, dass mir das ein Herzensanliegen ist – natürlich unsere Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, und die wird es selbstverständlich weiter geben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die fünfte und letzte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Dr Kappel. Ich bitte darum.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Lassen Sie mich nun wieder zu unserem eigentlichen Fragethema, nämlich zum Rechnungshofbericht über den Aktivitätsaufwand zurückkehren. Es gibt hier noch zwei formal-strukturelle Schwachstellen, die mir besonders aufgefallen sind und zu denen ich Ihnen eine Frage stellen möchte.

Das eine ist der Evaluierungszeitraum. Es wurde in der Zusatzvereinbarung zum Finanzausgleich vereinbart, dass die Maßnahmen alle zwei Jahre zu evaluieren sind. Die Vereinbarung wurde 2005 für den Zeitraum 2006 bis 2010 geschlossen. Erstmals geprüft wurde im Jahr 2012. Das heißt, wir hatten hier nicht zwei Jahre, sondern de facto sechs Jahre als Prüfungszeitraum.

Mein zweiter Kritikpunkt, den auch der Rechnungshof anführt, ist: Es wurden im Rahmen des Rechnungshofberichtes drei Bundesländer geprüft, nämlich Salzburg, Steiermark und Wien, und es war klar, dass die Prüfkriterien, das heißt, die Abrechnungsmethoden und Kennzahlen, die die einzelnen Bundesländer im Rahmen der Kameralistik anwenden, nicht transparent und vergleichbar sind. Deshalb kam es auch zu den Problemen, die Sie vorhin ansprachen, nämlich als Sie sagten, dass in Wien zum Beispiel der Betriebskostenzuschuss an den KAV angeführt sei, was in anderen Bundesländern nicht der Fall wäre.

Meine Frage nun an Sie: Werden Sie Maßnahmen setzen, und wenn ja, welche, um die öffentliche Buchhaltung, das öffentliche Rechnungswesen, die Kameralistik transparenter und auch über die Bundesländer hinweg nachvollziehbarer und vergleichbarer zu gestalten? Werden Sie hier Vorreiter sein in Wien und entsprechende Initiativen setzen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Frau Kollegin, das sind zum Teil Forderungen, die Sie an die falsche Adresse richten, denn die Evaluierung hätte der Bund machen müssen und hat es nicht getan. Wir haben das auch im Gespräch – wenn ich das in Erinnerung rufen darf, ich glaube sogar, ich kann es aber nicht beschwören, in unserer Diskussion im Ausschuss haben wir das erwähnt –, diese Frage der Vergleichbarkeit und der Transparenz. Ich kann nur sagen, unser Budget ist transparent, und wir in Wien haben die Daten, die wir dem Rechnungshof gemeldet haben, aus unserem Budget genommen. Ob das bei allen anderen auch so war, sage ich jetzt einmal, weiß ich nicht, aber unser Budget ist transparent, und ich bin für unser Budget verantwortlich.

Die Vergleichbarkeit ist natürlich gegeben, weil es ja

entsprechende Regelungen des Bundes gibt. Wir melden ja – das ist jetzt durch den neuen Stabilitätspakt noch ausdifferenziert und verfeinert worden – dem Bund unsere entsprechenden Ausgaben, und die sind natürlich auch vergleichbar.

Was, denke ich, immer schwierig sein wird – und darunter leiden wir zum Teil, das gebe ich gerne zu –, ist die Tatsache, dass Wien eben Land und Gemeinde ist und das die anderen Bundesländer nicht sind. Darunter leiden wir in vielen Vergleichen, weil oft Wien mit anderen Ländern verglichen wird, und das ist natürlich komplett falsch. Man darf Wien nicht mit Niederösterreich vergleichen, sondern man muss Wien mit Niederösterreich, St Pölten, Wiener Neustadt, Gramatneusiedl und, und, und vergleichen. Das passiert meistens nicht, und das ist ein großes Problem, ist aber eines, das sicher nur lösbar ist, indem man auf die Seriosität der Partner setzt und versucht, immer wieder darauf hinzuweisen. Und Sie können versichert sein, dass wir das auch jedes Mal machen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin, für die Beantwortung der ersten Fragestellung.

Frau Abg Mag Sonja Ramskogler stellt die 2. Anfrage (FSP - 01857-2012/0001 - KSP/LM) an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. (*Seit Herbst 2010 müssen alle 5- bis 6-jährigen Kinder in ganz*

Österreich 20 Stunden pro Woche verpflichtend einen Kindergarten besuchen. Welche Bilanz können Sie für Wien bis dato ziehen?)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Sie fragen mich nach der Bilanz des verpflichteten Kindergartenjahres, welches ja seit Herbst 2010 in gesamt Österreich eingeführt wurde, eine Maßnahme, die wir sehr begrüßt haben, unterstützt haben und auf die wir uns in Wien ja auch entsprechend intensiv vorbereitet haben, eine Maßnahme aber auch, die aufgebaut hat auf einem sehr hohen Versorgungsgrad gerade in Wien. Jene Kinder, die durch das verpflichtende Kindergartenjahr zusätzlich in den Kindergarten gekommen sind, waren eine durchaus überschaubare Zahl von rund 800 Kindern in einer Alterskohorte, die insgesamt rund 17 000 Kinder beträgt. Das zeigt einfach, wie stark hier der Versorgungsgrad in diesem Alterssegment und in dieser Altersgruppe in Wien bereits war.

Es ist sehr erfreulich, dass diese Bilanz sehr, sehr positiv ausfällt, weil es nämlich nicht nur auf der administrativen Ebene – da haben ja viele von Chaos gesprochen und davon, dass es nicht gelingen wird, die Kinder entsprechend unterzubringen – gut funktioniert hat, sondern vor allem auch große Akzeptanz bei den Eltern, aber mittlerweile auch große Zustimmung bei den Lehrern und Lehrerinnen in den Volksschulen gefunden hat.

Dies zeigt sich insbesondere daran, dass es gerade im ersten Jahr der Einführung eine durchaus

überschaubare Zahl von Personen gegeben hat, an denen – und das ist ja durchaus zu erwarten gewesen – trotz Informationsoffensiven, trotz der entsprechenden Information vielleicht das eine oder andere vorübergegangen ist. Es war im ersten Jahr notwendig, hier in 117 Fällen entsprechende Strafen, wie sie im Wiener Frühförderungsgesetz vorgesehen sind, zu verhängen, also durchaus eine, wie ich glaube, sehr, sehr geringe Zahl und eine Zahl, die nicht nur darauf zurückzuführen ist, dass Kinder der Besuchspflicht nicht nachgekommen sind, sondern da war eine große Zahl von Kindern darunter, die dann den regelmäßigen Besuch etwas vernachlässigt haben. Hier waren entsprechende Ermahnungen und entsprechende Geldstrafen in 117 Fällen auszusprechen, aber es zeigt, wie gesagt, bei insgesamt rund 17 000 Kindern in der Alterskohorte, wie hoch hier die Akzeptanz vor allem auch bei den Eltern gewesen ist.

Es hat hier natürlich auch entsprechende Ausnahmen gegeben, die wir entsprechend dem Wiener Frühförderungsgesetz genauso wie alle anderen Bundesländer vorgesehen haben. Es gab 651 Ausnahmen von der Besuchspflicht durch den vorzeitigen Schuleintritt – in diesem Alterssegment besteht ja durchaus die Möglichkeit, dass Kinder früher eingeschult werden; es ist dies der überwiegende Teil –, 4 Kinder haben Ausnahmen bekommen betreffend die Betreuung durch eine Tagesmutter und einen Tagesvater, 33 Kinder durch die häusliche Erziehung, und bei lediglich 4 Kindern – und ich glaube, das ist vor allem der besondere Wert und zeigt, wie gut wir in Wien in diesem Bereich aufgestellt sind – haben die Eltern um Ausnahme von der Besuchspflicht auf Grund einer Behinderung ersucht. Das ist ja etwas, was die Eltern tun müssen, und nicht etwas, was wir feststellen. Das heißt, wir ersehen daraus, in welchem großem Ausmaß es möglich war, Kinder mit Behinderung in den entsprechenden Kinderbetreuungseinrichtungen zu versorgen.

Im heurigen Jahr ist die Bilanz noch wesentlich besser, was sehr, sehr erfreulich ist und eben zeigt, dass hier durchaus auch im Bereich der Information einiges gelungen ist. Im heurigen Jahr – es ist ja noch nicht ganz abgeschlossen – waren es lediglich 24 Fälle, die entsprechend ermahnt beziehungsweise gestraft werden mussten. Also hier sind wir, das kann man wirklich sagen, sehr, sehr gut unterwegs. Vor allem sind auch – und das freut mich eben – die Eltern sehr, sehr pflichtbewusst, da sie wissen, wie wichtig die Kindergärten in diesem Bereich sind, und akzeptieren, dass Kindergärten eine wichtige Rolle erfüllen.

Das besonders Erfreuliche ist, dass die Rückmeldungen vor allem aus dem Schulbereich zeigen, wie gut die Maßnahme auch inhaltlich wirkt. Kinder, die in einer gemeinschaftlichen Umgebung bereits sozialisiert sind, haben weniger Umstellungsschwierigkeiten in den Schulbereich. Das ist sehr erfreulich und darum, glaube ich, eine sehr, sehr positive Bilanz.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Ing Leeb. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Landesrat!

Sie haben jetzt selber gesagt, dass Sie sehr froh sind über diese Maßnahme und dass die Ergebnisse sehr positiv sind. Davon bin ich auch felsenfest überzeugt. Wien steckt derzeit sehr viel Geld – wie soll ich das jetzt sagen – in das Auffangen von Bildungsdefiziten. Also ich habe selber wieder das traurige Erlebnis gehabt, letzte Woche Lehrlinge für mein Unternehmen zu suchen. Ich betone, da geht es nicht nur um Lehrlinge oder junge Menschen mit Migrationshintergrund. Die haben Abschlüsse von Pflichtschulen in Wien und weisen große Defizite, speziell auch im sprachlichen Bereich auf.

Früher investieren, statt später reparieren, ist eigentlich ein sehr guter Ansatz, den unser Staatssekretär Sebastian Kurz in einem Pilotprojekt vorangestellt hat, das jetzt in Salzburg und Niederösterreich gestartet wurde, um überhaupt gleich noch ein Jahr früher anzusetzen, also ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für die Kinder, die es nötig haben.

Gibt es Pläne, gibt es Überlegungen, das auch in Wien so einzuführen oder zumindest einen Pilotversuch zu machen, denn gerade in Wien haben wir ja in diesem Bereich wirklich die größten Herausforderungen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Keine Frage, wir haben hier in Wien durchaus auch besondere Herausforderungen, aber es hat durchaus einen Grund, warum Pilotversuche in anderen Bundesländern gestartet wurden. Eine der wesentlichen Herausforderungen sind natürlich diverseste Defizite, und es ist mir ganz besonders wichtig, darauf hinzuweisen. Es geht eben nicht nur um Sprachdefizite, wie Sie richtig gesagt haben, sondern es geht natürlich um viele Defizite, und hier ist der Kindergarten eben die entsprechende wichtige Einrichtung.

Ich glaube daher, dass wir vor allem durch die Einführung des Gratiskindergartenjahres und die entsprechende Unterstützung auf allen Ebenen den richtigen Weg gegangen sind, der ja letztendlich dazu geführt hat, dass eben der Versorgungsgrad und der Betreuungsgrad ein sehr, sehr großer ist. Und wir wissen durchaus auch aus den diversesten Erhebungen und Untersuchungen, dass gerade jene Gruppe, die noch nicht den Kindergarten besucht – sei es jetzt im verpflichtenden Kindergartenjahr oder auch in der Alterskohorte der Vier- bis Fünfjährigen – vielfach nicht jene Kinder sind, die entsprechenden Förderbedarf haben, sondern dass da auf Grund der sozialen Umstände sehr stark eine Betreuung der Kinder zu Hause erfolgt. Wir wissen daher aber auch im Umkehrschluss, dass gerade jene Gruppe, die Förderbedarf hat, zum überwiegenden Anteil bereits in den Kindergärten ist.

Das unterscheidet uns durchaus sehr maßgeblich von Bundesländern, wo halt der Versorgungsgrad

unterhalb der Fünf- bis Sechsjährigen beziehungsweise der Drei- bis Sechsjährigen – jetzt rede ich gar nicht von den Null- bis Dreijährigen – noch wesentlich geringer ist. Das heißt, wir können durchaus davon ausgehen, dass, ungeachtet der Kindergartenpflicht der Vier- bis Fünfjährigen, ein großer, ein überwiegender Teil bereits Wiener Kindergärten besucht, weil wir eben eine sehr starke Versorgung in diesem Bereich haben. Und das unterscheidet uns durchaus von Bundesländern, wo es teilweise überhaupt nur Angebote von 4 bis 6 Jahren gibt, ganz zu schweigen von einem Versorgungsgrad von jenseits der 90 Prozent.

Ich habe immer gesagt, ich kann mir diverse Überlegungen vorstellen. Wir können das durchaus auch in Pilotversuchen machen. Aber noch einmal: Ich gehe davon aus, der überwiegende Teil – und das hat man ja auch schon bei den Fünf- bis Sechsjährigen gesehen – geht in die Kindergärten, und die, die nicht gehen, sind eben nicht jene, die einen Förderbedarf haben, sondern durchaus jene, die sozial bessergestellt sind und sich das anders organisieren können. Also für Pilotversuche et cetera bin ich durchaus zu haben.

Ich habe aber auch immer gesagt, ich bin gleichzeitig dafür, den Kindergarten nicht ständig Veränderungen zu unterziehen. Ich glaube, dass sich auch die Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Bereich durchaus ein wenig Verschnaufpause verdient haben bei der Vielzahl von Änderungen: Einführung der Bildungspläne, verpflichtendes Kindergartenjahr, Gratiskindergartenjahr, jetzt eine sehr starke Einbindung auch der Elternarbeit, was mir ganz besonders wichtig ist, gerade auch in dem von Ihnen angesprochenen Punkt. Das wird ja jetzt ein nächstes großes Vorhaben sein, gerade auch die Elternarbeit im Kindergarten zu intensivieren.

Ich meine daher, das ist nicht meine vordringliche Notwendigkeit, weil die überwiegende Zahl bereits in den Kindergarten geht. Über Pilotversuche und sonst was kann man immer reden, aber ich glaube, ein bisschen Ruhe in diesem Bereich, auch im Interesse einer kontinuierlichen Arbeit, ist durchaus auch etwas Wichtiges.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ellensohn. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Stadtrat!

Die Verpflichtung für Fünfjährige, einen Kindergarten zu besuchen, hat sich ja in Österreich bewährt. Ich bin auch sehr froh, dass es diese Verpflichtung gibt. Jetzt würde in Wien eine Verpflichtung für die Vierjährigen nicht so viel Veränderung bedeuten, weil wir, wie Sie ausgeführt haben, bereits über 90 Prozent auch der Vierjährigen schon in den Kindergärten haben. Das schaut in den Bundesländern ganz anders aus. Ich komm aus einem Dorf, das hatte gar keinen Kindergarten zu der Zeit, zu der ich einen brauchen hätte können. Da gab es einen ÖVP-Bürgermeister logischerweise, und noch immer gibt es dort eine ähnlich schlechte Situation.

Wenn man jetzt bundesweit ein verpflichtendes Kindergartenjahr einführen würde, ab vier noch dazu, was ja auch immer wieder im Gespräch ist, braucht es natürlich zusätzliche Mittel und eine Überzeugungsarbeit für einen Gratiskindergarten, denn weil wir den Gratiskindergarten haben, haben wir auch so viele Kinder bereits mit vier und vorher im Kindergarten. Das funktioniert in einem Bundesland und in acht nicht.

Ich habe das schon öfters gesagt: Wir haben acht Mal die ÖVP in der Landesregierung. Wir wissen, dass die SPÖ das möchte, wir wissen, dass die GRÜNEN das wollen. Was machen wir denn, damit wir einen Einfluss haben auf die Partei, die das österreichweit in acht Bundesländern verhindert, dass wir überall einen Gratiskindergarten haben? Jetzt haben wir die Vorbildwirkung. Wie strahlen wir das von Wien auf die anderen acht Bundesländer aus?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sie sprechen durchaus zwei wichtige Punkt an. Das eine ist, dass ich denke, dass gerade auch die Etablierung des Kindergartens als Bildungsinstitution durch die Einführung des Gratiskindergartens ein wesentlich wichtigerer und ein wesentlich bedeutsamerer Schritt ist, als jetzt noch einmal eine Verpflichtung einzuführen, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass ich davon ausgehen kann, dass die überwiegende Zahl der in Frage kommenden Kinder bereits die Wiener Kindergärten besucht.

Ich glaube insgesamt, dass österreichweite Lösungen in diesem Bereich der richtige Weg sind. Daher sind wir ja auch intensive Befürworter des Bundesrahmengesetzes für die Qualitätsstandards. Es ist bedauerlich, dass hier seit dem Ausscheiden der Kollegin Marek nichts mehr unternommen wurde, zumindest nicht mit großer Intensität. Ich hoffe, es kommt vielleicht wieder in Gang, denn das wäre jetzt einmal eine wirkliche Unterstützung in diesem Bereich, dass es zu den entsprechenden Qualitätsstandards auf Bundesebene kommt, dass Kinderbetreuungseinrichtungen unter denselben Kriterien laufen. Ich verweise nur auf den wesentlichen Bereich der Sperrzeiten zum Beispiel. Bei einem Kindergarten – ob mit Verpflichtung oder ohne Verpflichtung –, der 12, 14 Wochen zu hat, ist es ganz egal, ob der jetzt verpflichtend ist, wenn ich dann viele, viele Monate oder Wochen damit konfrontiert bin, dass ich keine Betreuung habe für das Kind. Ganz abgesehen jetzt von dem pädagogischen und bildungspolitischen Aspekt oder auch dem Bereich der verpflichtenden Mittagsverpflegung und vieles andere mehr.

Also ich glaube, hier gibt es noch einiges zu tun, gar keine Frage, vor allem aber glaube ich, dass es wichtig wäre, hier österreichweit wieder einen Anlauf zu unternehmen, um zu einheitlichen Standards zu kommen, und zwar nicht nur deshalb, weil wir so gut sind, sondern weil glaube, dass es den Kindern gut tut und vor allem auch den Eltern gut tut, sich darauf verlassen zu können, dass es gute Kinderbetreuung in Österreich gibt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die dritte und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Nepp. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Dass wir größere Probleme haben in der Bildung, ist ja, glaube ich, in allen Parteien bekannt. Die neueste Idee Ihrer Bildungsministerin Schmied, um eben dieser Bildungsmisere entgegenzuwirken, war, dass man ein Titel-Upgrade durchführt, das heißt, dass Lehrer in Volksschulen, Sonderschulen, Hauptschulen nicht mehr Lehrer genannt werden, sondern dann Professor. Das wird so als Allheilmittel angepriesen. Aber wir kennen das ja auch schon vom Kindergartenbereich, wo fleißigen Helferinnen dann der Titel Assistent umgehängt wurde. Wenn das anscheinend so viel bewirkt, könnten wir in Zukunft, wenn Sie Ihren roten Weg weitergehen, dann auch die allseits beliebten Kindergartenantanten einmal als Professorin ansprechen.

Aber neben all diesen Titel-Upgrades stellt sich auch die Frage, wann endlich ein Gehalts-Upgrade kommt, damit die ausgebildeten Kindergartenpädagogen dann nach Abschluss ihrer Ausbildung auch wirklich diesen Beruf wahrnehmen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Es hat dies 2010 stattgefunden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat, für die Beantwortung der 2. Frage.

Wir kommen somit zur 3. Anfrage (*FSP - 01862-2012/0001 - KVP/LM*) des Herrn Abg Dr Wolfgang Ulm, die an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung, BürgerInnenbeteiligung gerichtet ist. (*In einem "Presse"-Interview am 1. Mai 2012 meinten Sie, dass es verantwortungslos und verlogen sei Bürgern einzureden, dass man eine Befragung über das Parkpickerl abhalten könne, weil es sowohl laut Stadtverfassung als auch nach Bundesrecht nicht zulässig sei, über Abgaben und Steuern abzustimmen. Es ist entlarvend, dass ge-rade Sie, als für Bürgerbeteiligung zuständige Stadträtin, sich gegen Bürgerbeteiligung aussprechen. Im Zuge der Volksbefragung 2010 wurde auch die Einführung einer Citymaut abgestimmt. Worin sehen Sie den Unterschied, dass eine Volksbefragung über die Einführung einer Citymaut zulässig sein sollte, eine solche über die Einführung weiterer Kurzparkzonengebiete aber nicht?*)

LhptmStin Mag Maria Vassilakou - Frage

Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Abgeordneter!

Sie haben mich gefragt: Worin sehen Sie den Unterschied, dass eine Volksbefragung über die Einführung einer City-Maut zulässig sein sollte, eine solche über die Einführung weiterer Kurzparkzonengebiete aber nicht?

Ich kann Ihnen dazu Folgendes antworten: Das Recht der Landtagsabgeordneten zur mündlichen Anfrage ist in den entsprechenden Paragraphen der

Wiener Stadtverfassung in Verbindung ebenfalls mit den entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung des Landtages normiert. Ich gehe davon aus, dass Ihnen diese bekannt sind. Demnach sind kurze Fragen aus dem Bereich der Vollziehung des Landes zulässig. Dem Fragerecht unterliegen sowohl Angelegenheiten der behördlichen Verwaltung als auch der Verwaltung des Landes als Träger von Privatrechten. Eine an ein zuständiges Mitglied der Landesregierung gerichtete Anfrage ist ferner nur zulässig, wenn ihr Gegenstand in den sachlichen Wirkungsbereich des Befragten fällt.

Das Instrument der Volksbefragung betrifft jedoch nach den derzeit geltenden Bestimmungen nur den Gemeindebereich. Die vom Gemeinderat gemäß § 112a Abs 3 Stadtverfassung, im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde zu fassenden beziehungsweise gefassten Beschlüsse fallen demnach nicht in die Zuständigkeit der Vizebürgermeisterin oder überhaupt irgendeines anderen Mitgliedes der Landesregierung.

Ergänzend darf ich Sie darauf hinweisen, dass entsprechend dem Paragraphen für den Gemeinderat auch dort die Frage, als mögliche Anfrage an mich gerichtet, nicht zulässig wäre, denn auch dort wäre sozusagen die entsprechende Frage nicht eine, die den sachlichen Wirkungsbereich einer amtsführenden Stadträtin betrifft.

Ich will dennoch Sie zunächst einmal inhaltlich auf die gestrige Beantwortung durch den Bürgermeister hinweisen und Sie ebenfalls darauf hinweisen, dass ich zwar von hier aus als Vizebürgermeisterin nichts dazu zu sagen habe, aus den eben erwähnten Gründen, wenn Sie allerdings wissen wollen, was die ehemalige Klubobfrau der GRÜNEN dazu zu sagen hat beziehungsweise dazu zu sagen hatte zur damaligen Zeit, kann ich Ihnen das gerne in einem Zwiegespräch erläutern oder in Erinnerung rufen, was ja auch besser geeignet wäre als von hier aus, wo nicht der richtige Ort ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Vizebürgermeisterin. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Mit allem gebotenen Ernst: Wo Unrecht wird zu Recht, wird Widerstand zur Pflicht! (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich finde das sehr überraschend, wie Sie die Zulässigkeit einer Fragestellung beurteilen, deren Beurteilung in die Kompetenz des Landtagspräsidenten beziehungsweise in die des Vorsitzenden des Gemeinderates fällt. Aber es passt sehr gut zu Ihrer juristischen Interpretation, die Sie auch bisher zu den Abgaben und zur Möglichkeit der Befragung zu den Abgaben von sich gegeben haben. Denn dass Abgaben an sich nicht abfragbar sind, steht in der Stadtverfassung, und darüber sind wir uns einig. Aber was kann denn das bedeuten? Das kann doch nur bedeuten, dass die Höhe der Abgaben nicht abgefragt werden darf.

Man kann auch noch mit mir darüber diskutieren, ob die Einführung darunter erfasst ist oder die Abschaffung darunter erfasst ist. Aber wenn dem so sein sollte, dann hätte man sicherlich auch die Einführung der City-Maut nicht abfragen dürfen, denn das ist eindeutig die Frage zur Einführung einer Abgabe.

Ihre juristische Interpretation ist daher absurd, skurril, nicht tragfähig, ich will aber von dieser pseudowissenschaftlichen juristischen Debatte abkommen und Ihnen eine politische Frage zu diesem Thema stellen.

Wovor fürchten Sie sich denn politisch, dass Sie diese krude politische Argumentation führen müssen? Trauen Sie es den Wiener Bürgern nicht zu – anders als in der Schweiz beispielsweise oder anders als in anderen Ländern –, halten Sie die Wienerinnen und Wiener wirklich für zu dumm, halten Sie sie für zu verantwortungslos, um darüber mitentscheiden zu können, ob in Wien Kurzparkzonengebiete ausgedehnt werden sollen oder nicht?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie nur – auch alle anderen entsprechend –, so Ausdrücke wie absurd bei einer Fragebeantwortung ... *(Lebhafte Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ. - Abg Mag Wolfgang Jung: Na, geh bitte! Das ist ja unglaublich!)* Herr Abg Jung, was Sie unglaublich finden, ist Ihnen unbenommen. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich ersuche, solche Ausdrücke zu unterlassen, zur Beruhigung im Sinne dessen, was der Präsident gestern gesagt hat. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist jetzt absurd!)* Herr Präsident, wenn Sie sagen, ich bin absurd, dann ist das Ihre Interpretation. Ihre Intellektualität ist allseits bekannt *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*, Ihre kampferprobte Rhetorik ebenso. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, bei Ihnen!)* Das kann man bewundern.

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Sie offensichtlich Ordnungsrufe und ähnliche Instrumentarien eher als Adelung und Bestätigung ansehen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Bei solchen Äußerungen, ja!)* Sie werden in Zukunft von mir keinen Ordnungsruf mehr erhalten, solange diese nicht sanktionsfähig sind *(Abg Mag Wolfgang Jung: Satisfaktionsfähig!)* – nicht satisfaktionsfähig; das kennen Sie –, aber nehmen Sie zur Kenntnis, dass es unter gewissen Umständen auch den Entzug des Rederechtes gibt.

Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Vorweg: Sie und ich haben ja doch viele, viele Jahre zurückgelegt in unterschiedlichen Ausschüssen, wo wir zeitweise gemeinsam Mitglied waren, haben auch mehrfach uns ausgetauscht, von hier aus wie auch in anderem Rahmen, und da ich Sie ausreichend gut kenne, weiß ich, dass Sie für gewöhnlich Umgangsarten pflegen, die anders sind, und dass Sie sich auch dessen bewusst sind, dass wir uns viel fruchtbarer und besser austauschen können, wenn wir einen Umgang miteinander pflegen, indem wir ganz einfach versuchen, verschiedene Wertungen zu meiden. Es ist Ihnen natürlich unbenommen, welche Wertungen Sie hier

vornehmen wollen.

Ich kann Ihnen nur mit allem gebotenen Ernst Folgendes sagen, nämlich auf einer politischen Ebene:

Erstens: Weder ich noch die GRÜNEN im Allgemeinen, weder auf Landesebene noch auf Bundesebene noch historisch, waren jemals Anhänger des Schweizer Modells der direkten Demokratie. Sie wissen überdies, dass das Schweizer Modell der direkten Demokratie nicht das einzige ist. Es gibt viele verschiedene Modelle, die kann man sich anschauen und unterschiedlich bewerten. Manche halte ich für sinnvoller, andere halte ich für weniger sinnvoll.

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass die Wiener ÖVP neuerdings Anhänger des Schweizer Modells der direkten Demokratie geworden ist. Das jedenfalls korrespondiert nicht mit den Zugängen Ihrer Parteikollegen, die in anderen Städten und in anderen Bundesländern regieren. Ich verweise zum Beispiel darauf, dass gerade Graz jetzt darüber diskutiert, die Einführung von Umweltzonen umzusetzen, und dass genau dort ebenfalls eine Befragung verlangt wird, die dort abgelehnt wird. Mit denselben Argumenten, die auch hier in Wien zur Sprache kommen.

Mein Zugang zur direkten Demokratie ist an sich ein sehr verständlicher. Ich sage, direkte Demokratie ist natürlich ein sehr wichtiges und sehr wertvolles Instrument. Zum einen, damit die Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre Positionen ganz klar zum Ausdruck bringen kann, zum anderen auch als Basis, um etwa zum Beispiel schwierige Entscheidungen seitens der Regierenden auch besser auf eine breitere Basis stellen zu können.

Allerdings, die Frage der Zulässigkeit ist durchaus eine, die man sich anschauen muss, und zwar die Frage der Zulässigkeit der Fragestellung. Sie ist in unserer Stadtverfassung eindeutig geregelt, sie ist übrigens auch in den entsprechenden Bundesgesetzen eindeutig geregelt, und da Sie juristisch bewandert sind, gehe ich davon aus, dass Ihnen sowohl die entsprechenden Gesetzesmaterien als auch Argumentationen und Absichten des Gesetzgebers – denn man hat sich ja auch etwas gedacht, als man beschlossen hat, dass bestimmte Bereiche eben ausgenommen sind – hinlänglich bekannt sind.

Einmal mehr: In unserer Verfassung ist es absolut einfach geregelt, und das habe ich auch nicht zu bewerten. Wenn eine Fragestellung zulässig ist und die ausreichende Anzahl von Unterschriften vorliegt, dann ist eine Befragung durchzuführen. Und das ist gut so. Wenn eine Fragestellung nicht zulässig ist laut Stadtverfassung, dann handelt es sich um eine laut Stadtverfassung nicht zulässige Fragestellung, und dann ist sie nicht abzuhalten, weil Sie auch nicht von uns verlangen können, dass wir wider besseren Wissens verfassungswidrig handeln.

Ob im gegenständlichen Fall die Fragestellung zulässig ist oder nicht zulässig ist, kann abschließend bewertet werden, wenn ein entsprechender Antrag vorliegt. Der liegt bis jetzt nicht vor, folglich können wir keine Hätt'-i-war-i-Debatten von hier aus führen, wir sind

hier das Hohe Haus und kein Kinderspielplatz. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Ironische Oh-Rufe bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Maresch. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Ich finde das interessant, wenn zum Beispiel der Kollege Ulm diesen alten Slogan der Bürgerrechtsbewegung, „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“, in den Mund nimmt. Da denke ich mir, da kann ich nur mehr lachen, weil die ÖVP genau die Symbolpartei ist, die genau das Unrecht von damals verkörpert hat.

Ich möchte Ihnen ganz kurz nur „Zukunft für alle. Die große Bürgerbeteiligungsaktion des Landes Niederösterreich“ vorstellen. (*Der Redner hält eine Broschüre in die Höhe.*) Das ist in Wirklichkeit das, was Sie die ganze Zeit machen. Da gibt man auf der dritten Seite zunächst einmal seine Adresse bekannt. Bei einer Abstimmung! Zuerst einmal seine Adresse! Und dann wird unter anderem als Bürgerbeteiligung gefragt: „Denken Sie bitte an die Bürgernähe in der NÖ Landespolitik und an die Bürgernähe in der ÖVP.“ Das ist klassisch suggestiv. „Wenn Sie Niederösterreich in diesem Bereich mit anderen Bundesländern vergleichen – wie beurteilen Sie da die Bürgernähe Niederösterreichs?“ Antwortmöglichkeiten: „sehr viel besser“, „eher besser“, „eher schlechter“, „sehr viel schlechter“. – Wenn ich Landesbediensteter bin in Niederösterreich und das ausfülle, dann komme ich niemals weiter. Das ist ÖVP!

Deswegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin: Was halten Sie von solchen Beispielen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Vizebürgermeisterin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Von dem Ausschnitt, den ich jetzt zu hören bekommen habe, vermute ich, hier handelt es sich um eine Umfrage. Die Inhalte habe ich nicht zu bewerten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mahdalik. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Beim Herrn Kollegen Maresch kommt mir es schön langsam vor, dass er nebenbei als „Augustin“-Verkäufer schwarz hackelt. Denn gestern hast du die ganze Zeit mit dem „Standard“ herumgewachelt, heute hast du wieder eine ÖVP-Niederösterreich-Broschüre in der Hand.

Aber im Zusammenhang mit der eigentlichen Frage möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie es im vorigen Wahlkampf als absurd bezeichnet haben, absurd viel Geld in die absurden Forderungen von FPÖ und ÖVP zu stecken, nämlich zur Lösung der Einpendlerproblematik die U-Bahnen in das Wiener Umland zu verlängern. Stattdessen haben Sie Lightweights, sogenannte

Schnellstraßenbahnen, gefordert.

Ich frage Sie, was haben Sie in Ihrer bisherigen Amtszeit getan, um diese Forderungen auch mit Leben zu erfüllen? Haben Sie schon Kontakt mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich aufgenommen, oder hat er Ihr Ansinnen als völlig absurd zurückgewiesen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Vizebürgermeisterin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Ja, selbstverständlich habe ich längst Gespräche mit Herrn Landesrat Wilfing aus Niederösterreich aufgenommen. Wir pflegen regen Austausch, wir sind uns auch absolut einig, dass es hier in der Region Investitionen braucht in den nächsten Jahren, und zwar unmittelbar, wir sind uns auch einig darin, dass die Fortführung der U-Bahn bis nach Niederösterreich derzeit nicht finanzierbar wäre, schon überhaupt nicht von Niederösterreich selbst, und wir sind uns ebenfalls darin einig, dass es hier gilt, zunächst einmal Investitionen in die Verdichtung der Intervalle der S-Bahn vorzunehmen, welche ja auch jenes schienengebundene Verkehrsmittel ist, das bereits vorhanden ist von der Infrastruktur her und wo es im Sinne der sparsamen, aber auch sehr effizienten Verwendung von Steuermitteln das Beste wäre, dafür zu sorgen, dass wir da, wo wir bereits Infrastruktur haben, ganz einfach sicherstellen, dass es ein attraktives Verkehrsmittel für Menschen ist. Und wie wir alle wissen, attraktiv ist eine Anbindung dann, wenn sie zumindest ein Intervall von einer Viertelstunde, optimalerweise von zehn Minuten hat.

Also in diesem Kontext gibt es, wie gesagt, sehr wohl Austausch zwischen Wien und Niederösterreich. Es gibt diesbezüglich auch Anstrengungen, die Verkehrsdienstverträge beider Länder miteinander soweit abzustimmen, damit wir auch besser dafür sorgen können, dass sich das, was Niederösterreich sich vornimmt, auch sehr gut deckt mit dem, was sich Wien vornimmt.

Darüber hinaus gibt es Gespräche im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Garagenstrategie, wo wir eben ebenfalls gemeinsam Angebote entwickeln möchten, die das Park & Ride für Pendler sowohl an der Wiener Stadtgrenze also auch in Niederösterreich attraktiv macht, und zwar finanziell so attraktiv macht, dass wir hier auch eine brauchbare Abhilfe haben für diejenigen Pendlerinnen und Pendler, die voraussichtlich ab 1. Oktober dieses Jahres von den Parkgebühren innerhalb weiter Teile des Wiener Stadtgebietes betroffen sein werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Die vierte und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ich teile selbstverständlich Ihre Einschätzung, dass über die Zulässigkeit der Frage dann zu entscheiden

sein wird, wenn der Antrag eingebracht wird, ich konstatiere aber schon, dass ich in den letzten Tagen lesen und vernehmen musste, dass Sie Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Fragestellung geäußert haben. Und wenn Sie diese Zweifel äußern, bevor der Antrag eingebracht ist, dann muss es auch für die ÖVP möglich sein, auf die Rechtmäßigkeit der Fragestellung hinzuweisen.

Aber meine Frage zielt in jene Richtung, die am Mittwoch in der „Kronen Zeitung“ offenbar vorgegeben wurde von Herrn Bubak, der im Zusammenhang damit, dass es jetzt sehr unübersichtlich werden könnte, wo nun Parkscheine auszufüllen sind und wo das Parkpickerl gilt und wo nicht, darauf hinweist, es gibt ja eine ganz einfache Lösung: 2 544 EUR im Jahr, und man braucht sich diese Gedanken nicht mehr zu machen, man kann in ganz Wien parken, man braucht nichts auszufüllen, man braucht nichts Zusätzliches mehr zu bezahlen, und man kann stehen, so lange man möchte.

Sie planen keine Differenzierung der Parkgebühren der Höhe nach in den unterschiedlichen Gebieten Wiens, unabhängig davon, wie dicht die Beparkung dort ist, Sie haben ursprünglich auch Gedanken geäußert, die in die Richtung gehen, ganz Wien mehr oder weniger oder sehr, sehr viele Bezirke zu einer Kurzparkzone zu machen.

Ich frage Sie daher: Planen Sie tatsächlich politisch, dass in Zukunft jeder Wiener Autofahrer 2 544 EUR für das Parken in Wien bezahlen soll?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Vizebürgermeisterin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Zunächst ohne jegliches falsche Pathos: Die Fragestellung, die mir bekannt ist – im Wesentlichen aus dem Internet – und wo ich vermute, dass auf Basis dieser Fragestellung derzeit Unterschriften gesammelt werden, ist nicht nur nach meiner Ansicht, sondern nach der Bewertung vieler kompetenter Juristen nicht zulässig. Ich sage das jetzt mit aller Vorsicht, denn, wie gesagt, eine abschließende Bewertung kann immer nur dann erst vorgenommen werden, wenn ein konkreter Antrag vorliegt, wie Sie selbst auch festgestellt haben und worin Sie mich bestätigt haben. Aber ich muss warnen, dass sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zulässig ist.

Ich halte es für erforderlich, wenn Sie so wollen, und für eigentlich nur fair, wenn ich außerhalb des Hauses in meinen politischen Stellungnahmen auch darauf hinweise, wenn die Alternative wäre, überhaupt nichts dazu zu sagen und sich hinterher auch noch den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, warum man denn die ganze Zeit nicht gewarnt hätte, warum man nichts gesagt hätte.

Es ist, noch einmal, Ihre Angelegenheit. Ich habe Ihre Vorgangsweisen in keinsten Art und Weise zu bewerten. Ich kann aber meine Sorge sehr wohl zum Ausdruck bringen, dass ich es für nicht klug halte, Unterschriften von Tausenden von Menschen mit einem Text zu sammeln, der sich als nicht zulässig erweisen könnte. Denn das ist in erster Linie nicht gut, weder für Sie noch für mich, sondern für jene vielen Tausend Menschen, die

dann unterschrieben haben werden und die sehr zornig sein werden, die sehr perplex sein werden und die sich sehr schwer tun werden zu verstehen, dass sie angehalten wurden, einen Text zu unterschreiben, von dem genaugenommen derjenige, der sie dazu eingeladen hat, es besser wissen hätte müssen, dass er sich absichern hätte sollen, ob dieser Text zulässig ist oder nicht. Aber das ist die Art und Weise, wie Sie Ihre Politik machen. Und einmal mehr: Es ist Ihnen unbenommen, die Mittel zu wählen, den Stil zu wählen, die Art und Weise zu wählen, wie Sie das angehen wollen. Es steht mir nicht zu, es in irgendeiner Art und Weise weiter zu bewerten und ich vermute, ich habe von dieser Stelle aus auch schon viel zu viel gesagt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Vizebürgermeisterin.

Wir kommen zur 4. Frage (FSP - 01859-2012/0001 - KFP/LM), die Herr Abg Wolfgang Seidl an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal gerichtet hat. (Das neue Prostitutionsgesetz ist nun seit 1. November 2011 in Kraft - die Straßenprostitution im Stuwerviertel ist nach diesem Gesetz eindeutig verboten. Trotzdem findet sie statt und blüht wie eh und je. Wann wird dieser ungesetzliche Zustand im Sinne der dortigen Wohnbevölkerung endlich beendet?)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Danke, Herr Präsident! Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete!

Eine Frage zur Prostitution von Ihnen, Herr Abg Seidl, in Bezug auf das Stuwerviertel, nämlich damit wir nicht wieder wie beim letzten Mal ein Gwirks mit der Frage haben. Sie fragen, wann wird der ungesetzliche Zustand im Sinne der dortigen Wohnbevölkerung endlich beendet, nämlich die Situation Stuwerviertel und Straßenprostitution. Dazu kann ich Ihnen Folgendes sagen: Die Landesgesetzgeberin hat im letzten Juni ein Prostitutionsgesetz beschlossen, in dem wir ganz eindeutig geregelt haben, das automatisch ausschließt, dass Straßenprostitution im Wohngebiet stattfindet. Wir haben Straßenprostitution im Wohngebiet nach dem Gesetz § 9 Abs 2 lit a verboten. Für die Überwachung der Einhaltung des Gesetzes ist allerdings die Bundespolizeidirektion Wien zuständig und ich denke mir, das wissen Sie auch, das haben wir auch im Gesetz so geregelt und finden wir im § 3 Abs 3 und 4. Die Polizei tut das und sie tut das sehr engagiert, aber letztendlich ist die Polizeidirektion Wien dafür zuständig, das Gesetz jetzt auch zu regeln und dafür zu sorgen, dass das Gesetz auch eingehalten wird, in weiterer Folge demzufolge die Innenministerin. Die Polizei hat jetzt allerdings für dieses Viertel und für das angrenzende Viertel in einem nach dem Gesetz erlaubten Bereich, dem Prater, ein Ordnungsverfahren eingeleitet, das wissen Sie natürlich als Bezirksvorsitzender Ihrer Partei, wo eine Anhörung der Bezirksvertretung stattgefunden hat. Die Bezirksvertretung hat sich mehrheitlich für eine zeitliche Beschränkung in diesem Bereich

ausgesprochen. Den Rahmen für solche Verordnungen, für solche Beschränkungen und für eine flexible Reaktion auf die Wiener Prostitution gibt das Wiener Prostitutionsgesetz, um hier auch noch einmal ganz korrekt zu sein, mit dem § 10. Diese zeitliche Beschränkung wird dann mit dem 1. Juni letztlich in Kraft treten. Was haben wir also? Wir haben ein Wiener Prostitutionsgesetz, das Straßenprostitution vom Wohngebiet, von der Wohnbevölkerung, entkoppelt hat. Wir haben jetzt auch noch eine Verordnung und der Rahmen dafür wurde auch im Wiener Prostitutionsgesetz geschaffen, dass das dort nicht stattfindet. Das heißt, die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden von der Stadt gesetzt. Jetzt gilt es, im Sinne der BürgerInnen von der Polizei dieses Gesetz auch entsprechend durchzusetzen und entsprechend auch zu handeln, wenn das Gesetz nicht eingehalten wird.

Was ich hier nur sagen möchte, ist, auch Prostituierte haben Grundrechte, das heißt, wenn Frauen sich im öffentlichen Raum bewegen, wenn sie zum Beispiel im Stuwerviertel ein Lokal aufsuchen, dann ist das noch nicht verboten, aber Anbahnung ist verboten. Auch das regelt das Wiener Prostitutionsgesetz. Das heißt, das Gesetz hat alle Rahmenbedingungen geschaffen. Jetzt gehört es sanktioniert und jetzt gehört es durchgesetzt. Da müssten Sie eigentlich die Polizeidirektion Wien fragen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Seidl. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, sehr geehrte Frau Landesrätin!

Herzlichen Dank für die Beantwortung. So wie Sie vollkommen richtig gesagt haben, diese Woche hat eine außerordentliche Bezirksvertretungssitzung in der Leopoldstadt stattgefunden. Es war eine gute Woche für die Leopoldstadt. Dort wurde etwas beschlossen, das wir Freiheitlichen mitbeschlossen haben, und das war gut so. Vor knapp zwei Monaten sind wir uns schon einmal gegenübergestanden, möchte ich jetzt einmal sagen, und ich habe mir jetzt noch einmal das Protokoll durchgelesen, denn ich dachte mir, dass meine 2. Frage beim letzten Mal nicht beantwortet wurde. Ich habe mir sowohl meine Frage als auch Ihre Antwort durchgelesen und dem ist leider so. Deswegen würde ich es ganz gerne noch einmal probieren.

Es geht darum, die Abteilung Menschenhandel im Landeskriminalamt ist, und das sagen nicht nur wir Freiheitlichen, sondern eigentlich alle in der Polizei, auch in der Politik, personell unterbesetzt. Jetzt haben Sie eine sehr hohe politische Funktion und ich würde Sie ganz gerne noch einmal fragen, ob Sie sich dafür einsetzen, dass diese Abteilung personell aufgestockt wird?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sowohl die Polizei als auch VertreterInnen der Abteilung Menschenhandel sitzen in der Steuerungsgruppe zum Wiener Prostitutionsgesetz und wir haben von unserer Seite her schon mehrmals betont, dass eine

ausreichende personelle Besetzung in diesem Bereich notwendig ist, um das Gesetz erfolgreich umzusetzen. Das heißt, auch wir vertreten diese Forderung. Ich setze mich auch dafür ein.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Feldmann. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In der derzeitigen Fassung ist das Prostitutionsgesetz nicht erfolgreich, um nicht zu sagen, gescheitert, weil die gewünschte Intention, die Prostitution von den Wohngebieten fernzuhalten, nicht erreicht wird. Mittlerweile gibt es ja eine zeitliche Beschränkung in der Messe- und Südportalstraße, die eingeführt wurde.

Können Sie sich nun eine Novelle vorstellen, dass man die Straßenprostitution grundsätzlich verbietet und ausschließlich in diverse Einrichtungen, wie zum Beispiel Laufhäuser, verlegt?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Wir leben schon in derselben Stadt. Wir hatten wahnsinnige Probleme im 14. und 15. Bezirk. Wenn Sie dort mit den AnrainerInnen sprechen, dann werden Sie merken, dass dieses Gesetz sehr wohl wirkt. Selbst im 2. Bezirk sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg. Das Gesetz gibt die Rahmenbedingungen vor, um flexibel reagieren zu können. Ich habe das vorhin auch schon beim Abg Seidl gesagt, dass wir da im § 10 dafür extra Vorsorge getroffen haben. Eine Novellierung braucht dieses Gesetz nicht, es ist ein erfolgreiches Gesetz.

Zu Ihrer 3. Frage, wie war die? Darf ich noch einmal ...

Abg Mag Barbara **Feldmann**: Straßenprostitution und ...

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nein, ach ja, genau, danke schön. Nein, die Straßenprostitution wird die rot-grüne Regierung nicht verbieten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Frau Landesrätin!

Wir sprechen in einer 2-Millionen-Stadt wie Wien immer wieder darüber, wo wir vielleicht Plätze für die Straßenprostitution von zirka 200 Frauen finden könnten. Die Diskussionen werden sehr emotional geführt, wie ich finde, die stehen in keinem Verhältnis mehr zum eigentlichen Problem. Und immer wieder fällt mir auf, dass hier vor allem eine Partei sehr aktiv ist und voller Scheinmoral immer wieder argumentiert, fast möchte ich sagen, wie ein Rumpelstilzchen immer wieder aufstampft und Moral einfordert. Das ist eine Partei, die gleichzeitig, wie wir gestern ausführlich besprochen haben, alte Leute um ihr Erspartes bringt.

Meine Frage und zwar ernsthafte Frage an Sie ist: Sehen Sie Möglichkeiten, dass wir diese Diskussion versachlichen können, wirklich versachlichen, indem wir auch unsere gemeinsamen Vorhaben beim Prostitutionsgesetz weiter umsetzen können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin!

Amtsfr StRin Sandra **Frauenberger**: Nun wenn ich gerade von der Frau Abg Feldmann gefragt wurde, ob wir Straßenprostitution nicht ganz verbieten wollen, dann muss man sehen: Was war denn die Intention der Gesetzgeberin? Wir haben gesagt, Straßenprostitution findet statt, sie gehört geregelt. Aber ein Totalverbot der Straßenprostitution würde nur dazu führen, die Frauen in die Illegalität zu treiben. Stattdessen würde diese Prostitution trotzdem.

Deswegen haben wir uns sehr bewusst für eine Regelung der Straßenprostitution entschieden. Natürlich wird dieses Thema sehr, sehr emotional geführt. Ich kann mich erinnern, noch vor zwei Jahren haben sowohl die Oppositionsparteien, aber auch die unterschiedlichsten Medien immer wieder versucht, die Interessen der AnrainerInnen ganz massiv in den Vordergrund zu stellen und es gab keinen Blick auf die soziale Lage, auf die gesellschaftliche Lage von Frauen, die Prostitution ausüben, auf die Sexarbeiterinnen. Wenn wir heute, zwei Jahre später, schauen, dann wird weniger über die Anrainerinnen und Anrainer gesprochen, weil wir ja ganz weite Teile massiv entlastet haben, aber auf einmal beginnt die Debatte über die Sexarbeiterinnen und über ihre soziale Situation und ich muss sagen, grundsätzlich ist es so. Und die Frage zu den Laufhäusern. Ich glaube, niemand in diesem Raum, keine Partei ist gegen geregelte Abläufe in Laufhäusern. Wir haben nur das Problem der Sittenwidrigkeit. Aber da haben wir auch schon gemeinsam beschlossen, dass wir die abschaffen wollen. Hin zur Emotionalität. Ich denke mir, das Ansehen von Sexarbeiterinnen, das wir haben, das diese Gesellschaft hat, das ist immer auch ein Indikator dafür, wie letztendlich auch die Rolle von Frauen in einer Gesellschaft gesehen wird. Und das ist eine sehr emotionalisierte Debatte, das ist gar, gar keine Frage. Aber was natürlich im Zuge dieser emotionalisierten Debatte immer wieder passiert ist, ist, dass genau diese Frauen stigmatisiert werden. Die Männer, die ja auch dazugehören, die spielen in dem ganzen Spiel keine Rolle. Deswegen ist es so eine massiv gesellschaftspolitische Diskussion, die wir da auch führen. Der kann man einen gesetzlichen Rahmen geben und – und ich glaube, das ist auch noch zusätzlich unsere Verantwortung – man kann dafür sorgen, dass es zu einer Versachlichung kommt. Genau aus dem Grund haben wir uns auch, als wir damals das Sieben-Punkte-Programm erstellt haben, dazu entschlossen, auch eine Studie drei Länder übergreifend in Auftrag zu geben, nämlich über die Länder Niederlande, Schweden und Österreich, wo wir uns sehr wohl auch einmal die Arbeitssituation von Sexarbeiterinnen anschauen, ihre soziale Lage anschauen und auch einmal uns selbst als Verantwortliche in die Lage bringen, auch ein entsprechendes Zahlen- und Datenmaterial zu haben. Wir sprechen über Illegalität, wir sprechen über Menschenhandel, aber es ist sehr schwer zu erforschen und es ist ganz, ganz notwendig. Deswegen haben wir uns auch zu diesem Schritt entschieden im Sinne dessen, dass wir eben gesagt haben, wir wollen über

das Gesetz hinaus natürlich weiter agieren, Maßnahmen gegen Menschenhandel setzen, Maßnahmen zur Versachlichung der Debatte setzen, weil es uns einfach ganz massiv darum gegangen ist, auch zu schauen, sind denn unsere Instrumente, die wir wählen, die Politikinstrumente der unterschiedlichen Länder, regiert von unterschiedlichen Parteien, auch wirklich gangbare Instrumente, erfolgreiche Instrumente? Daher setze ich auch viel Hoffnung in diese Studie, die einen wesentlichen Beitrag zur Versachlichung leisten kann und die, soweit ich mich vorhin informiert habe, mit Ende des Jahres fertig sein soll. Es geht einfach darum, natürlich auch in der gesamten Debatte selbst, hier in diesem Haus zur Versachlichung beizutragen, zur Entstigmatisierung beizutragen und diese Doppelmoral auch entsprechend aufzuzeigen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Ich begrüße in der Zwischenzeit recht herzlich unsere Gäste, die Damen und Herren der Jugendwerkstatt in der Buchengasse. Herzlich willkommen!

Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Seidl. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke zunächst einmal, sehr geehrte Frau Landesrätin, für die Beantwortung der Frage.

Ich habe jetzt noch eine zweite Frage. Es gibt jetzt saisonal unterschiedliche Zeiten, wo die Damen der Nacht bei uns in der Leopoldstadt stehen dürfen, zum Beispiel vom 1. März bis 30. April und vom 1. bis 31. Oktober von 6 bis 20 Uhr, vom 1. Mai bis 30. September von 6 bis 22 Uhr und vom 1. November bis 28. Februar von 7 bis 19 Uhr. Das sind die Zeiten, wo sie nicht stehen dürfen.

Jetzt meine Frage: Warum hat man das nicht vereinheitlicht?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Sandra **Frauenberger**: Man ist hier ganz bewusst einfach auf die Jahreszeiten eingegangen, wann wird's finster. Das war der Hintergrund und da hat sich die Polizei überlegt, auf was man das abstellen kann, hat diesen Weg gewählt und hat den auch dem Bezirk vorgeschlagen. Im Bezirk ist das, glaube ich, positiv als Vorschlag aufgenommen worden, weil wir es sonst nicht verordnen würden. Ich glaube, worum es ja gegangen ist, ist, und jetzt können wir diskutieren: Das Gesetz gibt den Rahmen für die zeitliche Beschränkung her. Die Bedürfnisse der BürgerInnen in dem Bereich dort und nicht nur der BürgerInnen, sondern auch der Wirtschaftstreibenden im Prater, der Leute, die mit dem Tourismus kommen, der Wirtschaftskammer, alle, die da natürlich auch mitdiskutiert haben, war ja, dass man verhindert, dass selbst wenn anerkannt wird, dass Prostitution im Prater stattfindet und immer stattgefunden hat, die Situation eine sehr negative Situation war, nennen wir es einmal so, wenn man von der U-Bahn in den Prater hineingeht und dort untertags Straßenprostitution ausgeübt wird. Es ist darum gegangen, eben diese Tageszeiten wegzunehmen. Daher hat man sich auf eine zeitliche Beschränkung geeinigt, die auf die Jahreszeiten abstellt. Ich denke mir,

das ist eine gute Lösung, weil es einfach im Sommer später dunkel wird als im Winter, wie wir alle miteinander wissen. Daher erkläre ich mir oder erklärt sich auch die Polizei diese Abfolge von den Zeiten.

Noch einmal vielleicht jetzt auf das Gesetz zurückzukommen: Es ist darum gegangen, auf der einen Seite die AnrainerInnen zu entlasten und auf der anderen Seite ist es darum gegangen, nach wie vor natürlich konsequent dafür zu sorgen, dass die Frauen sicher arbeiten können. Die dritte Geschichte war, im Bereich der Lokale Regelungen zu finden, was die Genehmigungsverfahren betrifft, um auch hier in Wirklichkeit mehr Sicherheit zu erzeugen. Was wir noch haben, ist, es ist ein Gesetz, das sich massiv in Bewegung befindet, wie sich Prostitution immer in urbanen Ballungszentren in Bewegung befindet. Daher haben wir gesagt, wir möchten gerne mit dem Gesetz auch einen Rahmen schaffen, wo wir flexibel auf Situationen eingehen können, die heute und in den nächsten drei, vier Jahren nicht absehbar sind. Genauso eine Maßnahme ist jetzt diese zeitliche Verordnung im Prater, als solche sehe ich sie. Nach wie vor wird es aber darum gehen, gemeinsam für die Versachlichung zu kämpfen, zu schauen, dass das Gesetz gut durchgesetzt wird und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass die Frauen geschützt und sicher arbeiten können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

Die 5. Frage (FSP - 01860-2012/0001 - KVP/LM) wird von Frau Abg Ing Isabella Leeb an den Herrn StR Oxonitsch gestellt. *(Für die Jahre 2012 bis 2014 wurde vom Bund im Rahmen einer 15a B-VG Vereinbarung über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen eine Kostenbeteiligung in der Höhe von 5 Millionen EUR jährlich zugesagt unter der Voraussetzung, dass zwischen Bund und Ländern eine partnerschaftliche Finanzierung zu gleichen Teilen erfolgt. Anders als in anderen Bundesländern (z.B. Oberösterreich) gibt es in Wien keine Erhebungen, wie viele Wiener Kinder tatsächlich Sprachdefizite haben. Was sind die Gründe dafür, dass in Wien bislang keine Erhebung stattgefunden hat?)*

Ich bitte darum.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Zu Ihrer Fragestellung betreffend die Sprachstandserhebungen im Rahmen der 15a-Vereinbarung möchte ich darauf hinweisen, dass ja bereits mit der 15a-Vereinbarung aus dem Jahr 2008 über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, damals war das ja eine 15a-Vereinbarung, die leider dann aus durchaus von uns immer wieder kritisierten Gründen ja in zwei 15a-Vereinbarungen gemündet ist, entsprechend die Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplans angestrebt wurde, um Kinder, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen, in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen so zu

fördern, dass sie mit Eintritt in die erste Schulstufe der Volksschule die Unterrichtssprache Deutsch nach einheitlichen Deutschstandards möglichst gut beherrschen. Mit der angeführten Vereinbarung wurde das Bildungsmodell „Frühe Förderung 1+1“, das wir in Wien ja bereits hatten, darauf muss man auch hinweisen, ein Jahr vor Inkrafttreten der entsprechenden 15a-Vereinbarung bereits im Jahr 2008 für alle Vorschulkinder eingeführt. In der Folge fand die erste Sprachstandsfeststellung in den Wiener Kindergärten Ende Mai, Anfang Juni 2008 statt, damals noch abseits der 15a-Vereinbarung als Vorbereitungsmodell auf das 1+1-Modell, das sich ja dann durch die 15a-Vereinbarung, kann man sagen, ein wenig erledigt hat.

Im Rahmen dieses Screenings wurden seither jährlich unter anderem folgende Daten erhoben: Die Anzahl aller beobachteten und geförderten Kinder und der Sprachförderbedarf wird festgestellt, die bereits eine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, zu dem Zeitpunkt ja noch kein verpflichtendes Kindergartenjahr, der Sprachstand in Deutsch, der Personaleinsatz für die Sprachförderung und der Stundenumfang der entsprechenden Sprachförderung. Es wird dies erhoben und ich glaube, das ist auch gut und richtig und schließt durchaus auch an die Debatte an, die wir ja bereits hatten.

Sie schließt nicht nur auf den Sprachstand oder zielt nicht nur auf den Sprachstand ab, sondern ganz besonders auch, wie wir ja zuerst auch gemeinsam in Übereinstimmung festgestellt haben, durchaus auf anderen Förderbedarf im Bereich verschiedenster Bereiche der Motorik, der sozialen Fähigkeiten und vieles andere mehr. Ab dem Kindergartenjahr 2012/13 gibt es ja durch die neue 15a-Vereinbarung die entsprechende Verpflichtung einer zweiten Beobachtungsstufe und der entsprechenden Evaluierungsstufe, die selbstverständlich entsprechend der 15a-Vereinbarung als Fortsetzung des Sprachtrainings auch entsprechend umzusetzen ist. Wir haben ja diese 15a-Vereinbarung, zu der wir uns ja auch in, glaube ich, übereinstimmender Mehrheit, wenn ich mich richtig erinnere, im Wiener Landtag entsprechend entschlossen haben. Es erfolgt daher von April bis Mitte Juni 2012 beziehungsweise im Fall des Nach-Screenings im Herbst 2012 der entsprechende erste Beobachtungslauf. Die Ergebnisse werden dann an die MA 10 entsprechend übermittelt und im Mai/Juni 2013 dann die jetzt neu eingeführte zweite Beobachtungsstufe durchgeführt, die eine Verpflichtung dieser 15a-Vereinbarung darstellt. Darüber hinaus gibt es im Jänner eine entsprechende Verlaufsbeobachtung, die auf freiwilliger Basis erfolgt und eine zusätzliche Maßnahme in Wien ist, etwas, was wir auch schon hatten ungeachtet, aber die entsprechende 15a-Vereinbarung schreibt ja diese entsprechende zweite Beobachtung vor. Ich denke daher, dass wir hier sehr gut unterwegs sind, vor allem auch deshalb, weil wir auf der einen Seite das eben durch die entsprechenden Beobachtungsbögen - wir lieben ja immer Abkürzungen, BESK, der Bogen zur Erfassung der kindlichen Sprachkompetenz - erheben

und durch den Beobachtungsbogen der Sprachkompetenz bei Deutsch als Zweitsprache sowie eben durch den angesprochenen zusätzlichen Beobachtungsbogen, den sogenannten Finalos der MA 10, der ein eigener Fragebogen zur Erfassung aller Kompetenzbereiche ist, nicht nur der Sprache, im Bereich von April bis Juni. Ein Nach-Screening im Herbst sorgt für die Erfassung allfällig neu Eintretender Kinder im verpflichtenden Kindergartenjahr. Also ich denke, es gibt überhaupt keinen Grund, vor allem angesichts der Tatsache, dass wir das schon hatten, als andere noch darüber geredet haben, über dieses 1+1-Fördermodell erfreulicherweise, das wir nicht mehr brauchen. Ich glaube, da stimmen wir entsprechend überein. Ich darf daher mitteilen, und auch diese Zahlen wurden eigentlich alljährlich immer bekannt gegeben, dass im Kindergartenjahr 2010/11 5 258 Kinder und im Kindergartenjahr 2011/12 4 901 Kinder im Alter von viereinhalb bis fünfeinhalb Jahren einen erhöhten Förderbedarf darstellen eben nicht nur im Bereich der Sprachkompetenz, sondern durchaus auch in diversen anderen Bereichen, die durch die Unterstützung der Förderassistenten eine sichergestellte Förderung aufweisen.

Wir haben auch im Jahr 2011, als wir keine Bundesmittel bekamen, weil es diese 15a-Vereinbarung leider nicht mehr gegeben hat und wir das hier immer sehr kritisiert haben - da hätte ich mir manchmal ein bisschen mehr Unterstützung erwartet -, sichergestellt, dass die entsprechenden 1,7 Millionen EUR, die für diesen Förderbereich zur Verfügung gestellt werden sollten, auch in diesem Jahr, da es keine Förderung gegeben hat, auch aufgebracht wurden. Ich bedaure einmal mehr, dass diese neue 15a-Vereinbarung gerade für Wien maßgebliche Kürzungen mit sich gebracht hat. 600 000 EUR weniger von 1,7 Millionen sind schon ein namhafter Betrag. Vielleicht können wir auch hier gemeinsam einmal mehr einen Anlauf unternehmen, dass wir jenes Geld, und da schließe ich durchaus an die Fragestellung beziehungsweise an die Zusatzfragestellung der ersten Runde an, diese Mittel weiterhin zur Verfügung gestellt bekommen. Es würde uns das in diesem wichtigen Bereich durchaus helfen.

Abg Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, herzlichen Dank! Nachdem ja eh alles wunderbar ist und sie jährlich abfragen und jährlich untersuchen, ist meine Frage: Wie organisieren Sie dann die gezielte Förderung, also wo werden die wirklichen Schwerpunkte gesetzt?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Abgeordnete. Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Es stehen für diesen Bereich über hundert eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Förderbereich zur Verfügung. Die werden ja auch entsprechend mit dem Bund abgerechnet. Es sind ja auch die entsprechenden Fördermaßnahmen dafür eben jene hundert Personen, darauf weise ich schon hin, die durch den Ausfall der Fördermittel, und wir haben das hier auch schon mehrmals im Gemeinderat diskutiert, eigentlich, sag' ich

jetzt mal vereinfacht, gekündigt hätten werden müssen. Wir haben das nicht getan. Wir haben dieses Jahr durchfinanziert, auch das Jahr 2011, um hier sicherzustellen, dass diese FörderassistentInnen auch ohne 15a-Vereinbarung und ohne die entsprechenden Bundesmittel, und die sind das Wesentliche, muss man sagen, da ist natürlich Geld ein wesentlicher Faktor, den Wiener Kindern zur Verfügung stehen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ellensohn. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Stadtrat! Rund um die sprachliche Frühförderung muss es natürlich auch um die Mehrsprachigkeit gehen. Jetzt haben wir in Wien die glückliche Situation, dass sehr viele Eltern in der Lage sind, ob freiwillig oder unfreiwillig, wie immer sie das auch machen, ihre Kinder sowieso mehrsprachig zu erziehen, weil ja nicht in jedem Haushalt nicht nur eine Sprache gesprochen wird. Das sind ja immer mehr. Mein sechsjähriger Sohn ist neulich aus der Schule nach Hause gekommen und hat bei der Beschreibung einer Kollegin, mit der er sich im Flöteunterricht sehr gut versteht, das so formuliert: „Die Lena, die spricht nur Deutsch.“ Und da hab' ich mir gedacht, siehst du, so macht das ein Sechsjähriger. Das war keine Kampfansage, weil er das ja auch noch nicht gewohnt ist, aber der hat mit seinen sechs Jahren das Gefühl, bei uns redet in der Klasse die eine Türkisch, die andere kann Italienisch, der andere Bub kommt aus Kroatien und er kann halt Holländisch. Da haben wir eine große Vielfalt an Sprachen in Wien und viele Eltern machen das, weil halt die Eltern unterschiedliche Muttersprachen haben. Jetzt wäre natürlich wunderbar, wenn wir das Ziel hätten, und die Vision darf man sich leisten, weil die Vision allein kostet noch nichts, die Umsetzung dann leider schon, aber auch der Bürgermeister hat ja geäußert, jetzt weiß ich nicht mehr, war's in Rust: Alle Kinder sollen auf Sicht zweisprachig sein und sich nicht als Erwachsene mühsam zusätzliche Sprachen aneignen müssen. Jetzt würde ich mir auch wünschen, dass alle Zehnjährigen, wenn sie mit der Volksschule fertig sind, zwei Sprachen perfekt können und dann noch eine dritte interessehalber anfangen. Auf dem Weg dorthin haben wir noch einen breiten Weg zu gehen, das stimmt.

Was machen wir denn, um dem Ziel, das auch der Bürgermeister so formuliert hat, näher zu kommen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich denke, dass wir ja in diesem Bereich durchaus eine sehr große Angebotsvielfalt haben, vor allem natürlich Aufsätze im schulischen Bereich, aber immer stärker auch im Kindergartenbereich. Ich erinnere daran, dass wir bereits einige entsprechende Modellversuche in Wien für den zweisprachigen Bereich haben. Wir widmen uns ja auch in einem eigenen Forschungskindergarten gerade auch dieser Thematik, nicht nur der Thematik des Deutschlernens, die natürlich zentral ist, gar keine Frage. Es geht hier natürlich um die entsprechende Sprachkompetenz, aber auch darum, Mehrsprachigkeit

im Kindergartenalltag entsprechend fördern zu können, um hier Sprachkompetenz zum Beispiel auch im ursprünglichen muttersprachlichen Bereich festigen zu können. Denn gar keine Frage, nach wie vor ist das ein ganz wichtiger und wesentlicher Bereich. Vor allem im schulischen Bereich haben wir uns ja auch letztendlich im Regierungsübereinkommen darauf verständigt, hier zusätzliche Maßnahmen immer wieder auch anzubieten, sei es über den Ausbau des bilingualen Bildungsangebots vor allem auch schon im Volksschulbereich. Wir bieten ja hier, wenn ich es richtig im Kopf habe, bereits 14 verschiedene Sprachen an. Die werden sehr, sehr gut angenommen. Da ist noch einiges zu tun, gar keine Frage. Ich hoffe, dass das durchaus auch in den laufenden Gesprächen zur Vielzahl von Neuordnungen im Bildungsbereich eine zentrale Rolle sein wird, damit wir uns dieser angesprochenen Vision möglichst rasch nähern können. Die Sprachenvielfalt, die wir in der Stadt haben, ist ein riesiges Potenzial. Sie gehört gefördert. Und wenn es uns gelingt, tatsächlich sicherzustellen, dass alle Kinder in dieser Stadt hervorragend Deutsch sprechen, aber auch noch eine zweite Sprache sehr gut sprechen, dann ist das letztendlich auch ein wirtschaftlicher Vorteil, auf den wir gemeinsam stolz sein sollten. Daher ist es sicherlich auch im bildungspolitischen Bereich notwendig, diesem besonderes Augenmerk zu widmen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Kops. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Landesrat!

Auf Grund der sprachlichen Defizite vieler Migrantenkinder fordert der Staatssekretär Kurz jetzt ein zweites verpflichtendes Gratiskindergartenjahr für alle. Wie stehen Sie zu dieser Zwangsmaßnahme für alle? Wie wollen Sie die personellen und auch räumlichen Probleme lösen und wie wollen Sie dieses zweite Gratiskinderjahr finanzieren?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Nachdem ich die gleichlautende Frage schon in der ersten Fragerunde beantwortet habe, könnte ich auf das Protokoll verweisen und Sie ersuchen nachzulesen. Vielleicht wär's ganz gut, wenn man bei der Fragenstunde komplett den Fragen folgt, dann erspare ich mir, jetzt noch einmal zu replizieren. Aber nachdem es einige Zuhörer gibt, gerne noch mal die Beantwortung.

Nachdem wir in diesem Bereich der gesamten Drei- bis Sechsjährigen bereits einen sehr, sehr hohen Versorgungsgrad aufweisen, ist das etwas, was wir ja auch aus der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres für die Fünf- bis Sechsjährigen wissen, nämlich ein sehr überschaubarer Kreis. Vor allem sind aber auch viele von denjenigen, die derzeit im letzten Kindergartenjahr einsteigen, durchaus nicht jene Gruppe, die erhöhten Förderbedarf hat. Die ist bereits sehr stark im Kindergarten, weil die Eltern eben wissen, der Kindergarten ist eine wichtige Bildungseinrichtung und durchaus viele Eltern - entgegen dem, was immer

wieder behauptet wird - großes Interesse an der Förderung ihrer Kinder haben und daher auch das entsprechende Betreuungsangebot und damit Bildungsangebot im Kindergarten auch wahrnehmen.

Das heißt, von den rund 800 Personen, die durch das verpflichtende Kindergartenjahr 5 bis 6 derzeit laufen, zusätzlich noch in den Kindergarten gekommen sind, 17 000 sind es in etwa insgesamt, also eine doch überschaubare Zahl, sind der überwiegende Teil davon jene Personen, die, sei es aus beruflicher Sicht, im Ausland waren und die Kinder nicht im Kindergarten waren, sei es, weil sie entsprechend eine soziale Möglichkeit haben, hier mit Kinderbetreuung daheim und vor Ort so die entsprechende Versorgung sicherzustellen. Also die Akzeptanz des Kindergartens ist eine sehr, sehr große.

Ich kann mir durchaus diesen Bereich vorstellen. Ich sage aber auch immer noch dazu, ich glaube, dass der Kindergartenbereich mit der Einführung des Bildungsplans, mit der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahrs, mit der Einführung der entsprechenden Fördermaßnahmen durch die 15a-Vereinbarung und vieler anderer Maßnahmen, die in den letzten Jahren durchaus sehr große Veränderungen vollzogen haben und da sehe ich nicht die zentrale Notwendigkeit. Ich bin aber gerne diskussionsbereit beziehungsweise wir bringen uns in diese Debatte auch ein. Aber ich glaube, dass zum Beispiel ein Bereich der Sicherstellung auch der Rahmenbedingungen von bundeseinheitlichen Qualitätsstandards aus meiner Sicht und aus der Wiener Sicht wesentlich prioritärer ist, denn die Versorgung und beziehungsweise die Verpflichtung eines Kindergartenjahres ist gut. Wenn der Kindergarten aber zwei oder zweieinhalb Monate geschlossen hat, dann bringt er den Eltern relativ wenig. Das heißt, ich glaube, man sollte sich Schritt für Schritt eines vornehmen: Wir haben mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr eine hervorragende Maßnahme eingeführt. Ich glaube, man sollte aber gleichzeitig immer auch darüber nachdenken, was der wesentliche Schritt ist. Und da wären einheitliche Qualitätsstandards österreichweit für mich persönlich prioritärer. Aber ich bin dem gegenüber insgesamt sehr, sehr aufgeschlossen.

Präsident Johann **Herzog**: Die 4. Zusatzfrage stellt Frau Abg Ing Leeb.

Abg Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, sehr geehrter Herr Landesrat!

Neben den sprachlichen Herausforderungen haben wir ja in Wien im Kindergarten noch andere Herausforderungen zu lösen. Es ist kein Geheimnis, dass derzeit einfach rund 700 KindergartenpädagogInnen fehlen, sei es jetzt ob der überhasteten Einführung des Gratiskindergartens oder aus welchem Grund auch immer. Da kann man sich jetzt trefflich darüber streiten. Fakt ist, wir brauchen mehr, wir brauchen mehr qualifizierte Kinderbetreuer. Es gibt Bemühungen seitens der Stadt. Das will ich gar nicht abstreiten.

Meine Frage lautet aber: Was sagen wir den

betroffenen Eltern? Wann ist dieses Delta der 700 geschlossen? Gibt es eine Prognose?

Amts StR Christian **Oxonitsch**: Ich habe immer gesagt, wir können davon ausgehen, dass sich das Delta jedenfalls ab dem Jahr 2013 zu schließen beginnt. Nichtsdestotrotz hängt es natürlich davon ab, und Hellseher in der Glaskugel sind wir alle nicht, wie sich auch die entsprechenden Ausbaumaßnahmen vollziehen, weil der eine Bereich natürlich der entsprechende Nachschub der KindergartenpädagogInnen im Bereich der Ausbildung ist. Da ist uns ja wirklich sehr viel durch mehr als eine Verdoppelung der Zahl der Auszubildenden in diesem Bereich gelungen, vor allem auch durch die neuen Ausbildungsmodelle. Einmal mehr weise ich darauf hin, es wäre eine große Unterstützung, wenn es derartige Ausbildungsmodelle in anderen Bereichen als der Stadt Wien gäbe. Wir leisten uns als einziges Bundesland eine eigene Ausbildungsstätte mit der BAKIP in diesem Bereich und darüber hinaus eben noch die Ausbildungsmodelle der drei- bis dreieinhalbjährigen Ausbildung, die eben sicherstellt, dass viele KindergartenpädagogInnen in den nächsten Jahren tatsächlich in den Bereich kommen. Vergangenen Februar waren es 111 zusätzliche PädagogInnen, die wir hier aus diesen zusätzlichen Ausbildungslehrgängen aufnehmen konnten. Das heißt, es wird beginnen, sich zu schließen. Die Frage ist, und das kann man nicht seriös beantworten, in welchem Bereich eben die Ausbaumaßnahmen nicht zuletzt auch auf Grund der Unterstützungsmaßnahmen des Bundes in welcher Intensität tatsächlich möglich sind. Aber Tatsache ist, unter den derzeitigen Ausbauraten beziehungsweise auch unter dem Gesichtspunkt derzeitiger finanzieller Mittel, die über die 15a-Vereinbarungen in den nächsten drei Jahren sichergestellt sind, ist es möglich und erreichbar und wir erreichen es ja bereits, dass sich die Lücke zu schließen beginnt. Das heißt nicht, sie ist geschlossen, ich sage es noch einmal mehr, sondern dass das Delta sich auf jeden Fall nicht vergrößert, sondern etwas kleiner wird.

Präsident Johann **Herzog**: Die Fragestunde ist somit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Parkpickerl nur mit Zustimmung der Wienerinnen und Wiener“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn Dipl-Ing Stiftner, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Ja, mit der Erweiterung der Parkbewirtschaftung, wir haben es jetzt in den letzten Tagen ja schon mehrfach diskutiert, haben die GRÜNEN endgültig zum Halali gegen jene Menschen geblasen, die in dieser Stadt das Auto dringend benötigen. Das zeigt auch die Reaktion

der Frau Vizebürgermeisterin heute in der Fragestunde und es zeigt, dass Sie diese Begeisterung wirklich nur mehr isoliert haben in dieser grünen oder rot-grünen Koalition. Diese Begeisterung wird nämlich von niemandem mehr geteilt, nicht von den Experten, auch nicht, wenn ich in Erinnerung rufen darf, von den BürgerInnen Währings, die dank des dortigen Bezirksvorstehers das verfassungsrechtliche Instrument einer Befragung genützt haben oder bekommen haben und sich dort eindeutig gegen die Einführung eines Parkpickerls ausgesprochen haben. Aber es wird im Übrigen auch nicht mehr von der Mehrzahl der Bezirksvorsteher als Instrument sinnhaften Charakters angesehen, auch nicht jener Bezirksvorsteher, die der Koalition angehören. Und es ist auch ein ganz klares Signal der betroffenen Bürger, die es ebenso ablehnen. Das sieht man nicht zuletzt durch den großen Zulauf der von unserem Stadtrat und Parteiobmann initiierten Unterschriftenaktion zur Abhaltung einer Volksbefragung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich verstehe nicht, warum Sie so stur an dieser Ausdehnung der Parkpickerlzone festhalten, wenn alle dagegen sind, die Menschen und die Experten. Ich prognostiziere Ihnen ein Scheitern der Verkehrspolitik, weil Sie hier einfach nicht erkennen, dass Sie auch in einer Sackgasse sind. Und diese Aggressivität, die in den letzten Tagen vor allem die GRÜNEN an den Tag legen und die Polarisierung weiterführen, zeigt, in welcher hilflosen Situation Sie sich hier hineinmanövriert haben. Aber ich sage und versichere Ihnen auch eines: Gegen eine sinnvolle Regelung auch des Individualverkehrs ließe sich durchaus reden und ich meine hier ganz besonders den Einpendlerverkehr. Die Vizebürgermeisterin und Stadträtin hat ja selbst in der Pressekonferenz von 500 000 Einpendlern nach Wien gesprochen. Ich bezweifle ein bisschen die Zahl, aber wir können uns darauf einigen, es sind einige Hunderttausend. Umso mehr frage ich mich, warum man bei so einem komplexen Problem auf eine einzige Lösung setzt, wo man weiß, dass diese untauglich ist. Man braucht eine Lösung, die viel komplexer ist. Man braucht auch Systeme, die hier wirklich den Einpendlerverkehr auf moderne Art und Weise regeln. Was Instrumente der Innenstadt sind, sind sicherlich nicht auf die Außenbezirke ansetzbar. Und selbst in der Innenstadt funktioniert es nicht mehr wirklich gut. Schauen wir uns an 5., 6., 7., 8., 9. Bezirk und fragen Sie die Menschen, was sie davon halten, dass sie pauschal durch das Parkpickerl eine Parkgebühr entrichten und am Abend keinen Parkplatz finden. Es wird also etwas bezahlt, ohne eine Gegenleistung zu bekommen. Das Problem wird jetzt, wenn die Parkpickerlerweiterung kommt, noch verschärft werden, dass dann einfach die Rückpendler in diese Bezirke auch wieder entsprechend ihre Parkzonen beantragen müssen. Also jene, die jetzt in den Grenzgebieten wohnen und gratis parken. Das wird hier natürlich auch noch ein zusätzliches Verschärfungsthema geben und man wird sich hier auch noch einmal in diesem Bereich mit zusätzlichen Problemen auseinandersetzen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich bezweifle auch heute

schon die Sinnhaftigkeit, wie ich es schon mehrfach gesagt habe. Aber es geht offenbar auch nicht um Verkehrspolitik, sondern es geht schlicht und einfach um ein Thema und das eint Rot und Grün gleichermaßen, auch wenn ich mittlerweile den Eindruck habe, dass dieses Thema nicht mehr in gemeinsamer Form gesehen wird. Aber in einem Punkt sind Sie sich einig, nämlich dass es zusätzliche Mittel für die Stadtkassa, für das marode Wiener Budget bringen soll, und das ist abzulehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird ein Flop der Extraklasse werden. Aber man muss auch verstehen, wie das begonnen hat. Ich möchte mich heute auch hier bei dieser Begründung auf die Glaubwürdigkeit der grünen Politik konzentrieren. Begonnen hat es nämlich mit einem Versuch der GRÜNEN, unter Vorlage von unvollständigen Daten einer damals erstellten Studie die Menschen, aber nicht zuletzt auch ihren Koalitionspartner hinter das Licht zu führen. Als das bekannt wurde und dieser Mangel transparent wurde, haben sich dann natürlich alle abgespalten und letztendlich sind dann nur fünf Bezirke übrig geblieben. Diese Situation wird umso kritischer, weil sie einfach keine Maßnahmen mehr dagegensetzen konnten. Und in dieser sehr unbedarften, sehr unprofessionellen Form der GRÜNEN hat man dann versucht, mit diversen Mitteln dagegen zu kämpfen und hat ein Notfallszuckerl entwickelt und hat gesagt, na ja, vielleicht können wir dann die Parkzeit auf drei Stunden ausdehnen. Dann hat man gehofft, das beruhigt sich etwas. Aber auch dieses Danaergeschenk haben die Bezirke abgelehnt, zu Recht, weil sie einfach wissen, dass es eine falsche Entscheidung ist, und die GRÜNEN sind einmal mehr alleine geblieben. Sie führen jetzt schwere Abwehrgefechte. Die Stadträtin ist mehr als hilflos, wie man heute in der Anfragebeantwortung gesehen hat. Sie zieht sich auf ihre von Experten vorgegebenen formaljuristischen Argumentationen zurück, die ohnehin nicht haltbar sind

Aber es zeigt, dass sie sich inhaltlich überhaupt schon von diesem Thema verabschiedet hat, sehr geehrte Damen und Herren. Völlig verabschiedet hat Sie sich auch von einer vernünftigen Verkehrspolitik, die nämlich Voraussetzungen schaffen müsste, damit man auch hier für die Einpendler Maßnahmen findet, damit sie auf andere Verkehrsmittel umsteigen. Man bräuchte Park-and-ride-Anlagen in den Außenbezirken. Auch das haben Sie nicht vor, das werden Sie auch nicht machen. Sie haben nicht vor, die U-Bahn ins Umland zu erweitern. Sie haben nicht vor, den öffentlichen Verkehr auszubauen. Sie haben, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, die Glaubwürdigkeit in dieser Stadt verspielt!

Ich möchte Ihnen hier auch noch einmal ein Interview der Frau Stadträtin kurz zur Kenntnis bringen, vielleicht kennen Sie es aus der Stadtzeitschrift „Der Biber“, das, glaube ich, sehr interessant ist. Es wird hier übertitelt „Mir steigen die Grausbirn auf“. Meine Damen und Herren, ich kann das genauso sagen, auch uns steigen die Grausbirn auf, wenn wir an die Verkehrspolitik von Rot-Grün denken. Die Frau Vizebürgermeisterin wird hier

nämlich gefragt, wie sie täglich zur Arbeit fährt und die Frau Vizebürgermeisterin antwortet: „Unterschiedlich, mal mit dem Rad, mal werde ich mit dem Auto abgeholt, derzeit eher seltener mit den Öffis.“ Hallo, was sagt sie da noch einmal? Mit den Öffis fährt sie nicht, mit dem Rad nur dann, wenn Journalisten dabei sind. Also sie wird täglich mit dem Auto abgeholt, mit dem Dienstauto und Chauffeur! Eh klar, ist ja bequemer als mit den Öffis. Aber es geht noch weiter. Der Journalist fragt dann, und es wird immer besser: „Warum fahren Sie so selten mit den Öffis?“ Wohlgermerkt, eine grüne Stadträtin wird gefragt: „Warum fahren Sie so wenig mit den Öffis?“ „Ich nutze jede Gelegenheit, um mit meinem Fahrrad in die Stadt zu fahren. Ich mag es halt lieber, als mit den Öffis zu fahren.“ Hallo, die Frau Stadträtin, die für den öffentlichen Verkehr zuständig ist, sagt den Menschen via Interview, bitte, die Öffis sind schlecht, ich mag es auch nicht, mit den öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren, ich bin auch kein Vorbild für euch und möchte keines sein, ich fahre lieber mit dem Fahrrad. Was wieder nicht stimmt, weil sie das im nächsten Satz wieder relativiert. Da wird sie nämlich gefragt, welches Fahrrad ihr denn zur Verfügung steht und dann sagt sie: „Ich besitze ein Elektrofahrrad.“ Das ist sicher das klassische Transportmittel des Wieners, weil sich das ein jeder leisten kann, das kostet ein Vielfaches einer Jahresnetzkarte. Aber ein Elektrofahrrad kann sich dann ein jeder leisten *(Aufregung bei Abg Mag Rüdiger Maresch.)*, macht ein jeder, ist keine Frage. *(Aufregung bei den GRÜNEN.)* Aber richtig, es passt zu dem Dienstwagen, genau das ist es, sie gibt es auch zu! Ich weiß, lieber Kollege Maresch, es ist dir peinlich, aber du bist auch kein Pflichtverteidiger, weil sie auch wieder einmal verabsäumt hat, hier zu sein, weil die Frau Stadträtin überhaupt nicht mehr an Verkehrspolitik interessiert ist. Sie versteckt sich einerseits hinter der juristischen Fassade, andererseits jetzt auch oftmals hinter den Mauern dieses Rathauses, weil sie nicht mehr in der Lage ist, diese Situation zu beherrschen. *(Beifall bei der ÖVP. – Weitere Aufregung bei den GRÜNEN.)*

Aber sie sagt auch noch, warum das Elektrofahrrad: „Weil es sehr praktisch ist, denn ich kann es in jedem Auto verstauen.“ O-Ton bitte hier nachzulesen *(Abg Dipl.-Ing Roman Stiftner zeigt eine Zeitschrift.)*, im Auto kann sie es verstauen! Und ich kann selbst, es ist ja strafbar mit dem, was sie auch vorher sagt, nein, sie fährt ja gar nicht Straßenbahn. Das heißt, sie hat ein Elektrofahrrad, weil's so lustig ist und im Auto zu verstauen ist!

Es ist nicht so lustig, weil es ein ganz dramatischer Fall von Glaubwürdigkeitsverlust ist, den diese Stadtregierung und speziell die Grüne Fraktion hier vorgeführt hat. Es ist der Verlust an Glaubwürdigkeit einer ehemaligen Bürgerbeteiligungspartei, die nicht in der Lage und nicht willens ist, die Bürger in einer so wichtigen Frage einzubinden. Und es ist ein Glaubwürdigkeitsverlust in der Verkehrspolitik, weil selbst die Stadträtin und grüne Klubobfrau, ehemalige grüne Klubobfrau, hier ganz klar und deutlich sagt, sie fährt ungern mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und sie fährt lieber mit dem Dienstauto spazieren, sehr geehrte

Damen und Herren! Das ist eine Verkehrspolitik, die wir so nicht mittragen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wie alt diese Partei bereits nach eineinhalb Jahren Regierungsbeteiligung aussieht, kann man auch an den Reaktionen hier sehen. Wir werden deshalb unsere Initiative für eine Bürgerbeteiligung, unsere Unterschriftenaktion, fortsetzen. Es ist der einzige Schritt, um den Amoklauf der GRÜNEN hier zu beenden. Wir werden, und das können wir heute schon mit ziemlicher Sicherheit sagen, es wird uns diese Bürgerbefragung gelingen, die den Menschen die Möglichkeit geben wird, hier für die Ausweitung der Parkzonen mitzubestimmen, und das werden wir durch eine solche Unterschriftenaktion erzwingen. Dann wird sich letztendlich auch herausstellen, was die Menschen dieser Stadt wollen. Ich kann Ihnen heute schon prognostizieren: Die Ausweitung der Parkzonen wird so nicht stattfinden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur ein Mal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Dr Kickert gemeldet. Ich bitte darum.

Abg Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte den Rahmen der Diskussion zur Verkehrspolitik ein bisschen erweitern und möglicherweise einen Versuch machen, es zu versachlichen, obwohl die Reden gestern im Gemeinderat und jetzt die lustige Rede vom Kollegen Stiftner meine Hoffnung auf eine sachliche Debatte nicht wirklich stützen.

Was ist denn der Rahmen einer Verkehrspolitik eines Bundeslandes oder wie in Wien einer Großstadt? Wir haben Klimaprobleme, wir sollten uns auf den Klimaschutz konzentrieren. Das ist ziemlich breit anerkannt, auch von Ihnen, weil ich nicht davon ausgehe, dass es unter den Parteigängern und auch den KollegInnen und Abgeordneten der ÖVP Menschen gibt, die den Klimawandel vollkommen abstreiten. 30 Prozent der CO₂-Emissionen stammen vom motorisierten Individualverkehr, von den Autos und den Lastwägen, 30 Prozent! Wenn wir es umrechnen, so sind das jährlich 23 Millionen Tonnen Treibhausgase zusätzlich pro Jahr, zum Beispiel 2011. Wir haben die Feinstaubproblematik, eine schwere gesundheitliche Belastung aller in unserem Bundesland lebenden Menschen. Eine Reduktion der Feinstaubbelastung wäre eine deutliche und messbare Erhöhung der Lebenserwartung aller hier in der Stadt lebenden Menschen. Und wir haben noch Lärm als Gesundheitsbelastung, und nicht nur eine Gesundheitsproblematik, sondern so ganz nebenbei auch eine soziale Problematik, weil wir wissen, wer arm ist, der wohnt im Lärm. Das heißt, Menschen, die es sich nicht leisten können, in den Außengürtelbezirken, am Stadtrand, am Wilhelminenberg zu leben, die müssen sich vergegenwärtigen, dass sie auf Grund des Lärms chronisch erkranken, mehr Herzinfarkte haben. Das ist

der Rahmen, in dem verantwortungsvolle Verkehrspolitik zu handeln hat, auch Bundespolitik, auch die Landespolitik in anderen Ländern. Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister, Umweltministerinnen und Umweltminister der letzten 30 Jahre haben nicht sehr viel Mut bewiesen, irgendetwas zu tun. Also sind erstaunlicherweise im Moment die Kommunen diejenigen, die versuchen, das zu regeln, was sie regeln können. Gestern in der Debatte ist es schon vorgekommen: Kommunen wie Krems, Innsbruck, Eisenstadt, Kitzbühel, St Johann und Wien. Und natürlich wissen wir, dass all diese Problematiken nicht mit einer Maßnahme gelöst werden können, aber die Parkraumbewirtschaftung ist eine Maßnahme, ist eine bewährte Maßnahme, wäre eine unter vielen. Aber soviel ich weiß, haben Sie alle anderen verkehrlenkenden Maßnahmen, die wir in den letzten zehn Jahren vorgeschlagen haben, auch in Bausch und Bogen abgelehnt. Keine einzige hat vor Ihren gestrengen Augen auch nur irgendwie bestanden!

Das heißt, verantwortungsvolle Politik bedeutet auch, Interessen auszugleichen und als Repräsentanten dieser Politik demokratisch dafür einzustehen, dass sie es machen. In diesem Rahmen tun wir das.

Wir setzen Maßnahmen, die den Verkehr in Wien reduzieren können, die ja auch ... *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Sie werden den Verkehr erhöhen mit ihren Maßnahmen!)* Herr Stiftner, wir werden in einem halben Jahr sicherlich wieder darüber reden oder in einem Jahr und wir werden dann schauen, welche Maßnahme das hat. Und Sie wissen – ja, wir werden sicher darüber reden –, dass das ja nicht die einzige Maßnahme ist, das heißt, wenn Sie ... *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Wovor fürchten Sie sich denn?)* Herr Stiftner bitte, reißen Sie sich zusammen! Vor zehn Minuten haben Sie gesagt, die GRÜNEN sind aggressiv und jetzt können Sie nicht einmal in aller Gelassenheit meiner Wortmeldung zuhören! *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Ja, wovor fürchten Sie sich eigentlich?)* Mein Gott, mein Gott! Na gut, wir wissen, wo die Aggressivität herrscht, wir wissen auch, wo die Verantwortungslosigkeit vorliegt. Die Frage, wovor wir uns fürchten, kann ich Ihnen beantworten: Wir fürchten uns nicht. Wir nehmen tatsächlich eine unpopuläre Maßnahme in Kauf, um all das zu erreichen, was den Menschen gut tut. Das ist ehrliche, verantwortungsvolle Politik. Wir verstecken uns nicht hinter der Angst der Bürgerinnen und Bürger vor Erhöhung und wir benützen sie auch nicht dazu, um parteipolitisch in irgendeiner Weise der Regierung eins ans Bein zu pinkeln, was Sie übrigens tun. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Abg Mag Gudenus. Ich ersuche darum.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man merkt ja schon allein an der Anwesenheit der Regierungsparteien, an der Anzahl der Abgeordneten, wie egal Ihnen wieder einmal das Thema Bürgerbestimmung, Bürgerbeteiligung ist. Man merkt

auch daran, wie arrogant Sie wieder mit den vielen Menschen umgehen, die schon in den Unterschriftenlisten von der ÖVP, der FPÖ, vom ÖAMTC und vom ARBÖ unterschrieben haben und von vielen anderen, die unterschrieben haben. Das ist anscheinend Ihr Demokratieverständnis. Aber es sei, wie es sei.

Man hat gestern schon vom Herrn Bgm Häupl im Gemeinderat gehört, dass er sich gegen eine Volksbefragung ausspricht. Er spricht von einer drohenden Gefahr einer Volksbefragung. Man sieht ja schon, wie mit der Institution einer Volksbefragung seitens der Regierung umgegangen wird. Eine drohende Gefahr geht da von der Bevölkerung aus! Da sieht man ja, wie absolut dieser, ja, ich sage es, monarchengleiche Bürgermeister hier regiert und sich regelrecht vor dem Volk fürchtet. Man fühlt sich zurückerinnert, auch wohl zurückversetzt, auch heute in der Sitzung, in den Vormärz, wo es Sprechverbote gab, wo es Zensur gab. Vielleicht müssen wir in nicht allzu langer Zeit schon, bevor wir unsere Reden halten, sie dem Präsidenten oder dem Bürgermeister zeigen, um sie zensieren zu lassen. Also das kann es ja wohl nicht sein, dass hier im Hohen Haus so ein Stil einkehrt wie im Vormärz! Das lehnen wir Freiheitliche ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden, so wie unsere geistigen Vorväter im Jahre 1848 und später, dafür kämpfen, dass es mehr Bürgerbeteiligung gibt, dass es mehr Bürgerrechte gibt und mehr Demokratie hier in unserer Heimatstadt gibt. Dem Volk sein Recht, das ist freiheitliche Politik und das unterstützen auch die Wienerinnen und Wiener! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es lässt sich auch sehr tief blicken, wenn man das Demokratieverständnis der beiden Regierungsparteien betrachtet. Erstens einmal, wenn es um eine Volksbefragung geht, die jetzt initiiert werden soll. Oder wenn es darum geht, mehr Mitsprache für die Bürger zu erreichen. Der Herr Bgm Häupl hat gestern gesagt, weil wir das Beispiel Schweiz herangezogen haben: „Die Schweiz befindet sich am Rande der Demokratie.“ Das hat der Bürgermeister gesagt! Die Schweiz ist ja der Leuchtturm der Demokratie *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das hat er nicht gesagt! Das ist unwahr! Das hat er nicht gesagt! – Aufregung bei der SPÖ.)* und wir wären gut beraten *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist unwahr! Das hat er nicht gesagt!)*, uns mehr am Beispiel der Schweiz zu orientieren. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das hat der Bürgermeister nicht gesagt!)* Aber Herr Kollege Schicker ... *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das hat er nicht gesagt! – Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist die glatte Unwahrheit! – Weitere Aufregung bei der SPÖ.)* Mein Nachredner kann gerne rauskommen und sich dann zum Wort melden.

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Ich ersuche um entsprechende Ruhe, damit der Redner seine Worte formulieren kann. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Der Bürgermeister hat das nicht gesagt! Das stimmt nicht!)*

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Und da sieht man ja das Demokratieverständnis. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das hat der Bürgermeister nicht*

gesagt! Das ist unwahr! Das hat er nicht gesagt!) Oder wenn die Frau VBgmin Vassilakou sich in einem Interview im „Falter“ vor einigen Wochen dann hier auch herausgestellt hat und gesagt hat, die FPÖ stünde für eine Form des Plebiszits, die man auch im Faschismus finden kann. Das hat sie allen Ernstes vor ein paar Wochen im „Falter“ gesagt. Also ich wüsste nicht, dass mehr Volksbefragungen und Volksabstimmungen oder Volksbegehren irgendwie typisch für faschistoide Systeme wären. Aber daran sieht man ja, was das Denkmuster der GRÜNEN ist. Alles, was nicht der Meinung der GRÜNEN ist, ist gleich faschistoid! Aber das ist genau das enge Denkmuster, das die Bürgerinnen und Bürger in Wien ablehnen. Sie werden dafür auch eine Abfuhr erhalten, spätestens im Jahre 2015! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie schlecht es insgesamt um Bürgerbeteiligung hier im rot-grünen Wien steht, das sagt ja nicht zuletzt unlängst das Städtebarometer aus dem Jahr 2012. Da hat man ganz klar gesehen, dass in Österreich 61 Prozent der Bürger mit der Mitbestimmung zufrieden sind. Das Schlusslicht war leider wieder einmal, wie in vielen Bereichen, unsere Landeshauptstadt Wien. Bei uns sind es gerade einmal 45 Prozent der Menschen, die mit der Mitbestimmung zufrieden sind. Also mit anderen Worten, 55 Prozent der Wienerinnen und Wiener haben erkannt, wie undemokratisch die Stadtregierung ist und dass hier auch ein Reformbedarf vorhanden ist.

Wir werden heute Nachmittag unseren Dringlichen Antrag einbringen, sowohl geltend für die Bundesebene als auch für die Landesebene, für mehr direkte Demokratie in Wien und in Österreich, und vor allem für ein faires, modernes Wahlrecht in Wien. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Lindenmayr. Ich ersuche darum.

Abg Siegi **Lindenmayr** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Ich glaube, als ehemalige Wirtschaftspartei wissen Sie sicher noch, was der Begriff „unfriendly take over“ bedeutet, nämlich unfreundliche Übernahme oder sogar feindliche Übernahme *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*, und genau das ist Ihnen ja jetzt dieser Tage passiert. Auf der verzweifelten Suche nach einem Thema, wo Sie wieder etwas Aufmerksamkeit erreichen können, haben Sie, und in den heutigen Tageszeitungen ist ja zu lesen: „Staatsekretär Kurz besucht die schwer gebeutelte Landes-ÖVP“. Also Sie sind ja stark auf der Suche, wieder etwas über die Wahrnehmungsschwelle zu kommen. Haben Sie also jetzt ein Thema? Glauben Sie, ein Thema entdeckt zu haben, mit dem Sie wieder punkten können? *(StR Mag Manfred Juraczka: Wir haben eines!)* Dabei ist es Ihnen aber passiert, dass die andere Oppositionspartei, die populistische Oppositionspartei, das Geschäft natürlich besser versteht und Ihnen dann dieses Thema weggenommen hat. Auch da sind Sie schon in den Zeitungen verhöhnt

worden. (StR Mag Manfred Juraczka: *Machen Sie sich Sorgen um Ihre Partei!*) Also ich empfehle Ihnen, innerparteilich vielleicht einmal eine Strategiediskussion zu beginnen (Abg Ing Isabella Leeb: *Und Ihre Partei?*), wie Sie wirklich argumentieren sollen. (Abg Dr Wolfgang Ulm: *Wir nehmen selbstverständlich von Ihnen auch die Unterschriften!! – Aufregung bei der ÖVP.*)

Sie haben aber auch inhaltlich ein großes Problem, denn wenn man sich an die aus Ihrer Sicht goldenen Zeiten zurückerinnert, nämlich als die ÖVP aus eigener Kraft sogar noch einen Vizebürgermeister gestellt hat, da war es so, dass es in diesen 10 Bezirken, wo es jetzt die Parkraumbewirtschaftung gibt, damals 6 Bezirksvorsteher der ÖVP gegeben hat und 4 der SPÖ. Ja, 6 der ÖVP und 4 der SPÖ! Jetzt nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung, nachdem sie sich einige Zeit schon sehr gut bewährt hat, ist es so, dass Sie von den 6 nur mehr 2 haben, die SPÖ hat sich von 4 auf 7 verbessert und die GRÜNEN haben 1 Bezirksvorsteher! Um es noch einmal zu sagen: Sie haben in den Bezirken 67 Prozentpunkte verloren! Sie haben von 6 Vorstehern auf 2 reduziert, die SPÖ von 4 auf 7 erhöht und in der Zwischenzeit ist auch ein grüner dazugekommen. Das heißt, Sie liegen auch inhaltlich völlig falsch. (Aufregung bei der ÖVP.) Und auch da sollten Sie darüber nachdenken, was das für Sie bedeutet. Wie gesagt, unter der Wahrnehmungsschwelle sind Sie in der Zwischenzeit.

Wir als Regierungspartei haben Verantwortung für die gesamte Stadt zu haben. Wir haben nicht Einzelinteressen zu vertreten. Einzelinteressen, natürlich ist es das gute Recht der Opposition. Das machen die einen populistischer, Sie machen es sehr schlecht, das ist Ihnen unbenommen. (Aufregung bei der FPÖ.) Wir haben Gesamtinteressen zu beobachten und bei den Gesamtinteressen muss man bedenken, 71 Prozent der Menschen fahren nicht mit dem Auto in die Arbeit, 29 Prozent tun das. Wir haben eben als Gesamtinteresse alle Menschen in dieser Stadt zu beachten.

Ich habe nur kurz Zeit und daher möchte ich das richtigstellen, was der Herr Gudenus gesagt hat. Das stimmt natürlich so überhaupt nicht, dass das der Herr Bürgermeister so gesagt hat. Er hat lediglich gesagt, dass die Schweiz (Abg Mag Wolfgang Jung: *Da gibt es ein Protokoll!*) - Sie haben das Wort repräsentativ unterschlagen - gerade noch eine repräsentative Demokratie darstellt. (Aufregung bei der FPÖ.)

Herr Jung, Sie haben überhaupt keine Ahnung von diesen Themen! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Sie wissen nicht einmal, was die Straßenverkehrsordnung ist, haben vor zwei Monaten gesagt, das ist die Hausordnung. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Was?*) Sie sollten bei diesem Thema überhaupt nicht mitreden! (Abg Dr Kurt Stürzenbecher: *Das wäre das Gescheiteste!*) Sie kennen sich vielleicht bei Panzern aus, aber sonst bei überhaupt nichts! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Jedenfalls hat das der Herr Bürgermeister nicht gesagt, denn die Schweiz hat verstärkte direktdemokratische Elemente und daher ist es nicht

unbedingt eine starke repräsentative Demokratie. Das wollte ich nur richtigstellen. Aber es ist falsch, wie so vieles, was die FPÖ sagt, falsch ist. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Die Schweiz steht am Rande des Demokratischen! Das hat er gesagt! Das ist richtig zitiert!*) Wir vertreten die Bürgerinnen und Bürger. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: *Welche?*) Wir wissen, was für diese Stadt gut ist. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Sie haben sehr schlechte Umfragewerte!*)

Das Auto hat nun einmal eine sehr emotionale Komponente. Daher gelingt es natürlich leicht, mit populistischen Redereien die Menschen zu verwirren. Wir haben die Ansicht, wir führen das ein. Wir sind dafür gewählt. Die Menschen merken das in der Zwischenzeit auch. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Allerdings!*) Im Vorhinein zu erklären, ist immer sehr schwierig. Aber wenn die Leute dann beispielsweise merken, dass sie von Hirschstetten bis zum Rathaus mit öffentlichen Verkehrsmitteln viel besser fahren als mit dem Auto, sind sie dann begeistert von der Parkraumbewirtschaftung. Aber da bedarf es des Redens und nicht des vorherigen Aufhetzens der Bürgerinnen und Bürger. Daher ist es gut so, wenn manche Fragen nicht vorher populistisch gefragt werden, sondern wir als Regierungspartei tragen die Verantwortung. Wir setzen das durch. Es wird so eingeführt werden. (Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: *Wie war die Befragung bei der City-Maut? Populistisch!*) Spätestens nach einem halben Jahr merken die Menschen, wie in den zehn Innenbezirken, dass das eine gute und richtige Maßnahme ist und Sie sind gescheitert.

Sie sind seit der Zeit von Erhard Busek mit Ihrer Politik gescheitert, von sechs Vorstehern auf zwei und Sie werden noch weiter hinunterrutschen! (Abg Mag Wolfgang Jung: *Wie viel haben Sie verloren? Die Absolute!*) Das ist aber traurig für die Demokratie (Abg Dr Wolfgang Ulm: *Schauen Sie sich Ihre eigenen Ergebnisse an!*), denn Sie als Oppositionspartei sind immerhin noch innerhalb des Verfassungsbogens, aber mit Ihrer Politik stärken Sie jene, die außerhalb des Verfassungsbogens sind. Daher ist es schade für dieses Haus, dass es nur mehr eine Oppositionspartei gibt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wir als Regierungsfraktion tragen die Verantwortung für die Stadt und wir tragen sie gerne. - Danke. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Präsident Johann **Herzog**: Also nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Aigner gemeldet. Ich bitte darum:

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es wurde heute schon der Vormärz als historische Bezugsgröße angesprochen. Wenn ich jetzt dem Kollegen Lindenmayr zugehört habe, stellt er sich hier hin und sagt, Sie wissen, was gut für die Menschen ist. Das ist dann nicht Vormärz. Da ist er noch lange nicht angekommen. Das ist sozialistischer Feudalismus. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Ich darf mich hier gleich outen als bekennender Anhänger einer repräsentativen Demokratie. Aber wenn

Sie die repräsentative Demokratie ernst nehmen, dann dürften Sie genau so nicht argumentieren, weil die Menschen, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, sind genau die Vertreter der Menschen. Deswegen kann es nicht sein, dass nur einer weiß, was für die Menschen gut ist, sondern wir sollten das alle gemeinsam wissen und zu gemeinsamen Lösungen kommen. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Ach so!)* Unsere Verfassung sieht eine repräsentative Demokratie vor, aber sehr wohl mir direktdemokratischen Elementen. Wir sind mittendrin in einer Debatte, diese Elemente auszubauen.

Mein Zugang ist, bevor man sie ausbaut und das Verfassungsgefüge überhaupt gravierend umändert, sollte man doch von den Instrumenten, die wir jetzt schon zur Verfügung haben, entsprechend Gebrauch machen. Mir kommt es fast so vor, als ob die Volksbefragung, die die mit absoluter Mehrheit regierende SPÖ mit fünf Ja/Nein-Fragen abgehalten hat, nach dem Motto gemacht hat: „Wir haben eh fünf Fragen gestellt. Die Bürger haben so abgestimmt, wie wir das haben wollten, weil man hat gar nicht viel anderes machen können. Das muss jetzt für die nächsten 15 Jahre an direkter Demokratie in Wien reichen.“ Das kann es wirklich nicht sein!

Ich habe die Befürchtung, und da braucht man gar nicht zwischen den Zeilen zu lesen, wenn man dem Herrn Bürgermeister und auch der Frau Vizebürgermeisterin zugehört hat, dass man sich schon auf ein juristisches Feld begibt und sagt, wenn die Unterschriften da sind, soll das schon so sein, aber dann sei das Ganze juristisch nicht zulässig. Dazu muss ich Ihnen wirklich sagen, das kann man so nicht machen! Wenn Sie sich den Text Ihrer mehr als suggestiven Frage zur City-Maut in London anschauen, sprechen Sie auch ausdrücklich davon, dass das eine Gebühr beinhaltet. Sie haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, ein konkretes Modell abzufragen. Sie haben einen völlig unbestimmten Begriff mit dem Hinweis auf London und andere Städte abgefragt. *(Abg Karlheinz Hora: Herr Dr Aigner, jetzt müssten Sie den rechtlichen Unterschied erkennen, oder?)* Sie haben eine Frage gestellt, die erstens über eine Gebühr gegangen ist *(Abg Karlheinz Hora: Denken Sie einmal nach!)* und zum Zweiten, wo Sie nicht einmal ein Modell vorgelegt haben. *(Abg Karlheinz Hora: Sehen Sie!)* Also, das ist eigentlich viel zu unbestimmt, weil man gar nicht gewusst hat, von welchem Modell man spricht. Man hätte ein Modell ausarbeiten müssen und fragen sollen, ob man so ein Modell will. Aber wenn es zulässig ist, einen allgemeinen unbestimmten Begriff abfragen zu lassen, dann erübrigt sich jede weitere juristische Debatte, ob man über die Auswertung eine Volksbefragung durchführen darf oder nicht. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Aber auch das ist wieder der Feudalismus. Die Mehrheit bestimmt, was zulässig ist oder nicht. Das ist eigentlich ein Wahnsinn. *(Abg Mag Thomas Reindl: Das ist Demokratie!)* - Nein, bei juristischen Fragen ist das keine Frage der Demokratie. Das müsste im Prinzip ein Höchstgericht, ein Gerichtshof des öffentlichen Rechts,

entscheiden. Es kann nicht sein, dass über juristische Fragen mit Mehrheit abgestimmt wird. Da hört sich die Demokratie auf, weil wir sind nicht nur eine Demokratie, wir sind auch ein Rechtsstaat! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Wir haben heute eh noch genug Gelegenheit, über diese Fragen zu diskutieren. *(Abg Mag Thomas Reindl: Es ist eh immer dasselbe!)* Es ist halt auch bei den GRÜNEN immer ganz interessant. Solange sie in Opposition waren, war ihnen jede Bürgerinitiative, jedes Mittel recht, auch rechtskräftige Bescheide und so weiter zu kippen. Denken wir an die ganzen Kraftwerke und so weiter. Diese sind alle rechtsstaatlich korrekt von den Behörden beschlossen worden und es ist im Rahmen des zivilen Ungehorsams dagegen mobil gemacht worden. Jetzt weigern Sie sich, in der Verfassung vorgesehene Mitbestimmungsmöglichkeiten anzuwenden.

Es ist eine Ungerechtigkeit, auch zwischen den Bezirken, dass nur ein einziger Bezirk eine Volksbefragung durchgeführt hat. In Währing war es überhaupt nicht suggestiv. Der Bezirksvorsteher hat sich nicht einmal geäußert, ob er dafür oder dagegen ist. Er hat es den Menschen hervorgelegt.

Wenn Sie so davon überzeugt sind, dass Sie eine gute Politik machen, dann holen Sie sich für die gute Politik die Mehrheit der Bevölkerung, weil das heißt repräsentative Demokratie. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist StR Mag Juraczka. Ich ersuche ihn.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin ein bisschen verwundert über die Wortmeldung des Kollegen Lindenmayr. Wir haben begonnen, zu diesem Thema in dieser Aktuellen Stunde sachlich zu sprechen und jetzt werden wir im Tiefflug angegangen, nur weil wir versuchen, der Meinung der Bevölkerung auch Ausdruck zu verleihen. Herr Kollege Lindenmayr, Sie sind jemand, der sehr oft als braver Parteisoldat dargestellt wird. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: So wie der Kollege Jung!)* Ich meine das überhaupt nicht abschätzig. Ich meine das durchaus mit einer gewissen Hochachtung. Das ist legitim. Ich habe nur das Gefühl, wenn Sie hier herausgehen und man sagt Ihnen, Sie sollen berichten, die Erde ist eine Scheibe, dann tun sie das. Das Problem ist nur, am Ende der Rede glauben Sie es. Genau so ist mir ihre Rede heute vorgekommen. *(Beifall bei ÖVP; FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass zum Thema Parkpickerl von uns in der Politik schon wirklich fast alles gesagt ist. Ich sage ganz offen, es ist gut, dass jetzt die Wienerinnen und Wiener am Wort sind. Ich kann auch ganz offen sagen, wenn der Herr Bürgermeister gestern gemeint hat, er wird uns unsere Arbeit nicht abnehmen, dass er das nicht tun muss. Wir freuen uns darauf. Wir sind tagtäglich in Kontakt mit den Menschen in dieser Stadt. Wir hören den Protest, den es zu diesem Thema gibt. Wir freuen uns, wenn wir diese 60 000 Unterschriften dem Herrn Bürgermeister vor die Tür kippen können, meine Damen und Herren! *(Beifall bei*

der ÖVP und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)

Was mich nur wundert, ist, Bgm Häupl hat vor etwas mehr als eineinhalb Jahren, als er, wie sich in weiterer Folge herausgestellt hat, diese unglückselige Koalition mit den GRÜNEN eingegangen ist, uns und den Medien erklärt, er rauft lieber über den Verkehr als über die Bildung. Das ist natürlich legitim.

Ich frage mich nur: Wann, Herr Bürgermeister, fangen Sie mit dieser Partei endlich über den Verkehr zu raufen an? (Beifall bei der ÖVP.)

Die völlige Fehleinschätzung der Thematik, nicht nur auf Seiten der GRÜNEN, leider Gottes auch beim Herrn Kollegen Lindenmayr, zeigt sich beispielsweise bei dem Titel der gestrigen Aktuellen Stunde: „19 Jahre Parkraumbewirtschaftung - eine Erfolgsgeschichte.“ Das sind zwei paar Schuhe, meine Damen und Herren! Als 1993 im 1. Bezirk unter dem ÖVP-Bezirksvorsteher Ricky Schmitz, maßgeblich mitwirkend, ein Parkraummanagement eingeführt wurde, geschah dies unter zwei Aspekten, nämlich, dass die Menschen in einem völlig überparkten Bezirk die Chance auf einen Parkplatz haben und damit gerade in einer Großstadt, wo es - da haben auch Sie recht - ein Parkraummanagement braucht, die Menschen nicht ohne zusätzliche Kosten mit ihrem Auto bis zum Stephansplatz oder bis ins Stadtzentrum fahren und das für State of the Art erachten.

Aber was passiert jetzt? Was soll mit 1. Oktober hier kommen? (Abg Siegi Lindenmayr: Sie haben vier Vorsteher verloren!) - Was hat das mit dem Thema zu tun? (Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie haben in Hernals sogar den Stellvertreter verloren! Machen Sie nur so weiter!) - Herr Maresch, melden sie sich zum Wort! Seien Sie ein bisschen diszipliniert! Das ist keine Tugend Ihrer Partei, aber versuchen Sie es trotzdem! (Beifall bei der ÖVP.)

Eine Stunde Parken am Wilhelminenberg, wo es keine eklatante Parkplatznot gibt (Abg David Ellensohn: Aber auch nicht viele Parkplätze!), kostet genauso viel wie eine Stunde Parken auf der Freyung oder am Hof. Das ist nicht sinnvoll, meine Damen und Herren! Das müssen sie einsehen. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Sollen wir die Gebühren im 1. Bezirk verdoppeln?) - Nein. Es geht auch darum, dass in die Stadt einzufahren, Kosten verursachen darf, aber nicht, wenn ein Bürger von Ottakring nach Hernals fährt.

Bei der City-Maut hätte mich bei der heutigen Fragestunde interessiert (Abg David Ellensohn: Habe ich richtig gehört, das ist eine City-Maut?), warum das die Frau Vizebürgermeisterin für zulässig erachtet. Bei der City-Maut hat es eine klare Absage gegeben. (Ab David Ellensohn: Im 1. Bezirk!) Ich glaube, auch so etwas sollte man zur Kenntnis nehmen! (Beifall bei der ÖVP.)

Wir freuen uns darauf, mit den Bürgern Aktivitäten gegen eine verfehlte Verkehrspolitik zu setzen. Wenn wir schon bei der Bürgerbeteiligung sind, meine Damen und Herren, sei mir eines heute noch gestattet, bevor meine Redezeit zu Ende geht. 751 Tage ist der Notariatsakt puncto Wahlrecht her. Wie man dem heutigen „Kurier“ entnehmen kann, bewegt sich jetzt Gott sei Dank etwas.

Da gibt es dann auch zwei Arten, wie man damit umgehen kann, als Profi, wie Klubobmann Schicker, der sagt, wir reden darüber, wir diskutieren nicht über die Medien (Abg David Ellensohn: Die Wahlrechtsreform steht auch drinnen!, oder so wie Sie, Herr Klubobmann Ellensohn, der meint, er stellt Bedingungen, dass er überhaupt mit uns redet. Ganz ehrlich, dann lassen Sie es bleiben! (Beifall bei der ÖVP sowie von StR David Lasar und Abg Dr Wolfgang Aigner.)

Sie sind mit dem Notariatsakt eine Bringschuld eingegangen, von der Sie heute nichts wissen wollen.

Wir geben, auch wenn es der Kollege Lindenmayr nicht nachvollziehen will, die Themen in dieser Stadt vor und das ist gut für diese Stadt! - Danke. (Beifall bei der ÖVP. - Abg David Ellensohn: Nur so weitermachen!)

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Maresch genannt. Ich erteile das Wort.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das ist eine interessante Debatte. Zunächst gleich einmal zur FPÖ: Der heutigen „Kronen Zeitung“ entnehme ich: „Parteiapparat gegen alte Dame“. (Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Hat sie ein Parkpickerl gekauft?) Nicht schlecht, finden wir. Welcher Parteiapparat ist das? Weiter unten sieht man gleich: „Kein Rücktritt Grafs.“ Das ist interessant und das muss man gleich einmal sagen, weil wir haben auch vom Vormärz gesprochen. Dann reden wir jetzt ein bisschen von den Märzveigerln. Die FPÖ weiß, was die Märzveigerln sind. Da geht es darum, Herr Strache, auf die Frage: „Wäre jetzt, nach dem Auffliegen des Falls Meschar nicht ein Rücktritt Martin Grafs als Dritter Nationalratspräsident nötig?“ Darauf Strache: „Ich habe mit Martin Graf ein ausführliches Gespräch geführt. Er konnte mich dabei überzeugen, dass er stets im Interesse der älteren Dame gehandelt habe.“ (Abg Mag Barbara Feldmann: Das ist nicht Thema!) Darauf die „Krone“: „Frau Meschar sieht das aber ganz anders.“ Daraufhin, interessant: „Es gibt auch schon einen Gerichtstermin. Das ist alles im Laufen. Jetzt muss sich Martin Graf aber schon gegen die Vorwürfe wehren dürfen. Die Dame war auch fünfeneinhalb Jahre mit der Regelung zufrieden. Die Optik ist trotzdem katastrophal.“ (Abg Mag Barbara Feldmann: Themaverfehlung!) Jetzt kommt der interessante Satz: „Das ist doch ein politisch motivierter Rufmord. Da steckt die ÖVP dahinter.“ (Heiterkeit bei den GRÜNEN.) Also, die ÖVP steckt hinter diesem Rufmord.

Gleich zum nächsten Rufmord, weil der Kollege, jetzt nichtamtshührender Stadtrat, früher Bezirksvorsteherin-Stellvertreter in Hernals, übrigens auch verloren hat. Die ÖVP ist jetzt nämlich Vierter in Hernals, nicht mehr Zweiter, in Erbpacht vom Vater das Amt übernommen, muss man dazusagen. Der Herr Kollege, jetzt nichtamtshührender Stadtrat, damals Bezirksvorsteherin-Stellvertreter-Nachfolger des Vaters übrigens, hat auch schon ein bisschen Tradition, weil die ÖVP wird jetzt vom Partner in Sachen Unterschriftenliste als zu schwach zum Sammeln bezeichnet. Deswegen unterstützt man sie. Also, ich würde mir schon gut überlegen, mit wem

man da im Bett liegt. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Flöhe kriegt man immer!)*

Ich möchte noch an eine schöne Geschichte erinnern. Und zwar hatte die ÖVP einmal einen Obmann, der Heinrich Wille hieß. Dieser hatte den lapidaren Satz von sich gegeben: „Grüne Welle für alle.“ *(StR Mag Manfred Juraczka: Herr Kollege, Sie sind schon ein bisschen alt, aber können Sie nur in der Vergangenheit leben?)* Das heißt gleichzeitig, grüne Welle für alle, da haben wir dann im 1. Bezirk einen riesigen Blechhaufen. Aber er hat es nicht lange in der Partei als Obmann ausgehalten. Und zwar war er vom 1.1.1991 bis zum 1.9.1992 Obmann dieser Partei. Kollege Juraczka, da haben Sie noch ein paar Monate, glaube ich. Das wird sich vielleicht ausgehen, vielleicht länger, vielleicht kürzer. *(StR Mag Manfred Juraczka: Sie werden noch schauen!)*

Aber grundsätzlich jetzt zu der Geschichte, die uns beschert wurde. Also, die FPÖ, klassisch, drei mutige Männer stieren eine alte Dame ab. Das ist einmal das eine. Da will ich gar nicht weiterreden.

Zur Sache mit dem Kollegen Stiftner, der uns über längere Zeit erklärt hat, was wirkliche Verkehrspolitik sein soll: Zunächst einmal, großer Zulauf beim Unterschriftensammeln kann nicht stimmen, wenn die FPÖ einspringen muss, weil die ÖVP zu schwach ist. Das kann nicht stimmen. *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Das stimmt doch nicht!)* Sie reden tagtäglich mit den Menschen. Ich möchte nur daran erinnern, Sie haben in Hernals auch mit den Menschen gesprochen. Dort waren Sie fürs Baumfällen, anderswo sind Sie fürs Baumerhalten, wobei niemand sie umsiedeln möchte. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Bäumefäller sind Sie auf der Wiedner Hauptstraße!)*

Die nächste Sache war, Geld für die Stadtkasse. Noch einmal, Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung werden verwendet für Garagenbau, öffentlichen Verkehr, für die Verkehrssicherheit, für Radständer und Radverkehrsanlagen, in dieser Reihenfolge übrigens. Alle diese Garagen, die der Herr Juraczka noch im 17. Bezirk bauen will, werden mit Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung gebaut.

Dann eine Studie, mit der wir die Menschen hinter Licht führen wollten. Meines Wissens nach ist die Studie vom Team von Herrn Prof Sammer, der sicherlich kein Sozialdemokrat oder Grüner ist, sage ich jetzt einmal, gemacht worden. Wir wollten da niemanden hinter Licht führen, sondern ganz im Gegenteil. Sie haben die Studie möglicherweise gar nicht gelesen, Kollege Stiftner, weil Sie zum Beispiel sagen, als Alternative gäbe es den Ausbau der Park-and-ride-Anlagen. *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Es geht ausschließlich um den öffentlichen Verkehr!)* Ich habe Ihnen gestern schon gesagt, in Liesing ist in der Park-and-ride-Anlage nicht der Bär los, sondern nur 30 Prozent. Man muss sich schon Fragen, warum Sie zum Beispiel Park-and-ride-Anlagen für rund 6 Milliarden EUR, eine U-Bahn nach Klosterneuburg, wo jeder Kilometer 200 Millionen EUR kosten soll, verlangen und dann sagen Sie natürlich nicht, woher das Geld

kommen soll. *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Aus dem Rathaus!)* Sie, Kollege Stiftner, fahren immer mit dem Auto von Liesing bis ins Rathaus, und zwar immer. Sie sind überhaupt noch nie auf einem Fahrrad gesessen, außer vielleicht auf einem Hometrainer, und stellen sich hier heraus und wollen uns belehren! *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Das ist unrichtig, dass ich mit dem Auto fahre! Ich fahre im Unterschied zur Frau Vizebürgermeisterin öffentlich!)* Kollege Stiftner, Sie waren nicht gut als Umweltsprecher und Sie sind noch schlechter als Verkehrssprecher! - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Herzog. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur ganz kurz zum Herrn Mag Maresch: Er hat von der grünen Welle für alle erzählt. Mir kommt vor, dass die GRÜNEN dieses System unter einem anderen Namen benützen, als Shared Space für die Mariahilfer Straße, ein völlig unklarer Begriff, der auch alles beinhalten kann und daher keinerlei Inhalte erkennen lässt, ein Scherzbegriff, der von der Frau Vizebürgermeisterin erläutert werden will, was sie da eigentlich will.

Ansonsten, was die Zusammenarbeit von Freiheitlichen und Volkspartei in der Angelegenheit Parkpickerl betrifft, kann ich sagen, wir vertreten gemeinsame Interessen zu Gunsten der Wiener Bevölkerung und vertreten jene, die von SPÖ und Grünalternativen im Stich gelassen werden. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Wir haben jetzt rund um die Debatte ums Parkpickerl wieder einmal die ambivalente und letztendlich sehr negative Haltung der Sozialdemokraten zur Bürgermitbestimmung mitbekommen. Herr Lindenmayr hat sich im Hinblick darauf klar geäußert. Die ganze Angelegenheit, Mitbestimmung, Bürgerbestimmung, ist in Wien unterentwickelt, keine Frage. Es finden daher Bürgerbefragungen nur äußerst selten statt. Die gesetzlichen Hürden sind sehr hoch, keine Frage. Das gehört geändert. Der einzige erfolgreiche Wien-weite Weg war eigentlich die EXPO-Verhinderung und das ist Jahrzehnte her, wo die Sozialdemokraten erkennen mussten, dass die Unterschriften von der damals doch noch kleineren FPÖ sehr wohl zusammengebracht wurden und von selbst eine solche Abstimmung festgelegt hat.

Es ist eben so, und damit kommen wir zum Thema, dass eben solche Volksbefragungen und ähnliche Bürgermitbestimmungen nur dann stattfinden, wenn es die SPÖ beschließt, bestimmt und will und nicht, wenn es der Bürger will. Das ist das Entscheidende. Das Gleiche war bei den diversen Volksbefragungen vor der Gemeinderatswahl 2010. Sie wurden schon angesprochen und diskutiert. Ich will nur sagen, es waren zehn Fragen, von denen man nur sagen kann, sie sind im Grunde genommen nur ein Thema für die Wahlkampfmobilisierung der SPÖ gewesen, mit dem

Volkswillen haben Sie nicht sehr viel zu tun gehabt. Denn es war völlig klar, dass neun Fragen im Grunde genommen mit breiter Mehrheit - ich will nicht sagen, einstimmig, weil das weiß ich nicht so genau - in diesem Hause hätten beschlossen werden können. Es waren im Großen und Ganzen alle in irgendeiner Form dafür. Diese Breite der Zustimmung zu den Fragen war auch vom Willen der Bevölkerung gedeckt. Daher wäre eine Volksbefragung für No-na-Fragen eigentlich nicht nötig gewesen. Einzig die Frage der City-Maut - das wurde heute auch schon inhaltlich diskutiert - hätte sowohl auch im Gemeinderat als auch in der Bevölkerung eine klare Absage gefunden. Wir werden sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln.

Das Aufzwingen des Parkpickerls in den Außenbezirken dient auf alle Fälle einzig der Stadtkasse. Es dient einzig dazu, die Kassen der Stadt Wien zu füllen. Die Bevölkerung hat nichts davon. Ohne Einbeziehung der Bevölkerung ist eine Ausweitung des Parkpickerls schlicht und einfach ein Raubzug in die Taschen der Bürger. Man sieht ja, wie die Stimmung der Bevölkerung ist, wenn man weiß, wie die Abstimmung im 18. Bezirk mit Zweidrittelmehrheit ausgegangen ist.

Daher ist grundsätzlich festzustellen, die FPÖ ist nicht gegen ein Parkpickerl an sich. Das hat durchaus Ordnungsfunktion. Aber ein Wien-weites Parkpickerl mit Ausnahme des 1. Bezirkes könnte dazu dienen, dass es einen Ordnungsfaktor dafür gibt. Aber das müsste kostenfrei sein. Der Ordnungsfaktor kann nicht zum Abkassieren für die Stadtkasse verwendet werden, mit Ausnahme natürlich einer Bearbeitungsgebühr, der wir jederzeit zustimmen würden.

Direkte Demokratie ist leider ein Thema, wo die SPÖ ein gebrochenes Verhältnis hat. Auch Bgm Häupl hat gestern schon in einer sehr deutlichen Art und Weise die Demokratie der Schweiz ziemlich deutlich in Frage gestellt und sie an den Rand demokratischer Zustände gedrückt (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Überhaupt nicht!*), und das für einen Staat, der über Jahrhunderte die Mitbestimmung kennt, während wir uns in Österreich noch jahrhundertlang mit Monarchien und Diktaturen aufhalten und beschäftigen mussten.

Ich glaube daher, dass ein größerer Teil der Bevölkerung, und das muss man immer dazudenken, beginnt, sich vom politischen System abzuwenden. Das ist unübersehbar. Umfragen wurden zum Teil schon zitiert. Die Abwendung geschieht, weil schlicht und einfach Sprache und Inhalte der Herrschenden mit Sprache und Inhalten der Beherrschten nichts mehr zu tun haben. Wenn sich diese Schere weiter auseinanderzieht, dann wird Demokratie als solche einfach unglaubwürdig. Das Parkpickerl ist natürlich in dem Sinn nur ein kleines Thema in diesem Zusammenhang. Aber es zeigt eben die Missachtung des Willens der Bevölkerung. Es zeigt, wie wenig die SPÖ und vor allem die Grünalternativen, die so gerne von Mitbestimmung reden, im Grunde genommen geneigt sind, der Bevölkerung ihren Willen zu lassen und nicht den eigenen Willen durchzusetzen.

Ich glaube, dass das etwas ist, wo wir gemeinsam

mit dem Volk, gemeinsam mit der Volkspartei beweisen können, dass wir zusammen erreichen werden, dass natürlich die Unterschriften zusammengebracht werden, dass natürlich eine Volksbefragung stattfinden wird und dass selbstverständlich diese Volksbefragung gegen die Intentionen der Vizebürgermeisterin ausgehen wird, auch keine Frage. Ich hoffe, dass zumindest die SPÖ lernfähig ist und direkte Demokratie als solche nicht ablehnt. (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dipl.-Ing Al-Rawi gemeldet. – Bitte.

Abg Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Der Herr Landtagspräsident Herzog hat es auf den Punkt gebracht. Es geht gar nicht ums Parkpickerl, sondern heute geht die Diskussion darum, ob wir Bekenner der plebiszitären direkten Demokratie oder der repräsentativen Demokratie sind.

Damit ein für alle Mal die auch wieder viel zitierte falsche Behauptung, dass Herr Bgm Häupl die Demokratie der Schweiz in Abrede gestellt hat, widerlegt wird, habe ich hier das wörtliche Protokoll von gestern. Da sagt er wörtlich: „das bekanntlich die plebiszitären Elemente in der Form vorsieht, die mit Sicherheit gerade noch vereinbar ist mit einem parlamentarischen System und einer parlamentarischen Demokratie.“ (*Abg Mag Wolfgang Jung: Gerade noch vertretbar!*) - Ja, mit parlamentarischer Demokratie und nicht mit der Demokratie. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das versteht der Herr Jung nicht!*) Das versteht der Herr General Jung nicht. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das hat Sie ganz schön getroffen!*)

Nichtsdestotrotz möchte ich mit einer persönlichen Geschichte und Erfahrung über direkte Demokratie beginnen. Als ich vor 34 Jahren nach Österreich kam - das war im Oktober 1978 -, war gerade die Vorbereitung zur Volksabstimmung über Zwentendorf. Ich kann mich noch ganz genau daran erinnern. Am Abend des 4. Novembers bin ich dann zu einer Familie gegangen, die Freunde meiner Eltern waren, er ein Staatsanwalt, sie eine Unternehmerin, sehr gebildet, bürgerlich. Politisch schätze ich sie als pechschwarz ein. Als ich dann hineingekommen bin, haben sie gesagt: „Komm', setz' dich nieder. Jetzt wird gerade das Ergebnis bekannt gegeben. Wir sind aufgeregt.“ Nachher waren sie bitter enttäuscht. Ich habe gefragt: „Wie habt ihr abgestimmt?“ Sie haben gesagt: „Wir haben gegen Zwentendorf abgestimmt.“ Ich habe dann gesagt: „Ich verstehe aber nicht, warum ihr jetzt enttäuscht und traurig seid.“ Die Antwort war: „Wir waren ja gar nicht gegen Zwentendorf. Wir wollten ja nur, dass Bruno Kreisky zurücktritt. Jetzt ist er nicht zurückgetreten und jetzt sind wir enttäuscht.“

Seit damals war für mich die Lehre, darüber nachzudenken, was der Unterschied zwischen einer direkten Demokratie und einer repräsentativen Demokratie ist. Wenn es um emotionale Themen geht, fallen die Entscheidungen bei der direkten Demokratie emotional. Dort ist der Nachteil, dass man entweder oder, ja oder nein entscheiden kann, während die

repräsentative Demokratie für sich in Anspruch nehmen kann, dass sie versucht, so weit es geht, rational zu entscheiden. Rationalität heißt, Kompromisse.

Man kann es ganz genau daran sehen, wie wir die Parkpickerlerweiterung beschlossen haben. Die Bezirke 21, 22 und der 11. Bezirk haben gleich Nein gesagt. Der 15. Bezirk hat es kaum erwarten können, wollte es gleich haben. Der 12. Bezirk hat dann gesagt, er macht mit, nachdem er vom 4., 5. und 15. Bezirk umgeben ist. Der 10. Bezirk hat gesagt, er schaut es sich an und hat dann auf Grund der Baustellen beim Hauptbahnhof und auf Grund der nicht bis Oberlaa verlängerten U1 gesagt, er wartet ab. Der 16. und der 14. Bezirk haben es in gewissen Bereichen eingeführt. Meine Damen und Herren, was ist das? - Das ist einfach die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Die Einbindung passiert eben mit den lokalen Parlamenten in den Bezirken. Die Einbindung passiert mit Veranstaltungen, passiert mit Bürgerbeteiligungen und dergleichen.

Außerdem möchte ich wissen, worüber wir abstimmen wollen. Wollen wir über ein seit 19 Jahren funktionierendes System abstimmen? (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Nein! Nein!*) Kein Mensch in den Innenbezirken würde heute auf die Idee kommen zu sagen: „Wir wollen das abschaffen.“ Wollen wir eine Abstimmung über die Einführung von Gebühren und Vergebührung haben? (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Nein!*) Ich weiß es nicht, Kollege Aichinger, wie es ausgegangen wäre, wenn wir damals bei Schwarz-Blau die Leute hätten abstimmen lassen, ob bei Kündigungen seitens der Arbeitgeber der aliquote Urlaub wegfällt. Da wäre ich neugierig. Gehen Sie heute zur Ministerin Fekter und sagen Sie ihr, über Studiengebühren wollen wir abstimmen, wir wollen über die Pensionsreform abstimmen. Sie wird Ihnen in zwei Minuten sagen: „Bitte, gehen Sie hinaus!“, und wird es „shortly without any delay“ gleich machen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Tatsache ist, dass mit einer Parkraumbewirtschaftung eine bessere Lebensqualität entsteht. Die Luft wird besser. Die Sicherheit steigt. Parkplätze gibt es mehr. Die Mobilität in der Stadt wird steigen. Ich weiß nicht, ob Sie den „Report“ vor zwei Tagen gesehen haben. Dort war Ihr Staatssekretär Kurz, der, wie ich zugeben muss, in puncto Integration sehr gute Arbeit leistet. Aber er betätigt sich teilweise auch als Kultusminister und jetzt eben auch als Demokratieexperte. Er hat dann gesagt, dass er eine direkte Demokratie wünscht, wenn es nicht um Menschenrechte oder um Grundrechte geht, wenn es dem europäischen Primärrecht nicht widerspricht und es sich um keine Ungültigkeit der Konventionen im Völkerrecht handelt. Nachher haben sie in der Sendung „Report“ ein paar Leute interviewt. Die meisten haben sich dann eine direkte Demokratie in puncto Ausländerpolitik und Migration gewünscht. Da würde er wahrscheinlich gleich bei zwei Dingen Probleme bekommen, weil um Menschenrechte und um Asyl will er nicht abstimmen lassen und primäres europäisches Recht würde dann in die ganze Diskussion mit der Erweiterung der EU und der Türkei genauso

hineinkommen.

Präsident Johann **Herzog** (*unterbrechend*): Herr Abgeordneter, ich ersuche Sie, zum Schluss zu kommen. Durch den Vorsitzwechsel ist der Zeitablauf nicht eingeschaltet worden.

Abg Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** (*fortsetzend*): Sie haben es mir leider nicht eingeblendet. Dadurch kann ich nicht wissen, wie lange ich gesprochen habe.

Ein Schlusssatz: Meine Kollegen von der ÖVP, ich wünsche bei Ihnen mehr Mut und Visionen! (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Keine Anleitung!*) Denken Sie darüber nach, dass Sie beim Austria Center das größte und erfolgreichste Volksbegehren mit, glaube ich, 1,4 Millionen Unterschriften gestartet haben. Heute würde kein Mensch auf die Idee kommen, zu sagen, wir haben das Austria Center nicht gebraucht. Ohne das Austria Center hätten wir wahrscheinlich keine Möglichkeit gehabt, die Nummer 1 im Tourismus der Kongresse zu haben.

Die Donauinsel ist heute eines der erfolgreichsten Wasserschutzprojekte in Wien. Die letzten Hochwässer, die wir im letzten Jahrzehnt hatten, haben die Niederösterreicher mehr gekostet, als die Donauinsel jemals gekostet hat. Außerdem wäre es nicht gewesen, dass sie ein Freizeitparadies ist.

Ich würde Sie wirklich bitten, dass man mehr Visionen, Mut hat, dass man sich in diesen Dingen einmal wagt, sie in ein System zu bringen. Dann schauen wir einmal in einem Jahr, wie es wirklich aussieht. Dann schauen wir, ob wirklich der Verkehr, wie es der Herr Stiftner gesagt hat, mehr oder weniger geworden ist. Es gibt auch andere Bezirke, die jetzt nicht mitgemacht haben und dann entscheiden werden. Ich glaube, dass kein einziger Bezirk im innerstädtischen Bereich heute die Parkraumbewirtschaftung abschaffen will.

Denken wir an Stockholm. Dort haben sie nach einem Jahr eine Befragung gemacht und haben festgehalten, dass sie das System für die City-Maut in der Innenstadt, das sie eingeführt haben, genauso beibehalten wollen.

In diesem Sinne wünschen wir uns da viel mehr konstruktive Zusammenarbeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und weniger Populismus in diesem Bereich. - Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 im Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 2 und des Klubs der Wiener Freiheitlichen 2 eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Landtagsabgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und des Klubs der Wiener Freiheitlichen je ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen werden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Von den Abgen Mag Johann Gudenus und Mag

Dietbert Kowarik wurde ein Antrag an den Herrn Landeshauptmann betreffend mehr direkte Demokratie für Wien gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Landtagssitzung zur tagesordnungsmäßigen Behandlung des Dringlichen Antrages unterbrochen.

Die Abgen Valentin, Mag Wutzlhofer, Holzmann, Hufnagl, Karner-Kremser, Nevriy, Schubert, Mag Spitzer und Mag Maresch haben am 24. Mai 2012 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Abänderung des Gesetzes über die Vermeidung und Behandlung von Abfällen und die Einhebung einer hierfür erforderlichen Abgabe im Gebiete des Landes Wien - Wiener Landesabfallwirtschaftsgesetz, Wiener AWG -, LGBl für Wien Nr 13/1994, zuletzt geändert durch das LGBl für Wien Nr 48/2010, durch Einfügung einer Definition des Begriffes Liegenschaften eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Umwelt zugewiesen.

Postnummer 1 betrifft die erste Lesung einer Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Parkometergesetz 2006 geändert wird. Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmStin Mag Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte Sie, das Gesetz zu diskutieren und zu beschließen.

Präsident Johann **Herzog**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. - Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Ulm. Ich ersuche darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren!

Wir reden über das Parkometergesetz, und es scheint keine Parkpickerldebatte zu werden, sondern es scheint eine Debatte über die Parkkralle und über die Zusammenlegung von Überwachungskörpern zu werden.

Ich glaube, es macht Sinn, wenn man nun im Parkometergesetz auch eine Vollzugsmöglichkeit einführt, die die Straßenverkehrsordnung schon länger vorsieht, nämlich eine technische Sperre bei Fahrzeugen anbringen zu lassen, wo bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Man braucht jetzt aber keine Sorge zu haben, dass ein Auto allzu oft gekrallt werden könnte. Ich glaube, dass die Voraussetzungen dafür in rechtsstaatlicher Weise nachvollziehbar und maßvoll gegeben sind. Nämlich nur dann soll eine solche Möglichkeit bestehen, wenn die Strafverfolgung des Lenkers aus in seiner Person gelegenen Gründen offenbar unmöglich oder wesentlich erschwert sein

werde und - dieser zweite Punkt muss unbedingt noch dazukommen - es sich um mehrfache und in einem zeitlichen Zusammenhang stehende Übertretungen handelt. Das heißt, es muss zumindest über einen längerwährenden Zeitraum zu einer Übertretung kommen. In den Erläuternden Bemerkungen ist von 24 Stunden die Rede.

Wir wollen nicht, dass jemand, der hier Urlaub macht oder aus anderen Gründen in die Stadt Wien kommt, sein Auto im innerstädtischen Bereich in der Kurzparkzone für mehrere Tage parkt und sich um die Folgen nicht mehr kümmert. In erster Line betroffen sind davon natürlich Fahrzeuge mit ausländischen Kennzeichen, dabei wiederum jene Autolenker, die aus Staaten kommen, wo die zwischenstaatliche Strafverfolgung nicht so funktioniert, wie wir uns das vorstellen. Keine Sorge, der Lenker wird von dieser Kralle, die an seinem Rad angebracht worden ist, mit einer Verständigung auf der Fahrerseite informiert, und zwar in deutscher Sprache als auch in der Sprache, in der man vermuten kann, dass sie der Lenker spricht, nämlich auf Grund des Kennzeichens am Auto.

Soviel zur Parkkralle, die es nun auch in den Kurzparkzonen geben wird. Ich glaube, man kann davon ausgehen, dass das zu mehr Disziplin bei den Straßenverkehrsteilnehmern führen wird.

Aber lassen Sie mich auch noch zum zweiten Punkt ein bisschen ausholen. Diesen kann ich natürlich nicht ganz so vorübergehen lassen, ohne mich schon ein bisschen intensiver und mit großer innerer Freude damit zu beschäftigen. Verständnissvoll lächelt mich auch der Herr Gemeinderatsvorsitzende an, der dieses Thema mit mir viele Jahre hindurch nicht mitgetragen, aber mitdiskutiert hat und heute auch mit mir mittragen wird, wie es scheint. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geschehen noch Zeichen und Wunder in dieser Stadt! Mehrere Überwachungseinheiten werden zu einer Überwachungseinheit zusammengelegt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Gut Ding braucht Weile. Steter Tropfen höhlt den Stein. Wir haben uns durchgesetzt. Das hat vor vielen Jahren noch keiner geglaubt. Das ist noch keine Stadtwache, sicher nicht. (*Abg Godwin Schuster: Das ist sicher keine Stadtwache!*) Aber es ist mehr als ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist viele Jahre her - ich weiß jetzt auswendig nicht, wie viele Jahre -, da habe ich begonnen, den Bürgermeister damit zu befragen. Ich habe gefragt: „Herr Bürgermeister, erachten Sie das wirklich für sinnvoll, dass es da Blaukappler gibt, Weißkappler gibt, Polizisten gibt, Bundespolizisten gibt, die den ruhenden Verkehr überwachen? Die Wiener kennen sich mit diesen Kapperln nicht aus. Wie aber verstehen Sie das?“

In einer durchaus sympathischen und nachvollziehbaren Art und Weise hat der Herr Bürgermeister gesagt: „Herr Gemeinderat, ich verstehe es auch nicht und ich werde mich dafür einsetzen, dass man das ändert.“ Viele Jahre ist es her. Dann ist leider sehr lange nichts passiert. Denn es hat jemanden gegeben, der gesagt hat: „Ich verstehe, warum es so ist.“

Dieser Herr war der damalige Stadtrat und jetzige Klubobmann Schicker. Er wusste, warum es diese unterschiedlichen Kappertrupps geben musste. Er hat es dem Bürgermeister gesagt. Dann hat es der Bürgermeister auch wieder gewusst und es ist Jahre hindurch nichts passiert, wir sind bei diesen mehreren Kappertrupps geblieben.

Aber sprechen wir nicht über das Unerfreuliche, sondern über das Erfreuliche. Wir schaffen es also heute, dass aus dem Weißkapplertrupp und dem Blaukapplertrupp ein einziger wird, nämlich eine unter weißer Kappe geführte Kontrolleinheit, und dass aus der Zuständigkeit mehrerer Behörden nunmehr die Zuständigkeit nur einer einzigen Behörde resultiert, nämlich die der Bundespolizeidirektion Wien, der nun diese Einheiten organisatorisch und funktionell eingegliedert werden. Damit können selbstverständlich die Parkraumüberwachung effizienter gestaltet werden, als es bisher der Fall war, Kosten und Ressourcen gespart werden und wir können alle gemeinsam als Stadt Wien und als Bundespolizeidirektion und als Republik Österreich für mehr Sicherheit in dieser Stadt sorgen.

Die Bürger kennen sich besser aus. Sie haben einen Ansprechpartner, die Polizei, und brauchen sich nicht mehr zu überlegen, ob sie sich an den Magistrat oder an die Polizei, an einen Herrn mit einer weißen Kappe, mit einer blauen Kappe oder an einen Bundespolizisten wenden sollen. Es war die bisherige Lösung geradezu skurril. Es ist auch wirklich überraschend, wie lange man diese skurrile Lösung beibehalten hat. Sie müssen sich vorstellen, ein Blaukappler kontrolliert die Kurzparkzone und sehr oft grenzt an eine Kurzparkzone eine Halteverbotszone oder befindet sich eine Halteverbotszone innerhalb einer Kurzparkzone. Der Blaukappler muss zurückschrecken und sagen: „Halt! Nicht mein Revier. Ich rufe bei meinem Kollegen, dem Weißkappler und oder doch bei der Bundespolizeidirektion Wien an und schaue darauf, dass es zu einer entsprechenden Vollzugshandlung kommt.“ Diese absurden Zeiten werden im Herbst vorbei sein. Wir werden im Herbst eine einheitliche Truppe haben, die einheitlich organisiert und einheitlich uniformiert ist, mit rund 320 Parkraumüberwachungsorganen.

Die Parkraumüberwachung wird ausschließlich durch Kräfte der Polizei erfolgen. Die Kräfte sind allerdings durch die Stadt Wien finanziert. Wir erreichen damit nicht nur viel für die Wiener Bürger, wir entlasten damit die Wiener Polizei. Schon jetzt war es so, dass die Parkraumüberwachungsgruppe die Wiener Polizei wesentlich entlastet hat. Ich habe mir sagen lassen, dass im ruhenden Verkehr tatsächlich 15 705 Einsätze von dieser Parkraumüberwachungsgruppe übernommen werden konnten und in diesem Ausmaß die Wiener Polizei entlastet werden konnte. Diese kann sich nun noch stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Gleichzeitig steigt das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, weil es mehr und einheitliche Uniformen im öffentlichen Raum gibt, nämlich einheitliche weiße Kappen dieser Ordnungshüter. Das

wird übrigens auch dazu beitragen, dass wir vermehrte Fahndungsmöglichkeiten nach gestohlenen Fahrzeugen in unserer Stadt bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Gesetz ist ein sehr erfreuliches für die Wiener ÖVP, aber was noch wichtiger ist, für die Wienerinnen und Wiener! (*Beifall bei der ÖVP. - StR Mag Manfred Juraczka: Das war sehr staatstragend!*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Maresch. Ich ersuche darum.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ob das jetzt Zeichen und Wunder waren, kann ich nicht beurteilen. Ich bin kein Agnostiker. Aber egal, es war so, dass sich Rot und Grün im Laufe der Regierungsverhandlungen unter anderem darauf verständigt haben, diese sinnvolle Maßnahme der sogenannten KPZ und der Bürger einfach zusammenzulegen, wie es so schön heißt im Amtsabkürzungsdeutsch.

Es macht Sinn, Weiß- und Blaukappler zusammenzulegen. Der Kollege Ulm hat das auch gesagt. Es kann nicht sein, dass jemand darauf hingewiesen wird, es steht zum Beispiel ein Auto auf dem Gehsteig und dann sagt derjenige: „Ich bin nicht zuständig. Bitte gehen Sie zur Polizei oder suchen Sie einen Weißkappler.“ So wird es nicht mehr sein. (*StR Mag Manfred Juraczka: Gott sei Dank!*) Das ist richtig. Das freut uns. Es freut uns auch, dass das die ÖVP freut. Es ist sicher effizient, kosten- und ressourcensparend, völlig richtig. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist, auch die Parkkralle, die es in anderen Ländern ja gibt, war uns damals im Gespräch wichtig, weil es nicht mit allen Ländern zwischenstaatliche Regelungen gibt und damit manche Bürgerinnen und Bürger aus anderen Ländern ihr Auto einfach in der Kurzparkzone oder sonst wo abgestellt haben, wo das nicht möglich war, es dort gestanden ist und sie demonstrativ den Strafzettel weggeworfen haben. Das wird in Zukunft nicht gehen.

Wir haben eine gute Lösung gefunden. Es wird für Wien damit sicherlich viel besser werden. - Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN, SPÖ und ÖVP.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Haslinger. Ich erteile es.

Abg Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Hoher Landtag!

Dieser Gesetzesergänzung stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber und werden dieser Gesetzesänderung auch zustimmen.

Im Ausschuss waren wir allerdings dagegen, weil diese Radklammer doch eine Maßnahme ist, die gegen die Autofahrer gerichtet ist. (*Abg Nurten Yilmaz: Aber gegen ausländische!*) Es handelt sich dabei um eine Maßnahme, der man nicht gleich positiv eingestellt sein kann. Darum war es im Ausschuss der Grund dafür, dass wir halt dagegen waren.

Die technische Sperre, diese Radklammer, ist

eigentlich ein Instrument, das es grundsätzlich in der StVO schon gibt, und wird nur auf das Parkometergesetz erweitert. Es ist ja keine neue Erfindung und keine neue Maßnahme. Es entwickelt sich nur in eine andere Gesetzesmaterie weiter.

Man sollte aber schon auch eines wissen, weil zuerst gesagt worden ist, dass es Gott sei Dank ab 1. September keine Blau- und Weißkappler mehr gibt. Das ist natürlich gut. Man kennt sich als Staatsbürger dann ein bisschen besser aus, wer wofür zuständig ist. Aber warum ergreift man diese Maßnahme? Dazu muss man wissen, dass in § 100 Abs 8 StVO, und diesen darf ich vielleicht kurz zitieren, geregelt ist, dass sich die Organe, die diese Gesetze anwenden, mit den Strafgeldern auch finanzieren. § 108 heißt auszugsweise folgend: „Bestellt ein Land Straßenaufsichtsorgane oder ordnet ein Land zum Zweck der Überwachung des Verkehrs Personal zur Dienstleistung bei einer Bezirksverwaltungsbehörde oder Polizeibehörde ab, so ist der Personal- und Sachaufwand für diese Organe aus den Strafgeldern jener Verwaltungsübertretungen, die von diesen Organen wahrgenommen werden, zu bestreiten.“ Also, sie finanzieren sich selbst. Es ist natürlich nur gut und richtig, wenn man Organen, die sich sowieso schon auf der Straße bewegen, mehr Kompetenz gibt, weil die Weißkappler waren in ein paar Paragraphen der StVO tätig, die Blaukappler waren eben nur für die Parkraumbewirtschaftung beziehungsweise für die Kurzparkzonen zuständig. Jetzt wird natürlich deutlich mehr Geld hereinkommen, weil derjenige, der in einer Kurzparkzone falsch steht, kann unter Umständen in der Fünfmetergrenze stehen und ein Halteverbot nimmt die Kurzparkzone auch nicht aus. Ich denke, es wird vermehrt Strafgeld zu lukrieren sein.

Die Gesetzestextformulierung gibt es auch schon, wo steht, für Übertreter, in deren Person gelegen ist, dass man sie schwer bestrafen kann oder um Strafverfahren sicherstellen zu können. Das betrifft nicht nur, wie es gesagt worden ist, die Touristen, die unsere Kurzparkgebühren oder sonstige Straßenverkehrsvorschriften negieren, sondern es kann durchaus auch sein, dass es Personen sind, die mit einem Wiener Kennzeichen durch die Gegend fahren und für die Strafbehörde nicht greifbar sind, weil sich - hier muss man den Vorhalt an die Meldebehörden richten, die die Gemeinde Wien über hat - sehr viele Menschen durch Scheinmeldungen mit einem falschen Meldezettel ein Fahrzeug anmelden.

Ich habe da zwei Vorfälle aus meinem Bezirk, die an mich herangetragen worden sind. Da kommt immer von der Versicherung das Ersuchen, dass die Versicherung bezahlt wird, mittlerweile die eingeschriebenen Mahnschreiben, doch die Person gibt es dort gar nicht. Das ist der eine Teil dieser Personen, die hier angeführt sind. Dann gibt es auch noch in Wien lebende Menschen, die ihr Fahrzeug im Ausland anmelden und mit Kennzeichen aus Ländern herumfahren, mit denen es kein Amts- oder Rechtshilfeabkommen gibt. Diese sind natürlich mehr oder weniger auch sehr schwer für das Strafverfahren greifbar, weil der Zulassungsbesitzer

nicht ersichtlich ist. Also, die Probleme sind nicht nur die bösen Touristen, die irgendwo stehen und die hier angeführt werden, sondern es ist durchaus ein Sittenverfall der heimischen Bevölkerung, der diese Maßnahme auch rechtfertigt.

Wie gesagt, weil auch in Punkt 2 steht, es muss mehrmals in einem überschaubaren Zeitraum sein, der Tourist, der zwei Tage dort steht und wegfährt, ist nicht die Zielgruppe, sondern es sind ganz einfach die Menschen, die da durchaus arbeiten, leben und für die Behörde nicht greifbar sind, natürlich andauernd auffallen und dann interessant werden, dass sie ihre Strafen einzahlen. Dafür stehen wir eigentlich ein und darum können wir da nur zustimmen. Es ist wichtig und richtig, dass dieser Ignoranz dem Gesetz gegenüber Einhalt geboten wird und dass hier die Radklammern angelegt werden. Es gibt auch ausreichend Fahrzeuge mit englischen oder litauischen Kennzeichen. Die englischen Kennzeichen sind gar nicht mehr zugelassen in England. Dort gibt es sie nämlich nur mit dem Auto. Hier fährt eine gewisse Gruppe herum. Litauen ist auch bei der Polizei bekannt, ein Land, wo sehr viele Fahrzeuge angemeldet sind, wo aber die Fahrzeughalter in Wien oder Österreich leben. Darum finden wir das richtig.

Eines möchte ich aber auch noch zur Sprache bringen, weil auch der Strafbetrag angestiegen ist und die Parkpickerlzone erweitert wurde. Das betrifft konkret Polizisten und Polizistinnen auf den Polizeiinspektionen, die eben immer öfters mehr Dienst außerhalb des Regeldienstes tun müssen. Sie werden zu Unzeiten einberufen und werden zu Unzeiten aus dem Dienst entlassen. Sie haben es gestern schon erwähnt, sie kommen nicht, weil es lustig ist, aus dem Wiener Umland, sondern weil sie keine andere Möglichkeit haben, ihren Dienort zu erreichen, zu den Polizeiinspektionen und müssen jetzt auch außerhalb des Gürtels fürs Parkpickerl in einem gebührenpflichtigen Bereich ihre Fahrzeuge abstellen. Es gibt Bescheide mit Parkzeitdauerausnahmen, die Ausnahmebewilligung nach § 45 StVO. In diesen Verteilerschlüssel, wenn fünf Beamte, Beamtinnen einen Bescheid haben, gibt die Behörde zwei Parkkarten dazu. Jetzt ist es aber so, dass sich sehr viele Bescheidbesitzerinnen und Bescheidbesitzer im Dienst befinden müssen, mit dem Fahrzeug zum Dienort kommen müssen, weil sie sonst nicht mehr nach Hause kommen, dann keine Einlegetafel haben und bestraft werden, weil der Bescheid alleine nicht gültig ist.

Jetzt möchte ich einen Beschlussantrag einbringen, der Ihnen bekannt sein sollte, und zwar Beschlussantrag der Abgen Haslinger und Irschik zur Befreiung der Polizeibeamten von der Parkometerabgabe im Zuge polizeilicher Großeinsätze und im Katastrophenfall. Der Beschlussantrag lautet:

„Der Wiener Landtag wolle beschließen, Exekutivbedienstete der Wiener Polizei mögen im Falle von Spontan- und Großereignissen, Katastrophenlagen, sicherheitspolizeiliche Großlagen oder Demonstrationen, die einen überdurchschnittlich hohen Kräftebedarf

erfordern, für diesen Zeitraum von der Gebührenpflicht des Parkometergesetzes ausgenommen werden. Die Kennzeichnung der Privatfahrzeuge soll im Bereich von Parkpickerlzonen mit Tafeln erfolgen, die dem Organ der Parkraumüberwachung verständlich machen, dass dieses Fahrzeug in einem von der Behörde festgelegten Zeitraum von der Parkometerabgabe ausgenommen ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“

Was ist der Grund dafür, oder wie ist das gemeint? Gemeint ist es so, wenn tatsächlich ein Ereignis eintritt, das so viele Kräfte der Wiener Polizei erfordert, dass wirklich viele Beamten und Beamtinnen in den Dienst einrücken müssen, legt die Behörde für den Zeitraum fest, heute angenommen, 25. Mai von 13 Uhr bis 22 Uhr sind diese Fahrzeuge, die mit einer Tafel ausgestattet sind, von der Parkgebühr entbunden. Das Organ, das kontrolliert, weiß dann, dass dieser Zeitraum auch gültig ist. Morgen ist Samstag, aber am Dienstag würde diese Tafel keine Gültigkeit mehr haben.

Das ist keine neue Erfindung, sondern es gibt eine ähnliche Regelung. Und zwar gibt es eine Dienstanweisung der Polizei, die lautet: „Katastropheneinsätze - Abstellen privater Kraftfahrzeuge einrückender Feuerwehrbeamter: Die MA 68 - Feuerwehr und Katastrophenschutz beruft im Katastrophenfall die dienstfreie Feuerwehrmannschaft über Rundfunk und Fernsehen ein. In einem solchen Fall werden die einrückenden Feuerwehrbeamten, die ihre Privatfahrzeuge wegen der Dringlichkeit und wegen des Platzmangels nicht entsprechend den Bestimmungen der StVO 1960 abstellen können, mit Tafeln mit der Aufschrift ‚Feuerwehrbeamter im Katastropheneinsatz, Feuerwache sowieso‘ ausgestattet, damit sie ihre Fahrzeuge damit kennzeichnen können. Um eine missbräuchliche Verwendung zu vermeiden, müssen diese Tafeln nach Beendigung des Einsatzes wieder abgegeben werden. Lenker von Fahrzeugen, die mit derartigen Tafeln versehen sind, sind nicht zu beanstanden, da bei derartigen Katastropheneinsätzen Notstand im Sinne des § 6 VStG anzunehmen ist.“

Diese Notstandssituationen ergeben sich natürlich auch im Sicherheits- und Ordnungsdienst, wo viele Kräfte einrücken müssen. Ich ersuche alle Fraktionen, diesem Beschlussantrag zuzustimmen und eine Regelung für die Kolleginnen und Kollegen der Wiener Polizei zu finden, damit sie nicht das Geld, das sie bei Überstunden verdienen, dann wieder an die Gemeinde Wien als Strafe abliefern müssen. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Hora. Ich ersuche darum.

Abg Karlheinz **Hora** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe das Gefühl, dass wir heute bei dieser Gesetzesänderung zum Parkometergesetz 2006 einen einheitlichen Beschluss zusammenbekommen werden.

Der Kollege Ulm hat in seiner Ansprache und in seinem Reden ganz genau jene zwei Punkte herausgezogen, die diese Änderung beinhalten. Es geht wirklich in erster Linie darum, die technischen Sperrmöglichkeiten auch im Falle der Parkraumbewirtschaftung und der Beanstandung durchführen zu können, nämlich in jenen Fällen, wo ganz einfach mit herkömmlichen Mitteln bisher mit dem Mandat selbst nicht das Auslangen gefunden werden konnte.

Der Kollege Haslinger hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass es Menschen gibt, die mit ausländischen Kennzeichen in Wien unterwegs seien und ganz einfach nicht gehandhabt werden und daher keine Organmandate beziehungsweise auch keine Strafbefehle zugestellt werden können. Das stimmt so nicht ganz, weil wenn ein Fahrzeug im Ausland angemeldet ist, gibt es genaue Regeln, wer ein Fahrzeug lenken darf et cetera. Es gibt allerdings in diesem Bereich, das will ich nicht abstreiten, Probleme. Probleme werden dann in diesem Bereich natürlich leichter zu lösen sein, wenn man die entsprechenden Parkklammern zulässt und in diesem Fall einführt.

Der zweite Teil des Gesetzes ist, und darauf hat der Kollege Ulm sehr hingewiesen, dass es immer wieder Überlegungen gegeben hat, man weiß nicht, warum die zwei Truppen nicht miteinander verschmolzen werden. Es hat natürlich auch aus der Geschichte heraus einen wesentlichen Unterschied gegeben, der sich in der Zwischenzeit durch die Realität, durch eine Umorganisation des Polizeikörpers, geändert hat.

Waren früher die Polizisten relativ in ihrem Grätzel unterwegs und haben sich auch dort um den sogenannten Parkraum gekümmert, nicht in abgabemäßiger Sicht, aber in Sicht der Straßenverkehrsordnung, hat sich dieses Bild in den letzten Jahren, die Besetzung der ehemaligen Polizeiwachzimmer - jetzt heißt es ja Polizeiinspektion -, wesentlich geändert.

Das ist eine Änderung, die mit sich gebracht hat, dass Rayone nicht mehr so besetzt sind wie früher, dass Beamte nicht ständig in derselben Polizeiinspektion Dienst machen, auch nicht ständig in der Polizeiinspektion anwesend sind und im Parkraum eben Übertretungen, die die Parkordnung betreffen, ahnden.

Damit ist es auch notwendig geworden, eine Änderung dieses Körpers herbeizuführen, weil ganz einfach dieser Überwachungskörper, der schon vorher existiert hat, die sogenannten Weißkappler, und die Blaukappler, die ja dazu da waren, die Abgabe zu kontrollieren, künftig einen gemeinsamen Körper bilden und den Parkraum nicht nur auf die Abgabepflicht, sondern ganz speziell auch auf Übertretungen, die im Parkraum die Straßenverkehrsordnung betreffen, überwachen.

Das heißt damit auch, dass diese Geschichte - und da brauchen wir uns nichts vorzumachen - immer wieder auch zu Aufregungen geführt hat, wenn zum Beispiel ein Organ, ein Parkraumüberwachungsorgan mit einer blauen Kappe versehen, nur die Gebühr kontrolliert hat,

aber nicht ein vorschriftswidriges Parken gemäß Straßenverkehrsordnung, und aufgefordert wurde von Personen, das doch zu tun, aber ganz einfach dieser Pflicht nicht nachkommen konnte, weil er rechtlich dafür auch nicht vorgesehen war und es rechtlich nicht durfte.

In diesem Zusammenhang, Kollege Haslinger, haben Sie in Ihrem Redebeitrag einen Antrag eingebracht, der sehr interessant ist, aber eigentlich an dem Problem vorbeigeht. Sie haben gesagt, man soll den Beamten Möglichkeiten geben, im Katastrophenfall in polizeilichen Großsätzen Parkkarten oder eine Information zu bekommen, die damit zusammenhängt, dass der eingesetzte Beamte nicht plötzlich ein Organmandat, eine Strafe oder was immer bekommt. Und Sie haben hier gesagt, in solchen Fällen erfolgt der Aufruf über den Rundfunk für Feuerwehr und Rettung und gegebenenfalls Polizei.

Das löst aber das Problem nicht! Wir haben heute im Polizeiapparat eine ganz andere Struktur. Ich denke jetzt nur an das sogenannte TOP-Team, das ja nicht im Katastrophenfall zusammengezogen wird, sondern, um Schwerpunktaktionen zu machen. Und dort haben wir das Problem.

Wir haben daher schon längere Zeit mit den entsprechenden Vertretern der Polizei Gespräche geführt, wie wir dieses Thema lösen können. Und wir haben heute die Gelegenheit ergriffen, wenn Sie so wollen, dieses Problem jetzt von mir aus in offizielle Gespräche zu bringen, in Gespräche, die auch zeigen, dass wir auch ganz wichtig daran interessiert sind, die Wiener Polizei dementsprechend aufzurüsten, nicht nur im Katastrophenfall, sondern auch im Fall von Einsätzen, von Schwereinsätzen eine entsprechende Erleichterung und einen Zugang zu machen im Sinne der Beamten, die für die Wiener und Wienerinnen da sind.

Daher werden wir und werde ich den Antrag einbringen. Ich würde auch Sie ersuchen, im Sinne unserer Wiener Polizei und der Kolleginnen und Kollegen, die dort Dienst machen, den entsprechenden Antrag zu unterstützen, um bei einer ... (*Abg Mag Wolfgang Jung: Sie bringen selber nichts weiter! Abschreibübung! Ja, das ist es: eine Abschreibübung!*) Herr Kollege Jung! Sie haben heute schon ... (*Abg Mag Wolfgang Jung: Vor 30 Minuten haben Sie es abgeschrieben!*)

Es sind nicht 30 Minuten, und so ein Text lässt sich nicht - aber, Kollege Jung, ich nehme an, Sie können lesen! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Aber sorgfältig lesen sollte man!*) Wenn Sie lesen können, dann würden Sie die beiden Anträge ganz unterschiedlicher Natur zur Erkenntnis nehmen. Ihr Antrag bezieht sich auf den Katastrophenfall und nicht auf den normalen Einsatz. Es tut mir leid, dass sie nicht erkannt haben, dass das Problem nicht dann ist, wann der Rundfunk schreibt (*Abg Mag Wolfgang Jung: ... abgeschrieben! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ*), sondern dass es auch das Problem mit einer Umstrukturierung der Polizei ist.

Wir reagieren darauf! Wir sind zwar nicht gefragt worden, als die Umstrukturierung gekommen ist, aber wir wissen, dass wir den Kollegen und Kolleginnen, die für

die Sicherheit in Wien zuständig sind, das nötige Rüstzeug und das nötige Rückgrat geben müssen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Abg Mag Wolfgang Jung: Das wissen Sie seit heute Früh!*)

Ich kann Ihnen nur noch einmal die Empfehlung geben, und ich habe es hier schon ausgeführt. Es gibt schon längst Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, ja, heute Früh wurde das beschlossen!*) Sie können ja gerne fragen. Wenn Sie keinen Kontakt zu Ihren Vertretern in der Gewerkschaft oder auch zu anderen haben, dann tut es mir leid. Dann versuchen Sie, das in Zukunft zu machen!

Die Sozialdemokratie hat gemeinsam mit dem grünen Regierungspartner dieses Problem schon längst erkannt, und wir werden in diesem Sinne arbeiten. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Wenn Sie für die Wiener Sicherheit auch mittun wollen, dann gehen Sie bei diesem Antrag mit. Beim Gesetz, habe ich gehört, machen Sie es. - Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Abg Henriette Frank: Schämen Sie sich!*) und erwarte eine dementsprechende Zustimmung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Abg Mag Wolfgang Jung: Paste & Copy!*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mahdalik. Ich erteile es ihm. (*Rufe bei der FPÖ: Ist gestrichen!*) Er wurde bei mir nicht gestrichen, tut mir leid. Es wurde nur Herr Abg Jung gestrichen. Dann ist als Nächster Herr Abg Haslinger zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Frau Präsidentin!

Ich darf jetzt kurz Stellung nehmen zu dem Gesagten und zu dem Resolutionsantrag der SPÖ. Wenn Sie schon so lange Kontakte halten mit den Organisationen der Polizei, sprich, FSG, warum bringen Sie jetzt den Antrag ein, wo wir heute unseren Antrag einbringen wollen? Warum nicht schon früher? Warum fällt Ihnen das erst jetzt ein? (*Abg Mag Wolfgang Jung: Vor einer halben Stunde!*)

Ich gebe Ihnen recht, es ist ein Unterschied. Aber Sie haben jetzt gesagt, ich habe nur den Katastrophenfall angeführt. Das ist ein in Klammer ausgedrückter Fall, ich habe aber auch sicherheitspolizeiliche Großlagen, auch Demonstrationen und fortfolgende, nicht erwähnte Beispiele angeführt. Das sind natürlich diese ganzen Sonder- und Schwerpunktaktionen, die ganz einfach auf Grund der Kriminalitätsentwicklung in Wien notwendig wurden. Die sind hier alle umfasst!

Diese Einlegetafel analog dieser Feuerwehrdienstweisung ist die Maßnahme, dass wenigstens in solchen Fällen, wo wirklich Großkommandierungen sind - wenn ein Papstbesuch ist oder Ähnliches -, hier eine Ausnahme stattfindet.

Natürlich unterstützen wir Ihren Antrag, wenn man sagt, der Verteilerschlüssel von Bescheiden zu Parkkarten soll verbessert werden - den unterstützen wir natürlich auch!

Aber die Frage, die sich uns jetzt stellt, ist, wenn Sie so gute Kontakte haben und sich schon so lange mit dem Problem auseinandersetzen: Das Problem ist in der Polizei schon sehr lange eines, das auch bearbeitet oder

behandelt wurde und nie wirklich von der Politik unterstützt wurde. Vielleicht ändert sich das heute - dann habe ich erreicht, was ich erreichen wollte: dass es eine Verbesserung für die Kolleginnen und Kollegen in der Polizei gibt!

Wir werden den Antrag natürlich unterstützen, und ich hoffe, Sie unterstützen unseren ebenso. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort. Die Frau Berichterstatterin verzichtet.

Somit kommen wir zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest, das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge. Hier liegt ein Antrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Gerhard Haslinger und Wolfgang Irschik vor betreffend Befreiung der Polizeibeamten von der Parkmeterabgabe im Zuge polizeilicher Großeinsätze und im Katastrophenfall. Wer für den Antrag ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Stimmen der Freiheitlichen und der ÖVP, das ist die Minderheit, somit ist der Antrag abgelehnt.

Der zweite Antrag, der mir vorliegt, ist von den Landtagsabgeordneten Karlheinz Hora, Dipl-Ing Omar Al-Rawi, Siegi Lindenmayr, Dipl-Ing Rudi Schicker, Karin Schrödl, Godwin Schuster, Kommerzialrat Friedrich Strobl, Dr Harald Troch, Nurten Yilmaz sowie von Mag Maresch und Dr Jennifer Kickert betreffend Einlegekarten für die ExekutivbeamtInnen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. Wer dafür ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle hier die Einstimmigkeit fest.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch die zweite Lesung ist einstimmig beschlossen. Danke vielmals, Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zu Postnummer 2. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Feuerpolizei-, Luftreinhalte- und Klimaanlagengesetz geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsf StR Dr Ludwig. Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten. Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Gesetz.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort

gemeldet ist Frau Abg Schütz. - Bitte.

Abg Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben es hier mit einem Gesetz zu tun, welches im ersten Ansinnen - Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - sowie in Bezug auf die Sicherheit der Bevölkerung gut aussieht. Aber leider ist es nicht ganz bis zum Ende durchdacht worden.

Der § 15a Abs 1 soll wie folgt lauten: Die Überprüfung und Reinigung hat unter Bedachtnahme auf die Art und Benützung der Feuerungsanlage sowie die Beschaffenheit der verwendeten Brennstoffe zu erfolgen, wobei entsprechend dem Stand der Technik zumindest ein Mal jährlich auch die ausreichende Verbrennungsluftzufuhr zu prüfen ist.

Diese Prüfung per se oder an sich kommt bei vielen Mietern neu hinzu, also bei Geräten ab 50 Kilowatt. Aber für die Mieter von Wiener Wohnen ist das ein bekanntes Vorgehen, denn da wird diese Überprüfung auf genug Sauerstoff in den Wohnungen auf Grund der dichten Fenster und Türen bereits durchgeführt.

Aus Erfahrung weiß man oder kann man damit rechnen, dass bei Erstaufnahme des Status der Wohnung, also Anzahl der Fenster, Türen et cetera, die aufgenommen und niedergeschrieben werden, ungefähr mit 20 Minuten an Aufwand pro Wohneinheit gerechnet werden muss. Dazu kommt natürlich die Dauer der jährlichen korrekten Durchführung, die also jedes Jahr wiederholt werden muss.

Wenn es jetzt zum Anschluss eines neuen Geräts kommt, dann muss nicht nur diese Wohnung an sich geprüft werden, sondern das gesamte Objekt. Bei Gasgeräten mit geschlossenem Verbrennungsraum - das sind Gas-Außenwand-Kombithermen und Brennwertthermen - ist diese Prüfung nicht erforderlich. Das weist auch darauf hin, dass man möglichst viele Leute zum Wechsel zu solchen Geräten bewegen möchte.

Nun steht in diesem Gesetz, dass dafür geringe Mehrkosten zu erwarten sind. Bei Wiener Wohnen werden ungefähr 20 EUR pro Einheit eingehoben, die direkt mit der Stadt Wien verrechnet werden und die sich in den Betriebskosten niederschlagen.

Was dafür in Zukunft verlangt werden soll, ist mit der Innung noch nicht ausverhandelt. Es wird aber sicher nicht weniger sein, zumal der Mehraufwand, der durch dieses Gesetz entsteht, theoretisch allein mit der vorhandenen Mannschaft nicht abzudecken ist. Hinter vorgehaltener Hand spricht man bereits davon, dass die Preise für die Kehrung, in die das inkludiert werden soll, um 50 Prozent erhöht werden sollen, was wiederum den Konsumenten treffen wird.

Da es bei diesen Arbeiten aber immerhin um die Gesundheit der Bevölkerung geht, lastet auf den MitarbeiterInnen eine große Verantwortung. Eine falsche Begutachtung kann Leben kosten!

Dieses Gesetz, so wie wir es als Entwurf vorliegen haben, ist damit eine indirekte Gebührenerhöhung, mit der die Stadt Wien die Wienerinnen und Wiener belastet,

neben den bereits bekannten, wie immer geringen Mehrkosten im Einzelnen, die sich aber im Gesamten aufsummieren zu einem beträchtlichen Betrag. Ich möchte hier einfach einen Exkurs starten und Sie daran erinnern, was für Belastungen uns die Stadt Wien in den letzten eineinhalb Jahren aufdividiert hat.

Das waren 33 Prozent beim Wasser; das sind zwar nur 43 Cent pro Kubikmeter mehr, aber das summiert sich auch. 6,2 Prozent sind es beim Kanal; das sind 21 Cent pro Kubikmeter. 6,2 Prozent sind es beim Müll für 120-Liter-Kübel, das sind 35 Cent. 67 Prozent beim Parken - es weiß jeder selber, was er jetzt dafür zahlt und was er vorher gezahlt hat.

26 Prozent für Abschleppgebühren, das sind 50 EUR. 71 Prozent für ein Organstrafmandat, das sind 15 EUR. 65 Prozent bei der Hundesteuer, das sind fast 30 EUR. 11,2 Prozent beim Einzelfahrschein, das sind 20 Cent pro Fahrschein. Und 7,1 Prozent für die Wochenkarte, das ist 1 EUR pro Woche.

Nach diesem Exkurs nun weiter im Gesetz. § 15 Abs 1 lautet: Die Feuerstätten mit einer Nennwertleistung von mehr als 15 kW sind mindestens einmal in 2 Jahren, solche von mehr als 50 kW mindest einmal jährlich durch Überprüfungsorgane auf die von ihnen ausgehende Emission und hinsichtlich des Wirkungsgrads nachweislich überprüfen zu lassen. Insbesondere sind die Temperaturen von Kohlenmonoxid, Kohlendioxid und von gasförmigen Stoffen im Stickstoffgehalt fester Bestandteile der Verbrennungsgase festzuhalten.

Die Abgasmessung fand bis dato alle 5 Jahre statt und kostete rund 40 EUR, nun soll sie alle 2 Jahre stattfinden. Auch das kostet den Steuerzahler etwas und ist ein Zubrot für die Betriebe, egal, ob es jetzt Rauchfangkehrer oder Installateure sind.

Allerdings: Auf Grund der in letzter Zeit immer wieder auftretenden Anlassfälle ist das natürlich für die Gesundheit wichtig und notwendig. Pfusch an Thermen darf nicht passieren und muss rigoros verhindert werden.

Die Werte für Kohlenmonoxid, Kohlendioxid und die gasförmigen festen Stoffe im Stickstoffgehalt wurden herabgesetzt. Das heißt, 2011 lagen die Grenzwerte für Gas-Kombithermen und Gas-Durchlaufwassererhitzer bei CO, also bei Kohlenmonoxid, bei 120 Milligramm pro Kubikmeter und der NO_x-Gehalt zwischen 300 und 500 Milligramm pro Kubikmeter.

Der Abgasverlust hat maximal 17 Prozent betragen dürfen. Die neuen Grenzwerte liegen zukünftig deutlich darunter. Das sind 80 Milligramm pro Kubikmeter für Kohlenmonoxid, und für NO_x sind es 120 Milligramm pro Kubikmeter, wobei der Abgasverlust - je nachdem, ob es jetzt Gas-Kombi- oder Gas-Durchlaufwasserheizung ist - zwischen 13 und 15 Prozent liegt.

Das bedeutet aber für viele Geräte, die grenzwertig liegen, nun das Aus! Die Geräte müssen neu angeschafft werden, und das bedeutet weitere Kosten. Wobei es dabei nicht bleibt, denn diese Heizung muss ja nach der Installation neu befundet werden, was noch einmal fast 100 EUR kostet, nämlich genau 97,6 EUR. Und danach, also nach der Installation, kostet es wieder 71,20 EUR.

Zum letzten Paragraphen, der jetzt noch grob

geändert wurde: Das ist der § 15 Abs 3. Erster Satz wird durch folgende Sätze ersetzt: Das Überprüfungsorgan hat einen Überprüfungsbericht mit den Prüfdaten auszustellen und dem Betreiber der Feuerstätte auszuhändigen sowie den Behörden zu übermitteln. Dieser Überprüfungsbericht hat auch Empfehlungen für die kosteneffiziente Verbesserung der Energieeffizienz und der überprüften Feuerstätte zu enthalten. Er ist vom Betreiber der Feuerstätte aufzubewahren und dem Organ der Behörden auf Verlangen vorzuweisen.

Was so viel heißt wie: Eine Durchschrift des Befundes ist den Behörden, den Inspektionsrauchfangkehrern der MA 68, zu übermitteln, damit diese kontrollieren können. Damit ist dies wahrscheinlich einer der wenigen Bereiche, die von einer Behörde kontrolliert werden. Wie man auch hier hinter vorgehaltener Hand hören kann, wird das eine diesbezügliche Klage von der Innung auslösen. Die Inspektionsrauchfangkehrer sprechen sich nämlich gegen die Messung von Verbrennungsluftzufuhr aus, weil sie wissen, dass das in dieser Form nicht durchführbar ist.

Die Einzigen, die von diesem Gesetz nichts haben, sind die Angestellten. Sie müssen fürs gleiche Geld mehr arbeiten und haben mehr Verantwortung. Denn hier hat die Gewerkschaft der FSG bei den Gehaltsverhandlungen voll versagt! Auf den Mehraufwand der Mitarbeiter, der durch dieses Gesetz entstehen wird, wurde nicht Bedacht genommen.

Da erlaube ich es mir auch wieder, einen Exkurs zu machen. Die Erhöhungen der KV-Mindestlöhne 2002 waren 2,87 Prozent, und ich erspare es Ihnen jetzt, jedes Jahr in den Prozenten vorzulesen. Nur so viel: Sie sind jedes Jahr weniger geworden, über 2,5 Prozent im Jahr 2004, und erst 2008 sind sie wieder gestiegen, auf 2,83 Prozent. 2011 hat es eine Nulllohnrunde gegeben, und jetzt sind es 2,8 Prozent. *(Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das ist die Sozialpartnerschaft!)*

Wenn man sich demgegenüber aber im Vergleich die Inflationsrate der Jahre anschaut, so ist diese stetig gestiegen. Das heißt, unterm Strich ist ihnen nicht einmal die Inflationsrate abgegolten worden. Wie gesagt, es schaut zwar so aus, als wenn sie kontinuierlich eine Lohnerhöhung gehabt hätten, aber sie war nicht entsprechend der Inflationsrate. Und 2011 hat es eben diese Nulllohnrunde gegeben. Überdies ist seit 2011 auch die Schmutzzulage versteuert worden.

Wenn man jetzt noch den Verbraucherpreisindex anschaut, so hat man zwar real eine Nettoerhöhung von 67 EUR zwischen 2002 und 2011, also in den letzten 9 Jahren gehabt. Aber wenn man den Verbraucherpreisindex hineinrechnet, der in diesem Zeitraum 20,86 Prozent Anstieg bedeutet, dann würde das bedeuten, dass man von diesen 1 567 EUR, die man jetzt netto im Lohn bekommt, im Vergleich zum Jahr 2002 nur mehr 1 241,38 EUR netto ausbezahlt bekäme. Und das für mehr Arbeit und für mehr Verantwortung!

Auch schaut es so aus, dass laut Gewerbeordnung die Betriebsinhaber für so und so viele Rauchfänge so und so viele Rauchfangkehrer haben müssen. Leider ist

das nicht überall so der Fall. Damit ist dieses Gesetz in dieser Form eigentlich ein Wahnsinn!

Wir haben im Ausschuss diesem Gesetz deshalb zugestimmt, weil uns Herr StR Ludwig versprochen hat, mit StRin Sima eine Lösung zu finden, dass zukünftig auch Kleingärten heizen können und einbezogen werden. Leider - und ich habe es am Anfang schon erwähnt - ist dieses Gesetz in üblicher EU-Hörigkeit schnell, schnell umgearbeitet worden. Die Verantwortung wird den ausführenden Rauchfangkehrern zugeschoben, ohne weiter darüber nachzudenken, wie sie das bewältigen sollen und können.

Wir werden diesem Gesetz trotzdem zustimmen, weil uns die scharfen Kontrollen für die Gesundheit der Bevölkerung wichtig sind. Allerdings erwarten wir uns hier eine Evaluierung und eine Nachbesserung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Hoher Landtag! Frau Landtagsabgeordnete!

Ich möchte mich jetzt nur auf jene Punkte konzentrieren, die unmittelbar von mir als Mitglied der Landesregierung zu beeinflussen sind. Beispielsweise die Entwicklung der Gehälter der Beschäftigten in diesem Bereich obliegt, wie das bei uns Tradition ist, sehr starken sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen und sind insbesondere dann, wenn es sich um privatwirtschaftliche Unternehmen handelt, von uns - und ich meine, zu Recht - auch nicht zu beeinflussen.

Aber ich möchte mich vielleicht auf die Punkte konzentrieren, die Sie direkt angesprochen haben und die auch mit der Stadt Wien zu tun haben, beispielsweise mit der Frage, inwieweit es auf Grund dieser Gesetzesvorlage zu einer Erhöhung der Mieten durch eine Erhöhung der Betriebskosten kommen kann. Das kann ich verneinen. Auf Grund dieses vorliegenden Gesetzes wird es zu keiner Erhöhung kommen, auch nicht bei den Wiener Gemeindebauten.

Es ist richtig, was Sie sagen: Es gibt eine Pauschalierung, die auch in die Betriebskosten einfließt, die aber nicht tangiert wird durch den vorliegenden Gesetzesentwurf. Richtig ist, dass es zwar eine Veränderung der zeitlichen Dimension gibt, aber wir gehen davon aus, auf Grund dieses Gesetzes nicht der Kosten, sondern dass es maximal auch zu einer Erhöhung dieser Pauschale kommen kann, aber im laufenden, turnusmäßigen Verfahren, wie das eben andere, private Unternehmen ebenfalls in Rechnung stellen.

Was sicher der Vorteil dieses Gesetzes ist, ist, dass wir versuchen, die Gesamtenergieeffizienz eines Gebäudes im Auge zu haben. Das ist eine Entwicklung, die es nicht nur in Österreich und in Wien gibt, sondern die europaweit ein Thema ist, die prinzipiell auch richtig ist, weil es mit einer Hilfe ist, Energie einzusparen, damit auch Kosten einzusparen, die Umwelt zu entlasten, und auf der anderen Seite den Mieterinnen und Mietern die

Möglichkeit bietet, in Zukunft weniger Geld auszugeben.

Ein Punkt, den Sie kurz angesprochen haben, ist mir besonders wichtig, weil ich glaube, dass wir hier zu Recht stolz sein können auf die Stadt Wien und auf die Hausverwaltung Wiener Wohnen: Das ist das Thema Sicherheit. Wir haben deshalb auch mit der Innung der Rauchfangkehrer ein besonders inniges Kooperationsverhältnis, auch unter Einbeziehung der Erfahrungen der Wiener Feuerwehr, und haben es geschafft, durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir in einem Pilotprojekt zusammengefasst haben, den Sicherheitsaspekt noch stärker zu betonen.

Das ist auch der Grund, dass es beim Einsatz gleichwertiger Anlagen in diesem Bereich, bei den Wiener Gemeindebauten, unverhältnismäßig weniger Fälle gibt, die die Sicherheit beeinträchtigen, beispielsweise im Vergleich zu privaten Wohnhäusern, und die Innung der Rauchfangkehrer starkes Interesse daran hat, die Erfahrungen, die sie in der Zusammenarbeit mit den Wiener Gemeindebauten gemacht hat, auch in den privaten Bereich zu transferieren.

Ich werde da gerne behilflich sein, denn was uns ganz wichtig ist - neben dem Einsparen von Kosten -, ist vor allem die Sicherheit der Menschen. Von daher bin ich sehr froh und stolz, dass wir auch in diesem Punkt, wie ich meine, einen sehr, sehr guten Pilotversuch gestartet haben, zu einem Abschluss gebracht haben und diesen auch für andere Wohnbereiche zur Verfügung stellen können.

In diesem Sinne ersuche ich um Unterstützung zu diesem vorliegenden Gesetz. Es ist ein weiterer Beitrag zum Einsparungspotenzial im Bereich Wohnen auf der einen Seite, vor allem aber eine weitere Unterstützung, um den Bereich Sicherheit im Wohnbereich noch stärker zu verankern. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Danke, Herr Berichterstatter.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier stelle ich die Einstimmigkeit fest. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest, somit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Wir kommen zu Postnummer 3. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Neuregelung der Elektrizitätswirtschaft - Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz 2005 -, LGBl Nr 46/2005 in der Fassung LGBl Nr 56/2010, geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsf StR Dr Ludwig. Ich

ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatte(r) Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Gesetz.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Das Gesetz ist in erster Lesung einstimmig beschlossen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier stelle ich die Einstimmigkeit fest. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Postnummer 4 der Tagesordnung. Sie betrifft den Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses gemäß § 129b Abs 4 der Wiener Stadtverfassung über die Kontrolle der Bezüge von öffentlich Bediensteten, die zu Mitgliedern des Landtages gewählt wurden, für das Jahr 2012. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abg Dipl-Ing Al-Rawi, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatte(r) Abg Dipl-Ing Omar **Al-Rawi**: Hohes Haus! Frau Präsidentin! Ich ersuche um Zustimmung.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses an den Landtag für das Jahr 2012 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Die Kenntnisnahme erfolgt einstimmig, dies ist somit einstimmig beschlossen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Anfrage des Landesgerichts für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Bundesrates Hans-Jörg Jenewein wegen des Vergehens der Beleidigung gemäß § 115 StGB. Ich ersuche die Berichterstatterin, Frau Abg Kathrin Gaal, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatte(r) Abg Kathrin **Gaal**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt das Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien um Aufhebung der Immunität des Herrn Bundesrates Hans-Jörg Jenewein zwecks strafgerichtlicher Verfolgung gemäß § 115 Strafgesetzbuch.

Das Immunitätskollegium hat getagt und einstimmig beschlossen, die Zustimmung dazu nicht zu erteilen. Ich bitte daher auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Empfehlung zu folgen.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Akkilic. Ich erteile es ihm.

Abg Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Eingangs möchte ich betonen, dass ich bedauere, dass ich ausdrücklich bedauere, dass wir dem Verlangen des Landesgerichtes Wien nicht Folge leisten. Aus mehreren Gründen möchte ich das hier ausführen.

Herr Hans-Jörg Jenewein hat den Sprecher von SOS Mitmensch, Alexander Pollak, im Zuge einer Debatte um bestimmte Begrifflichkeiten, über die wir gestern auch kurz diskutiert haben, beleidigt. Worum ging es? Es geht um Begriffe wie „Negerbrot“, es geht um Begriffe wie „Mohr im Hemd“ und so weiter und so fort.

In der Sache, in der Einschätzung der Sache, meine Damen und Herren, können wir durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Manche sind der Ansicht, das sind Alt-Wiener Gepflogenheiten beziehungsweise Alt-Wiener Ausdrücke, die man nach wie vor zulassen dürfe.

Es gibt auch andere Meinungen wie meine und die des Herrn Pollak, wo wir sagen: Diese Begriffe haben eine historische Bedeutung. Begriffe sind aus ihren historischen Zusammenhängen nicht loszulösen. Daher sind Begriffe auch politische Begriffe, die auch in der Verwendung Menschen beleidigen können beziehungsweise ein Machtgefälle zwischen Minderheiten und Mehrheiten herstellen können.

In dieser Auseinandersetzung wäre ich durchaus über eine sachliche Auseinandersetzung auch von Herrn Jenewein sehr erfreut gewesen, wenn er gesagt hätte, ja, das sind Wiener Begriffe, und wir wollen daran festhalten. Nein, das hat Herr Jenewein nicht gemacht! Was hat Herr Jenewein gemacht? Er hat die Identität des Sprechers von SOS Mitmensch, des Herrn Pollak, in Frage gestellt und versucht, seinen Namen zu denunzieren, indem er gesagt hat: „Na, wie kann jemand Pollak heißen? Das ist ja wie die Beschimpfung einer gesamten Bevölkerung.“

Also: Hier ist nicht mehr eine sachliche Ebene zu suchen, sondern ein gezielter Angriff auf Alexander Pollak, auf seinen Namen, auf seine Identität. Der Background ist eindeutig, meine Damen und Herren: SOS Mitmensch ist eine Einrichtung, eine Organisation in dieser Stadt, die Rassismus anprangert, Diskriminierung bekämpft und für die Sensibilisierung in der Gesellschaft arbeitet, damit Menschen in unserer Mitte nicht beleidigt, nicht diskriminiert und nicht denunziert werden.

Infolgedessen hat Herr Pollak bei der Gastronomiebranche der Wirtschaftskammer auch erwirkt, dass die Gastronomiebranche an alle Gastwirte eine Aussendung gemacht hat, dass man auf diskriminierende Bezeichnungen verzichten sollte. Im Zuge dieser politischen Auseinandersetzung hat SOS Mitmensch einfach einen Etappensieg errungen, hat die Sensibilität so weitergeführt, dass eben die Gastronomiebranche diesen Aufruf gemacht hat.

Nur, das passt der FPÖ nicht! Das passt der FPÖ nicht, weil die FPÖ, sobald es um diskriminierende Begriffe geht, sie zu schützen versucht, weil sie davon profitiert, dass Menschen in unserer Gesellschaft

diskriminiert und diskreditiert werden. Sich hinter irgendwelchen kulturellen Erklärungen zu verstecken, meine Damen und Herren, zu sagen, das ist Wiener Kultur, ist keine Erklärung.

Wir wissen, Kulturen sind im Wandel, Kulturen ändern sich. Wortbedeutungen ändern sich, Begriffsbedeutungen ändern sich. Wir sagen zum Beispiel heute nicht mehr „Weiber“, verbannen das aus unserem Wortschatz. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Altweibersommer gibt es schon noch!*) Wir sagen viele andere Sachen nicht mehr. Sehr viele Großfirmen, Schokoladenfirmen haben auf die Bezeichnung „Negerbrot“ verzichtet und schreiben „Erdnussbrot“. Auch das Bonbonnieregeschäft in der Neubaugasse, das ja ein Anlass dafür war, dass die Debatte gestartet worden ist, hat darauf verzichtet, „Negerbrot“ in die Auslage zu stellen und hat derzeit in der Auslage stehen: „Erdnussbrot“!

Das heißt, Menschen sind einsichtig, wenn man mit ihnen redet, wenn man weiß, dass die Begriffe im Verlaufe der Zeit ihre Bedeutung ändern können, verletzend sein können. Ich glaube, dass wir als Politiker die Aufgabe haben, Menschenwürde zu schützen und nicht Menschenwürde zu beleidigen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Da redet der Richtige!*)

Aber Menschenwürde zu beleidigen, ist immer eine Linie der Freiheitlichen gewesen. Jörg Haider in der Auseinandersetzung mit Adamovich, was hat er gesagt? Er hat gesagt - Sie werden das besser wissen als ich: „Man muss sich einmal die Frage stellen, ob jemand, der Adamovich heißt, eine gültige Aufenthaltsgenehmigung für Österreich hat.“ Ja, wo gehen wir denn hin, meine Damen und Herren?! Jetzt macht Hans-Jörg Jenewein mit Alexander Pollak dasselbe.

Da gibt es auch einen sehr, sehr qualitativen Unterschied, meine Damen und Herren. Ich habe immer wieder die FPÖ-Politik so analysiert, dass sie in erster Linie gegen Ausländer ist, gegen Ausländer, gegen Fremde. Dieser Schritt zeigt aber, dass die FPÖ mit der historischen Zusammensetzung der österreichischen Gesellschaft nicht zufrieden ist, damit, dass die Zusammensetzung der österreichischen Gesellschaft aus mehreren unterschiedlichen Völkern existiert seit der k&k-Zeit.

Der Herr Landtagspräsident hat mir gestern gesagt, Herr Kollege, Sie können auch zu mir sagen, Sie sind ein Mensch mit Migrationshintergrund, ich habe auch meine Vorfahren woanders. Viele dieser Menschen, die hier sind, haben ihre Vorfahren woanders. Jetzt herzugehen, diese Namen zu diskreditieren, heißt, mit der Substanz der Gesellschaft zu spielen!

Ich appelliere an die tschechischstämmigen KollegInnen innerhalb der FPÖ, aber auch andersstämmigen: Erkennen Sie die Gefahr! Lassen Sie sich von den Deutschnationalen nicht irreleiten! Wehren Sie sich! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Interessant ist auch die Rechtfertigung des Herrn Jenewein, nachdem Herr Pollak dem Herrn Jenewein mit der Klage gedroht hat. Wortwörtlich sagte er: „Wenn er das nicht aushält,“ - das heißt, wenn er die

Diskreditierung seines Namens nicht aushält - „soll er als Sprecher in ein Mädchenpensionat gehen, empfahl Jenewein.“

Ja, was ist denn da los, meine Damen und Herren? Rassismus paart sich mit Sexismus! Wer hält harte Attacken aus? Männer, harte Männer, harte Burschenmänner wie Burschenschaftler; Möchtegern-harte-Männer, sage ich jetzt einmal. Aber Sie sehen die eindeutige Paarung einer sexistischen und rassistischen Einstellung, wie sie in Herrn Jenewein verkörpert wird. Das ist eine gefährliche Entwicklung!

Daher würde ich sagen: Wir hätten uns wirklich ganz genau überlegen sollen, ob wir Herrn Jenewein ausliefern oder nicht. Wir hätten es wirklich tun sollen!

Aber ich gehe jetzt einen Schritt weiter. Die Freiheitlichen haben in „Zur Zeit“ so eine Satire, Möchtegern-Satire herausgegeben: der Cartoon, dieselben Farben. (*Der Redner hält eine entsprechende Abbildung in die Höhe.*) In diesen Bildern werden sämtliche Vorurteile zu einer politischen Aussage zusammengebündelt. Sämtliche! Herr Pollak ist dargestellt mit einem Davidstern. Herr Pollak ist dargestellt als jemand, der darüber traurig ist, dass der Attentäter in Toulouse kein Neonazi, sondern ein Moslem war. Herr Pollak wird dargestellt und SOS Mitmensch wird dargestellt als eine Organisation, die ständig Subventionen kassiert.

Alles - soll ich sagen, gelogen?, nein, sage ich nicht (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Sag: „die Unwahrheit!“*) -, alles erfundene Dinge, um den Gegner, um SOS Mitmensch fertigzumachen!

Meine Damen und Herren! Tatsache ist, dass SOS Mitmensch als eine der wichtigsten Organisationen, NGOs in diesem Land, die sich für Menschenrechte einsetzt, ausschließlich von Spenden lebt. Ich bin froh, eine der Personen in dieser Stadt zu sein, die SOS Mitmensch unterstützt, und ich weiß, dass es auch sehr viele Unterstützer und Unterstützerinnen gibt. Dafür, meine Damen und Herren, bitte ich Sie um einen Applaus für all diese Menschen, die SOS Mitmensch da draußen unterstützen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Ich finde es von Herrn Jenewein feig. Er ist ein Feigling! Wenn er ein mutiger Politiker wäre, hätte er gesagt, ich brauche eure Abstimmung darüber nicht, ich erkläre mich bereit für diese gerichtliche Auseinandersetzung und verzichte auf meine Immunität. Macht er nicht! Leider nicht.

In diesem Sinne wünsche ich SOS Mitmensch und Alexander Pollak in seinem Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung alles Gute! - Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort gemeldet hat sich Abg Blind. Ich erteile es ihm.

Abg Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur ganz kurz zur Rede meines Vorredners, der ja auch hier im Schutze seiner - und zwar beruflichen - Immunität wieder Äußerungen von sich gegeben hat wie Feigling oder Unterstellungen gebracht hat, die natürlich, wie viele seiner Aussagen, gänzlich der Realität

entbehren.

Sie wissen, Herr Kollege - oder wissen es nicht, dann sollten Sie sich aber vielleicht vorher besser informieren -, dass die Immunität der Bundesräte aus der Immunität der Landtagsabgeordneten und diese wiederum aus der Immunität der Nationalräte abgeleitet wird, so wie es in der Bundesverfassung festgelegt ist.

Die Immunität jedes einzelnen Abgeordneten, und zwar die außerberufliche wie die berufliche Immunität, ist eben nicht dispositiv. Also aus einem Verhalten, das Kollege Jenewein gar nicht setzen hätte können, nämlich einem Verzicht auf seine Immunität - darüber hat er nämlich überhaupt keine Disposition - ein Verhalten abzuleiten, ist ziemlich schäbig und auch schändlich. Es würde Ihnen gut anstehen, das zurückzunehmen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wie gesagt, auf die anderen Anflüge möchte ich jetzt gar nicht näher eingehen, da sie sich teilweise der Realität komplett entziehen. Ich möchte nur so viel festhalten: Halten auch Sie sich an die Verfassung! Gerieren Sie sich hier als Gesetzgebungsorgan, nicht als Richter, das ist eine andere Staatsgewalt. Überlassen Sie den Richtern die Gerichtsbarkeit, und machen Sie endlich gute Gesetze. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Bevor ich zum Akt spreche, zwei Eingangsbemerkungen: Ich halte es - und ich glaube, auch meine Fraktion - für sehr positiv, dass in der Gastronomiebranche die historisch belasteten Begriffe, die auch gefallen sind, nicht mehr verwendet werden. Das ist ein Fortschritt, das ist richtig so, und wir begrüßen das ausdrücklich. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Als zweite politische Bemerkung, bevor ich zum Akt spreche, drücke ich auch deutlich aus, dass ich die Äußerungen des Herrn Bundesrates Jenewein politisch verurteile und für verwerflich finde, dass wir sie natürlich absolut nicht teilen, sondern es begrüßen würden, wenn solche Äußerungen nicht fallen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Jetzt spreche ich zum Akt: Beim Akt geht es ausschließlich um eine juristische Sache, und zwar geht es um Folgendes. Herr Pollak von SOS Mitmensch hat eine Privatanklage nach § 115 Strafgesetzbuch, das ist Beleidigung, gegen Herrn Bundesrat Jenewein eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft beziehungsweise das Landesgericht für Strafsachen hat, da es nicht offensichtlich keinen politischen Zusammenhang gibt - das heißt übersetzt: möglicherweise einen politischen Zusammenhang gibt -, das Ersuchen an den Wiener Landtag um Auslieferung des Herrn Jenewein gestellt.

Ich möchte jetzt auch erklären, warum das Immunitätskollegium einstimmig - also auch mit den Stimmen der GRÜNEN, das sei nur erwähnt - beschlossen hat, dass die Verfolgung des vom Landtag

gewählten Mitglieds des Bundesrates Hans-Jörg Jenewein zu unterbleiben habe, also wir nicht für eine Auslieferung sind. Es ist eben der Vorgang so - das ist gesetzlich und verfassungsrechtlich so determiniert -, dass, wenn nicht offensichtlich kein Zusammenhang da ist, also möglicherweise ein Zusammenhang da ist, dieses Ersuchen an uns gestellt wird. Und wir haben, zuerst als Immunitätskollegium und dann als Wiener Landtag, ausschließlich zu beurteilen, ob ein politischer Zusammenhang bestehen kann oder nicht besteht.

Ein politischer Zusammenhang ist da, wenn jemand über die Parteipresse zu einem politischen Thema - und dass das ein politisches Thema ist, glaube ich, kann niemand bestreiten - eine Aussendung macht. Es ist eine Auseinandersetzung, die wir im Stil natürlich nicht teilen und verurteilen, aber es ist ein politischer Zusammenhang gegeben. Der Vorredner Akkilic hat ja auch in keiner Silbe bestritten, dass ein politischer Zusammenhang bestehen würde.

Das Immunitätskollegium war also einstimmig der Auffassung: Es besteht ein politischer Zusammenhang! Wenn ein politischer Zusammenhang besteht, dann hat nach Gesetz und Verfassung - und der Rechtsstaat ist das höchste Gut, das wir haben - eine Auslieferung zu unterbleiben. Das ist die Rechtslage.

Man kann mit dieser Rechtslage unzufrieden sein, und es gibt ja auch Bestrebungen auf Bundesebene, beim Verfassungsgesetzgeber, die außerberufliche Immunität abzuschaffen. Wäre das der Fall, dann wäre es etwas anderes, dann würde die Verfolgung stattfinden. Aber die gegebene Rechtslage ist, dass es die außerberufliche Immunität gibt und dass deshalb, wenn dieser Landtag verfassungskonform und gesetzeskonform entscheiden will, nur die Entscheidung möglich ist, nicht auszuliefern.

Eines sei auch hinzugefügt: Es ist damit ein prozessuales Verfolgungshindernis bewirkt. Das heißt, solange Herr Jenewein Bundesrat ist oder anderweitig der Immunität unterliegt, darf er nicht verfolgt werden. Sobald er das Mandat verliert, kann Herr Pollak klagen, und es wird das Gericht feststellen, ob § 115 Strafgesetzbuch, Beleidigung, gegeben ist oder auch nicht. Und die Verjährung wird während dieses Zeitraums der Immunität gehemmt. Es ist das also nur sozusagen ein zeitliches Hinausschieben.

Infolgedessen ist das, glaube ich, durchaus korrekt. Die Immunität dient grundsätzlich dem Schutz der gesetzgebenden Körperschaften. Wir haben sie in unserer Verfassung.

Bei aller Wertschätzung von SOS Mitmensch und seinen Bestrebungen: Das hat damit hier nichts zu tun. Wir haben - wie ich es, glaube ich, jetzt schon plausibel darstellen durfte - ausschließlich diese eine Frage zu entscheiden: Ist ein politischer Zusammenhang gegeben? Dieser ist gegeben, und deshalb empfehle ich, dass wir hier wie das Immunitätskollegium entscheiden. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und FPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Sie verzichtet, somit kommen zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest, das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass der von den Abgen Mag Johann Gudenus und Mag Dietbert Kowarik eingebrachte, an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Dringliche Antrag betreffend mehr direkte Demokratie für Wien gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung verlesen und hierauf mündlich begründet werde. Ich ersuche daher den Schriftführer um Verlesung dieses Dringlichen Antrages.

Schriftführer Abg Senol **Akkilic**: „Der Landtag möge beschließen:

I. Das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal möge der Landesregierung umgehend eine umfassende Wahlrechtsreform vorlegen, die folgende Punkte verpflichtend umfasst:

a) Implementierung eines gerechten und modernen Wahlrechts für Wien, bei dem jede Stimme gleich viel wert ist. Reform der Briefwahl inklusive Abschaffung der Nachfrist, um Missbrauch zu verhindern und der Wähler muss sich vor der Wahlbehörde ausschließlich mittels amtlichen Lichtbildausweises legitimieren.

b) Schaffung eines Petitionsrechtes, ähnlich jenem im Nationalrat.

c) Die Möglichkeit einer durch die Bevölkerung selber zu initiiierenden Volksabstimmung nach einem erfolgreichen, aber durch den Landtag nicht umgesetzten Volksbegehren mit politisch bindender Wirkung.

d) Bei der Initiierung einer Volksbefragung im Bereich des Gemeinderates und bei einem Volksbegehren im Bereich des Landtages reicht für die Initiierung eine Mindestanzahl von 1 Prozent der Wahlberechtigten, somit rund 11 000 Personen, um leichter den Wählerwillen abfragen zu können. Werden diese rund 11 000 Unterstützungen erreicht, muss die Initiative auch verpflichtend umgesetzt werden. Das bedeutet, gewinnt man rund 11 000 Wahlberechtigte für eine Initiative - Klammer: Volksbefragung im GR, Volksbegehren im LT -, dann muss diese verpflichtend durchgeführt werden. Erreicht diese dann ein Ergebnis von 50 Prozent und 1 Stimme, so ist das Ergebnis verbindlich und muss verwirklicht werden.

e) Das Beteiligungsquorum für Volksabstimmungen wird deutlich herabgesetzt.

f) Freie Sammlung von Unterstützungserklärungen, ohne auf ein Amt gehen zu müssen mit nachträglicher amtlicher Überprüfung der Unterschriften.

g) Einführung einer Veto-Volksabstimmung durch die Bevölkerung gegen geplante Gesetzes- oder Verwaltungsvorhaben, um überprüfen zu können, ob ein Gesetzes- oder Verwaltungsvorhaben von einer Mehrheit der Wienerinnen und Wiener unterstützt wird.

h) Bei maßgeblichen Änderungen der Verfassung ist eine Zustimmung der Bevölkerung durch eine Volksabstimmung notwendig.

i) In der Phase der Werbung für die Volksabstimmung muss das betreffende Anliegen zumindest durch eine offizielle objektive Broschüre sichergestellt werden, in der die Argumente der Befürworter sowie der Gegner kompakt, unparteiisch und fair gegenüber gestellt sind und die an alle Abstimmungsberechtigten verschickt wird.

j) Bezirksweise Volksbefragungen können derzeit nicht durch Unterschriften, sondern nur durch Beschluss des Gemeinderates initiiert werden. Deshalb Einführung von bezirksweisen Volksbefragungen durch Sammeln von Unterschriften.

k) Direktwahl des Bürgermeisters.

II. Der Wiener Landtag fordert die Bundesregierung auf, sich für die Einführung einer ‚Volksinitiative zur Gesetzgebung‘ unter folgenden Voraussetzungen einzusetzen:

1 a) Einleitung einer Volksinitiative gemäß § 3 Volksbegehrensgesetz 1973 – Klammer: Anmerkung: Angelegenheit, die durch Bundes- - Klammer: - verfassungs- - -gesetz zu regeln ist -; Unterstützung von einem Promille der Wahlberechtigten. Abweichend zu § 3 leg cit muss die Volksinitiative einen konkreten Gesetzestext enthalten. Klarstellung, dass auch Angelegenheiten des Art 50 B-VG Gegenstand einer Volksinitiative sein können, zum Beispiel die Forderung, solche Verträge zu kündigen.

b) Prüfung der Zulässigkeit binnen längstens drei Wochen ab Einbringung durch das BMI.

c) Im Falle der Unzulässigkeit, Zurückweisung oder Abweisung des Antrages muss eine Beschwerdemöglichkeit an den VfGH geschaffen werden, wobei dieser binnen sechs Wochen zu entscheiden hat.

d) Im Falle der Zulässigkeit erfolgt die Anordnung des Eintragungsverfahrens; Sammlung von Unterstützungsunterschriften im Ausmaß von mindestens 4 Prozent der Wahlberechtigten erforderlich.

e) Eintragungsverfahren und Ermittlungsverfahren nach den Bestimmungen des Volksbegehrensgesetzes 1973.

f) Nach der Vorlage an den Nationalrat unverzügliche Zuweisung an den zuständigen Ausschuss des Nationalrates durch dessen Präsidenten.

g) Unverzügliche Beratung im Ausschuss und Bericht an den Nationalrat binnen einer Frist von längstens einem Monat.

h) Beschlussfassung in der auf den Ausschussbericht folgenden Plenarsitzung; Befassung des Bundesrates; Beurkundung durch den Bundespräsidenten, Gegenzeichnung durch den Bundeskanzler, Kundmachung des Gesetzes im BGBl.

i) Kommt kein Beschluss im Plenum zustande, ist die Volksinitiative unverzüglich einer Volksabstimmung zu unterziehen. Das Präsenzquorum liegt bei einfachen Bundesgesetzen bei einem Drittel der Wahlberechtigten, bei Bundesverfassungsgesetzen bei der Hälfte. Das Konsensquorum liegt bei einfachen Bundesgesetzen bei der Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen, bei Bundesverfassungsgesetzen bei zwei Dritteln.

j) Kommt die erforderliche Mehrheit zustande, ist das Gesetz vom Bundespräsidenten zu beglaubigen, vom Bundeskanzler gegenzuzeichnen und im BGBl kundzumachen.

k) Ein durch eine Volksinitiative zustande gekommenes Gesetz kann nur im Wege einer Volksabstimmung geändert werden. Eine solche muss nicht am Ende einer neuerlichen Volksinitiative stehen, sondern kann auch vom Nationalrat - wie bisher - beschlossen oder verlangt werden.

2. Einführung einer Veto-Volksabstimmung unter folgenden Voraussetzungen:

a) Die Art 43 und 44 B-VG sind dahin gehend zu ergänzen, dass eine Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss des Nationalrates nicht nur vom Nationalrat beschlossen - Klammer: bei einfachen Bundesgesetzen - oder von einem Drittel der Nationalratsabgeordneten - Klammer: bei Bundesverfassungsgesetzen -, sondern auch von 100 000 Wahlberechtigten verlangt werden kann.

b) Eine solche Veto-Volksabstimmung ist nach den Bestimmungen des Volksabstimmungsgesetzes 1972 durchzuführen.

c) Eine solche Veto-Volksabstimmung soll auch hinsichtlich der Genehmigung von Staatsverträgen gemäß Art 50 B-VG möglich sein.

3. Ausgestaltung der Volksbefragung als parlamentarisches Minderheiten- und Bürgerrecht unter folgenden Voraussetzungen:

Art 49b B-VG ist dahin gehend zu ergänzen, dass auch ein Drittel der Nationalratsabgeordneten oder 100 000 der Wahlberechtigten eine Volksbefragung verlangen können.

Gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wird beantragt, dass der Antrag mündlich begründet werden kann und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet."

Präsidentin Marianne **Klicka**: Für die nun folgende Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung dieses Antrages sieht die Geschäftsordnung gemäß § 38 Abs 3 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung des Verlangens erteile ich nun Herrn Abg Mag Gudenus das Wort. - Bitte schön. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS nimmt eine Tafel zum Rednerpult mit. - Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Schon wieder ein Tafel! Das ist ein Wahnsinn!)*

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich zuerst beim Schriftführer für die Verlesung unseren Dringlichen Antrages bedanken und möchte meine Rede zuerst nicht so beginnen, wie Sie es vielleicht erwartet hätten, nämlich mit einem Lob und auch mit dem Ausdruck meiner Freude, nicht unbedingt als Klubobmann der FPÖ, sondern mehr als Staatsbürger und Abgeordneter, weil wir alle mit dem Beschluss vorhin gezeigt haben, dass uns der hohe Wert der Demokratie und der Schutz der Gesetzgebung und der Schutz der Abgeordneten gemeinsam noch am Herzen liegen. Das ist gut so. *(Beifall bei FPÖ, ÖVP und*

von Abg Dr Wolfgang Aigner.)

Das war mein Lob in Bezug auf die Demokratie und die Handhabung der Demokratie im Land Wien.

Jetzt darf ich mit der eigentlichen Sache, mit unserem Anliegen fortfahren. Wir sind der Meinung, und das haben wir nicht nur heute, sondern schon auch gestern, aber auch die letzten Monate oft diskutiert, es gibt in Wien in vielen Bereichen ein eklatantes Demokratiedefizit. Dies äußert sich zum Beispiel nicht zuletzt bei der nun stattfindenden Initiierung der Volksbefragung, die von den Bürgern ausgeht. Wir wissen, dass für die Initiierung der Volksbefragung in Wien mehr als 57 000 Unterschriften notwendig sind. Für ein Volksbegehren in Wien sind auch mehr als 57 000 Unterschriften notwendig. Das ist doch eine relativ hohe Zahl. Ich sage, die Bürger und alle, die mithelfen, werden diese Anzahl für die Initiierung der Volksbefragung erreichen. Wir werden das erreichen. Aber es ist gemessen am Standard, was ein Volksbegehren betrifft, in Österreich oder verglichen mit anderen Ländern doch eine sehr hohe Hürde. Das ist zum Beispiel auch ein Ausdruck dafür, dass es demokratiepolitisch in Wien einiges zu verbessern gibt. Genau darauf zielt unser Dringlicher Antrag heute hin. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Beispielsweise bräuchte man in Österreich für die Initiierung eines Volksbegehrens etwas mehr als 8 000 Unterschriften, in Wien sind es mehr als 57 000 Unterschriften, also ein gewaltiger Unterschied. Ein Punkt in unserem Antrag ist auch die Senkung dieser 5-Prozent-Hürde, nämlich von 5 Prozent der Wahlberechtigten in Wien auf 1 Prozent, was zwar noch immer mehr ist als in Gesamtösterreich bei mehr als 8 000 Unterschriften, aber doch eine Senkung, die in Wien möglich wäre. Das wäre ein Punkt unseres Dringlichen Antrages.

Es ist auch wirklich nicht verständlich, wenn schon die Hürde so hoch ist, wenn es schon die Bürger betrifft, hier auch hinzugehen und zu unterschreiben, alles möglich zu machen, um, jetzt aktuell, diese Ausweitung des Parkpickerls zu Fall zu bringen, dass der Herr Bürgermeister dann sagt, er ist gegen diese Volksbefragung. Das ist nicht verständlich. Ich weiß nicht, warum sich der Bürgermeister, der sich seiner Sache sicher sein muss, weil sonst würde er diese Angelegenheiten nicht beschließen, durchziehen wollen und durchziehen, dann vorm Volk fürchtet. Ich verstehe das nicht. Da würde ich mir schon erwarten vom Herrn Bürgermeister oder Landeshauptmann erwarten, hier herauszugehen und zu erklären, warum er denn gegen eine Volksbefragung bei so wichtigen Angelegenheiten ist. Das ist nicht einleuchtend. Hier lässt sich eben auch ein Demokratiedefizit beim Landeshauptmann selbst erkennen.

Dasselbe lässt sich auch bei der Frau Vizebürgermeisterin erkennen, die gesagt hat, dass sie mit direktdemokratischen Mitteln nicht allzu viel anfangen kann, weil diese Formen des Plebiszits auch im Faschismus zu finden sind. Ich weiß nicht, wenn direktdemokratische Mittel, wie sie in Wien vorhanden

sind, aber leider zu wenig vorhanden sind, ihrer Meinung nach im Faschismus zu finden sind, wo befinden sich dann im Endeffekt andere Länder und Staaten wie zum Beispiel die Schweiz nach Meinung der Frau Vizebürgermeisterin? In Wien muss man im Endeffekt Meinungen über direkte Demokratie und Demokratie insgesamt diskutieren, die wir Freiheitliche auf keinen Fall und die Bürgerinnen und Bürger in Wien auch nicht gutheißen. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich kann mich erinnern, vor rund drei Jahren, gab es einen Resolutionsantrag der GRÜNEN, nämlich auf Abhaltung einer Volksbefragung. Da wurde eine Frage gestellt, ich zitiere: „Sind Sie dafür, dass die Tarife der Wiener Linien auf 1 EUR pro Tag, 10 EUR pro Monat und 100 EUR pro Jahr verbilligt werden? - Ja oder Nein?“ - Das war ein Beschlussantrag der GRÜNEN auf Abhaltung einer Volksbefragung. Jetzt hören wir, solche Fragen über Tarife sind nicht zulässig. Das hören wir genau von der Dame, die Vizebürgermeisterin ist und die für BürgerInnenbeteiligung zuständig ist. Sie sagt uns jetzt, diese Frage wäre nicht zulässig. Da frage ich mich schon, weil das ist schon systematisch für die GRÜNEN in vielen anderen Bereichen, wie man sich so schnell wandeln kann und das vergisst, was man vor kurzer Zeit noch selbst beantragt hat. Also, was glaubt die Frau Vizebürgermeisterin jetzt? Sind Fragen über Gebühren zulässig, oder sind sie es nicht? *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Das wäre unzulässig!)* Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, wie die GRÜNEN hier denken, einfach nur nach eigenem Gutdünken zu entscheiden, diese Frage lässt man zu und die andere Frage nicht, wie zum Beispiel bei der City-Maut vor etwas mehr als zwei Jahren. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Kollege Gudenus, das entscheiden nicht wir! Das entscheiden überhaupt nicht wir!)* - Das ist schon richtig, keine Frage. Ich bin auch froh, dass Sie das nicht entscheiden müssen, keine Frage. Da gibt es einen Verfassungsdienst. Gott sei Dank nicht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin auch froh, dass Sie das einsehen, dass es nicht gut wäre, wenn Sie das entscheiden müssten. Aber es ist doch wirklich tragisch, wenn es hier auf die sehr lockere Interpretationshoheit des Landeshauptmanns oder Bürgermeisters ankommt, um zu entscheiden, ob diese Frage jetzt eine ist, die Gebühren betreffend ist, dann ist sie nicht zulässig, oder ist sie es nicht, dann ist sie schon zulässig. Die City-Maut war doch ganz klar eine Frage über Gebühren. Weil was ist eine Maut denn sonst als eine Gebühr oder eine Zahlung, die man an die Gebietskörperschaft abgeben muss? Daran sieht man schon, dass hier die Willkür herrscht. Wir als Demokraten wollen keine Willkür und auch darauf zielt dieser Antrag ab, weil je mehr direkte Mitbestimmung der Bürger in einem Land, in einer Stadt, in einem Staatsgebiet zugelassen wird, desto weniger Willkür der Behörden ist möglich. Darauf zielt der Antrag ab und ich bitte um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es hat auch schon der erst kürzlich veröffentlichte Städtebarometer aus dem Jahr 2012 gezeigt. Der Herr

Bürgermeister hat auch diesen Städtebarometer als Städtebundpräsident vorstellen müssen. Es war ihm sichtlich peinlich, diesen vorstellen zu müssen, weil genau dieser Städtebarometer seiner eigener Stadt ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellt, nämlich im Vergleich zu allen anderen Städten in Österreich oder zu allen anderen Gebietskörperschaften. In ganz Österreich sind 61 Prozent der Bürger mit der Mitbestimmung zufrieden. Das Schlusslicht ist leider wieder einmal Wien. In Wien sind es gerade 45 Prozent. Das heißt eben, wie auch schon in der Aktuellen Stunde gesagt, 55 Prozent der Wienerinnen und Wiener haben erkannt, dass die Stadtregierung, die Politik in dieser Stadt, aber auch die verfassungsrechtlich verankerten Institute demokratiepolitisch unzureichend sind. Das ist auch etwas, was die Menschen merken. Deswegen ist der Städtebarometer auch so negativ für Wien ausgefallen. Die Menschen erkennen auch, sie können zwar einerseits mitzahlen, wenn es darum geht, hier die rot-grüne Misswirtschaft bezahlen zu dürfen und die Gebührensteigerungen erleiden zu dürfen, aber Mitbestimmung ist hier ein Fremdwort. Es ist wirklich ein Fremdwort.

Wie gesagt, die Hürde für eine Volksbefragung, 57 000 Unterschriften, ist zu hoch. Da wird einfach beinhart drübergefahren. Es wäre auch gestern die Möglichkeit gewesen, unserem Beschlussantrag Folge zu leisten. Man hätte sich die ganzen Unterschriften sparen können. Es ist zwar auch wichtig, dass die Menschen unterschreiben können und das Ziel werden wir weitaus höher als notwendig erreichen, aber allein gestern hätten Sie es möglich machen können, mit einer Zustimmung zu unserem Beschlussantrag diese Volksbefragung hier durch einen Beschluss möglich zu machen. Aber Sie wollen das ja nicht! Sie fürchten die Demokratie! Sie fürchten die Bürger! Sie sind nicht bereit, auf die Menschen einzugehen! Aber das merken die Menschen und sie wissen auch ganz genau, direkte Demokratie und Mitbestimmung sind bei der FPÖ zu Hause und sicherlich nicht bei der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf jetzt ganz kurz ein paar Punkte bringen, die in diesem Dringlichen Antrag verankert sind und zur Beschlussfassung gebracht werden.

Beispiel Wahlrecht: Wir haben heute Früh eine Einladung zu einem Arbeitskreis zum Thema Wahlrecht bekommen. Ich bin sehr froh darüber, dass es überhaupt ein Gespräch gibt, weil ich habe die letzten Monate schon gedacht, das Ganze wurde ad acta gelegt. Der letzte Arbeitskreis hat vor genau einem Jahr im Mai stattgefunden. Im Mai hat es geheißen, wir reden im September weiter. Gehört hat man nichts. Nichts hat man gehört!

Aber wie war das vor genau zwei Jahren? Da sind die Frau Vassilakou, von der ÖVP die Frau Marek und der Heinz-Christian Strache zusammengesessen und haben vor dem Notar mit einer beglaubigten Unterschrift unterschrieben, dass wir ein modernes und faires Wahlrecht für Wien wollen, wo 1 Prozentpunkt in einem Gremium, wo es 100 Mandatare gibt, auch 1 Mandat

bedeutet. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Aber der Strache ist jetzt nicht da!*) Etwas Einleuchtenderes gibt es wohl nicht. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Der Strache war keinen einzigen Tag da! Die Marek war auch nicht lange da!*) Es versteht auch kein Mensch in Wien, dass man in der Theorie und vielleicht sogar in der Praxis - es kommt auf die Wahlarithmetik an - mit 43 Prozent die absolute Mehrheit hier im Haus stellen könnte. Das ist nicht einleuchtend. Deswegen fordern wir dieses faire, moderne und gerechte Wahlrecht für Wien. Das ist ein Punkt in unserem Dringlichen Antrag. Sie wären gut beraten, auch hier die Zustimmung durch Wortmeldungen zu zeigen und dann bei der Zuweisung auch zu zeigen, dass Sie diesen Antrag annehmen. Wir brauchen dieses Wahlrecht! (Beifall bei der FPÖ.)

Da geht es gar nicht so sehr um die FPÖ. Da geht es einfach um Objektivität und Fairness, weil uns würde dieses neue Wahlrecht, so wie wir es wünschen, gar nicht unbedingt positiv betreffen oder beeinflussen. Das würde zum Beispiel den GRÜNEN helfen. Das würde der ÖVP helfen. Das würde etwaigen neuen Parteien helfen, die in Zukunft vielleicht hier ins Hohe Haus kommen. Uns würde es vielleicht sogar eher schaden. Aber da geht es nicht um parteipolitische Interessen. Da geht es einfach darum, mehr Demokratie, Transparenz und Objektivität, was die Stimmenverteilung betrifft, möglich zu machen. Ein Prozentpunkt, ein Mandat, das sollte hier im Haus möglich sein. Es ist höchst an der Zeit, endlich diesen Arbeitskreis durchzuführen, aber uns dann bitte nicht wieder auf das nächste halbe Jahr oder Jahr, vielleicht mit Bedingungen der GRÜNEN, zu verträsten. Es ist auch interessant, dass diejenigen, die unterschrieben haben, dann auch noch Bedingungen stellen. Das kann es wohl nicht sein! Setzen wir dieses neue Wahlrecht für Wien um! Es kann auch nicht sein, dass in diese Debatte vielleicht ein völlig undemokratisches Ausländerwahlrecht auch hineingemischt wird. Das lehnen wir ab, weil das Recht geht vom Volk aus und das Staatsvolk ist das Volk! (Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)

Ein weiterer Punkt in unserem Antrag ist eben der Ausbau der direktdemokratischen Instrumente. Ich habe schon die Senkung der 5-Prozent-Hürde auf 1 Prozent, was Volksbegehren und Volksbefragungen betrifft, erwähnt. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Oder auch ein Petitionsrecht hier in Wien, wie es im Nationalrat schon vorhanden ist, dass 500 Unterschriften ausreichen, damit sich ein von allen Fraktionen beschickter Petitionsausschuss durch die Bevölkerung einrichten kann und geplante Gesetzes- oder Verwaltungsaufgaben oder Vorhaben der Regierenden besprechen kann. Das wäre auch ein Punkt in unserem Antrag. Es ist dringend notwendig, auch diesen Punkt für mehr direkte Demokratie durchzusetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ. - Der Redner und die Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen halten Tafeln in die Höhe mit der Aufschrift: „Direkte Demokratie JETZT! Dem VOLK sein RECHT. FPÖ - DIE SOZIALISTISCHE HEIMATPARTEI.“)

Bei maßgeblichen Änderungen der Stadtverfassung

sollte auch die Zustimmung der Bevölkerung eingeholt werden. Es kann ja nicht sein, dass bei wirklichen Kernbereichen der Stadtverfassung die Zustimmung der Bevölkerung, das Wohlbefinden oder das Wohlwollen der Bevölkerung einfach ausgeklammert wird. Binden Sie die Menschen ein! Zeigen Sie, dass Sie auf die Menschen zugehen! Zeigen Sie auch, dass es Ihnen ernst ist, dass die Menschen mitbestimmen können! Ermöglichen Sie direkte Demokratie, heute, hier und jetzt! Es wird ihnen für die nächste Wahl wahrscheinlich sogar entgegenkommen. Die Menschen wenden sich immer mehr von der SPÖ ab. Wissen Sie, warum? Wir hören das jeden Tag bei den Ständen, bei den Stammtischen, weil die SPÖ einfach im Elfenbeinturm des Rathauses sitzt, sich abwendet, mit den Menschen nicht spricht und sie nicht einbindet. Deswegen wenden sich die Menschen von der SPÖ ab. Das ist der Grund. Also auch allein in Ihrem eigenen Interesse, sorgen Sie bitte für mehr direkte Demokratie hier in Wien! Das würde Ihnen gut anstehen, insgesamt, was die Fairness in Wien betrifft, aber vielleicht sogar der SPÖ in ihrem Sturzflug recht gut tun, weil wir kennen die Umfragen. Man muss sich schon fast Sorgen machen. Unter 40 Prozent, das hat die SPÖ in den vergangenen Jahrzehnten noch nie erlebt. Also, machen Sie es möglich, mehr direkte Demokratie für Wien! Stimmen Sie für unseren Antrag! Beraten Sie diesen Antrag in Ihren Gremien! Geben Sie sich einen Ruck, für mehr direkte Demokratie in Wien zu sein! - Danke sehr. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für die Begründung. Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrages hat sich Herr Abg Herzog zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. Ausgenommen von dieser Redezeitbegrenzung sind nur der Landeshauptmann und das sonst zuständige Mitglied der Landesregierung. - Herr Abgeordneter, bitte.

Abg Johann **Herzog** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute und auch gestern schon breite Gelegenheit gehabt, am Beispiel des Parkpickerls zu zeigen, in welchem Ausmaß hier direkte Demokratie nicht stattfindet. Es ist unverständlich, dass bei einem so lebensnahen Thema wie dem Parkpickerl seitens der SPÖ nicht doch der Versuch gemacht wird, eine entsprechende Abstimmung durchzusetzen, um dem Willen der Bevölkerung zum Durchbruch zu verhelfen. Völlig unverständlich ist das.

Allerdings habe ich noch einen Hoffnungsschimmer, einen ziemlich kleinen, wenn ich an die Zeit denke - es ist schon lange her -, wo wir über die EXPO abgestimmt haben. Damals hat die durchaus kleinere FPÖ sehr wohl auch zahlreiche Stimmen zusammengebracht. Bevor diese notwendige Zahl zusammengebracht gewesen ist, hat die SPÖ eingelenkt und eine Abstimmung angesetzt.

Wenn ich mir anhöre, wie die gestrige Debatte gelaufen ist, kann ich nur sagen, das ist eine gewesen, in der sich die SPÖ nuancenmäßig, aber doch deutlich von der Haltung der GRÜNEN langsam abgesetzt hat. Das heißt also, für mich ist es keine Frage, dass die SPÖ irgendwann, wahrscheinlich nach dem Stand des Einholens der Unterschriften, im Stande und bereit ist, einen Weg zu gehen, der die Mitbestimmung der Bevölkerung letzten Endes möglich macht, auch wenn es gegen ihren Willen geschieht.

Wir haben heute schon einiges in Sachen Parkpickerl besprochen. Es ist einfach eine unglaubliche Sache, dass hier nicht die Möglichkeit besteht, durch vernünftige Maßnahmen, durch vernünftige Festsetzungen dem Willen der Bevölkerung umfragemäßig, meinungsmäßig, befragungsmäßig zum Durchbruch zu verhelfen, indem einfach die massiven Hürden, die heute eingezogen sind und die Klubobmann Gudenus aufgezählt und genannt hat, nicht zum Einbruch gebracht werden.

Interessant ist, dass es zwar eine Bürgerstadträtin in der Person der Frau VBgmin Vassilakou gibt, aber dass sie gar nicht daran denkt, Mitbestimmung in dieser Stadt möglich zu machen und zu ermöglichen. Ganz im Gegenteil, sie macht, wo sie kann, wo sie wirksam ist, wo sie selbst zuständig ist, alles, um genau das zu verhindern. Das muss man klar feststellen, Beispiel eben Parkpickerl - wir werden darauf noch eingehen -, Beispiel auch Mariahilfer Straße, wo eine unglaubliche Situation als solche stattgehabt hat.

Wir haben schon gesagt, dieser Versuch, dass das alles nur Mehrheitsmacht ist, indem also die Mehrheit im Gemeinderat bestimmen kann, wann eine solche Volksabstimmung, Volksbefragung stattfindet, ist etwas, das auf Dauer nicht geht.

Es müssen die Hürden gesenkt werden. Es muss auch ein Recht einer qualifizierten Minderheit sein, entsprechende Dinge durchzusetzen, um Demokratie in dieser Stadt möglich zu machen.

Ich möchte sagen, dass es für mich eine Grundfrage, Existenzfrage der Demokratie werden wird, dass diese Dinge durchgesetzt werden. Ich sehe die Wolken am Himmel der Demokratie aufziehen, in dem Sinne, dass das System als solches in steigendem Ausmaß von den Bevölkerungen, nicht nur Österreichs, sondern auch Deutschlands und anderswo, in Frage gestellt wird. Es ist unübersehbar, dass die Zustimmung zum System der Demokratie und demokratischen Mitbestimmung einbricht. Wenn wir in Wien zum Beispiel 45 Prozent Zufriedenheit und 55 Prozent Unzufriedenheit mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten in einer relativ beruhigten Situation haben, kann man sich vorstellen, wie es woanders aussieht. Und so schaut es woanders auch aus, wenn man zum Beispiel Deutschland sieht und zur Kenntnis nimmt, dass die Piraten dort ein Problem sind. Für uns in Österreich sicherlich weniger, aber ich meine nur, die Piraten sind nicht als Partei wichtig, sie sind mehr als Synonym wichtig. Sie sind einfach ein Zeichen dafür, dass die Menschen das System, wie jetzt Demokratie in Deutschland und, mit Verlaub, auch in Österreich praktiziert wird, satt haben. Die Leute sind

nicht mehr bereit, das mitzutragen. Wenn nicht rasch Abänderung erfolgt, indem die Abgehobenheit der Herrschenden beendet wird, dann wird mit Sicherheit eine andere Veränderung eintreten, die durchaus andere Bezüge, andere Maßnahmen und andere Gegebenheiten haben wird, mit denen wir alle miteinander nicht einverstanden sein werden. Ich glaube, wir müssen hier eben unserem, sehr wohl der persönlichen Freiheit entsprechenden, politischen System insofern beispringen, indem wir klar sagen, dass durch direkte Demokratie eine entsprechende Ergänzung möglich und notwendig ist.

Wenn ich mir anschau, was dem Bürgermeister gestern in Sachen Schweiz herausgerutscht ist, dann ist das eigentlich sehr erstaunlich. Er sagte am Anfang seiner Worte: „Jeder weiß, wie sehr und wie positiv ich den Instrumentarien der direkten Demokratie gegenüberstehe. Sie sind für mich eine ganz wichtige und wertvolle Ergänzung für das politische System, das es gibt, nämlich die parlamentarische Demokratie. Daher kann man dem auch nur ganz positiv gegenüberstehen.“ Dann sagte er in der Folge, Vergleich mit der Schweiz, er wies auf politwissenschaftliche Literatur hin, die hier verschiedene Meinungen hat, und wenn man sich mit dem politischen System der Schweiz auseinandersetzt, dass sie bekanntlich die plebiszitären Elemente in einer Form vorsieht, „die mit Sicherheit gerade noch vereinbar mit einem parlamentarischen System und einer parlamentarischen Demokratie sind. Ich sage gerade noch“ - weil ich einen Zwischenruf gemacht habe - „mit dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie.“ Es ist eigentlich ungeheuerlich, dass der Bürgermeister einer Stadt und eines Landes, in dem wir leben, das durch viele Jahrzehnte undemokratische Zustände, autoritäre Zustände im 20. Jahrhundert erlebt hat, das durch viele Jahrhunderte durch die Monarchien geprägt wurde, wo sicherlich Mitbestimmung der Bürger nicht ganz groß geschrieben wurde, sich herausnimmt, genau jenen Staat Europas mit dieser Feststellung zu kritisieren, der ein demokratisches Grundprinzip seit Jahrhunderten betreibt und die Mitbestimmung des Volkes zur Basis seiner Entscheidungen macht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht, dass ich oder wir jetzt der Meinung sind, das Schweizer System wäre übertragbar. Natürlich nicht. Das Schweizer System ist durch viele Jahrzehnte und Jahrhunderte gewachsen. Aber wir werden Ergänzungen hereinführen müssen, indem unser rein parlamentarisches System mit dem Abwürgen sämtlicher Bevölkerungsiniciativen ein Ende findet und die Bereitschaft aller besteht, nicht nur der Freiheitlichen und nicht nur vielleicht auch der Volkspartei, entsprechende Maßnahmen zu setzen und auch Grün und Rot bereit sind, dem Willen des Volkes in Form von Abstimmungen entsprechend nachzukommen.

Wir haben doch, was direkte Demokratie betrifft, eine sehr eigenartige Situation. Es lässt zwar der Bürgermeister in Wien über zehn Fragen abstimmen, die an und für sich - ich habe es heute schon gesagt - im Rathaus, also hier, sofort und jederzeit überwältigende Mehrheiten bekommen hätten, sowohl für die

Zustimmung zu neun Punkten als auch für die Ablehnung eines Punktes. Aber dessen ungeachtet wurde abgestimmt. Es wurde auch die Bevölkerung in dem Sinn eingebunden, wo auch klar war, wie die Mehrheiten in etwa liegen werden. Auch wenn es da und dort bei dem einen oder anderen Prozentpunkt eine Überraschung gegeben hat. Aber diese zehn Punkte sind eben Dinge gewesen. Ich frage: Das wird gefragt? Auch gut, man kann es überfragen. Aber wenn eh fast Einstimmigkeit zum Problem besteht, brauche ich nicht den Aufwand einer Volksbefragung zu machen. Das ist völlig unnötig.

Aber der Vertrag von Lissabon wurde zum Beispiel nicht einer Bevölkerungsbefragung, einer Abstimmung, unterzogen. Das ist ungeheuerlich! Bei den wichtigen Sachen wird das Volk für blöd gehalten! Da darf es nicht mitbestimmen! Da wird es ausgeschlossen! Da wird dafür gesorgt, dass die Leute, die das bestimmen, die Herrschenden eben, unter sich bleiben und nicht imstande sind, das Volk zu hören und hören zu wollen! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Faymann hat noch dazu versprochen, dass bei allen wichtigen Abstimmungen, EU betreffend, Volksabstimmungen stattfinden werden. Das hört man. Es wurde sogar in der „Kronen Zeitung“ veröffentlicht, aber geschehen ist nichts. Interessant ist, dass man vielleicht über die Kampf Hunde in Wien Abstimmungen macht und vielleicht auch in anderen Teilen Österreichs so etwas Ähnliches geplant ist, aber die Tatsache, dass zig Milliarden Euro in die Rettung Griechenlands verpulvert werden, dass Rettungsschirme aufgebaut werden und dass ein ESM entsteht, ein Rettungsschirm, der jeglichen demokratischen Gepflogenheiten Hohn spricht, der eine neue totalitäre Zugriffsmöglichkeit auf Bürger und die Staaten Europas beinhaltet, indem ein Beirat eingesetzt wird, der niemandem verantwortlich ist, der über Parlamente und Regierungen der Mitgliedsstaaten urteilen und bestimmen kann und der in keiner Weise belangt werden kann, der rechtlich exempt ist, wird ohne Widerstand von den Sozialdemokraten, auch von der ÖVP und natürlich auch von den Grünen, die ein bisschen darüber reden, aber nicht dagegen sind, abgestimmt und dem wird zugestimmt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit! Wir nähern uns einem - wie soll ich es nennen? - finanzpolitischen Komplex, einem finanziellen und einem industriellen Komplex, wo die Mächtigen dieser Welt versuchen, die Bestimmungen in Europa an sich zu reißen und dafür Sorge zu tragen, dass weder Staat noch Parlamente, und schon gar nicht die Bürger, auch nur irgendetwas zu reden haben.

Wenn wir auf Österreich zurückkommen, halte ich diese Geschichte mit den Rettungsschirmen wirklich für eine Ungeheuerlichkeit, dass also Milliarden verschleudert werden. Bisher sind, ich weiß nicht, wie viel, ich glaube, alles in allem 500 Milliarden EUR nach Griechenland geflossen, ohne dass auch nur die geringste Erleichterung der Situation eingetreten ist. Nichts ist passiert! Gar nichts ist geschehen! Das Geld rinnt in ein Fass ohne Boden! Unsere Steuerzahler zahlen mit, einstweilen noch mit einem Bruchteil, aber

wenn einmal die Haftungen schlagend werden, dann schaue ich mir an, mit welcher Begründung uns die Regierenden erklären, dass das eine weise und kluge Entscheidung war. Da verarmen die jetzt noch gut gehenden Staaten Österreich und Deutschland ohne jeden Zweifel, wenn von einem Tag auf den anderen das halbe Jahresbudget in Österreich und, ich weiß nicht, ich glaube, 250 Milliarden EUR oder 300 Milliarden EUR in Deutschland fällig werden. Diese Dinge werden nicht beachtet, werden nicht zur Kenntnis gebracht. Das Ärgste ist, dass die Probleme rund um Rettungsschirm, ESM und Ähnliches mehr auch vor der Bevölkerung abgeschirmt werden. Kein Mensch in der österreichischen Öffentlichkeit wird über diese ungeheuerlichen Angriffe auf Grundsätze der Demokratie informiert. Es wird auch in den Zeitungen kaum darüber berichtet. Da geschieht nichts! Das hört man nicht! Das liest man nur, wenn man irgendwelche bundesdeutschen Qualitätsblätter liest, die „Frankfurter“ oder die „Welt“ oder die „Süddeutsche“ und ähnliche. In unseren Zeitungen wird das angedeutet und von der herrschenden Politik verschwiegen. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Dazu kommt noch, was die österreichische Situation betrifft, dass sowohl die SPÖ als auch die ÖVP drauf und dran sind, Hürden neu zu errichten. In etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten sollen nötig sein, um hier eine Volksbefragung durchzusetzen. 700 000, bei der ÖVP ein bisschen darunter, 680 000, oder in der Gegend, sollen notwendig sein, so etwas zu erreichen. Das heißt auf gut Deutsch, diese Gesetzgebung ist bei allem Tamtam, das der Herr Staatssekretär Kurz macht, im Grunde genommen ein Mitbestimmungsverhinderungsprogramm und sonst gar nichts! Wir werden hier natürlich dagegen vorgehen müssen und der Bevölkerung sagen, dass sie hier von der Mitbestimmung unter dem Titel Mitbestimmung von SPÖ, ÖVP und GRÜNEN wiederum ausgeschlossen werden. Das ist überhaupt keine Frage. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf noch feststellen, dass auch sonst zum Beispiel im Jänner 2012 der Bürgermeister nach Befragung der eigenen Mitglieder die Wiener Positionen für ein Zusammenleben formuliert und aushängen hat lassen. Sie decken sich mit unserer Meinung fast zu 100 Prozent, würde ich meinen. Wir können sie daher voll übernehmen. Das heißt, besser gesagt, er hat sie von uns übernommen. Er hat bemerken müssen, dass die sozialdemokratischen Mitglieder offensichtlich klar unserer Meinung sind.

Aber die SPÖ nimmt diese eigenen Positionen, von Plakaten abgesehen, nicht weiter ernst. Im 15. Bezirk wurden zum Beispiel diese Wiener Positionen von Rot-Grün abgelehnt und als populistisch abgetan. Eine Botschaft an den Bürgermeister, die ihn sicher sehr gefreut haben wird.

Die GRÜNEN sind selbstverständlich verbal immer auf Bürgermitbestimmung aus, in der Praxis aber in keiner Weise. In der Gardegasse hat BV Blimlinger eine Bürgerbeteiligungsbefragung verhindert und den eigenen

Willen nach einer Fußgängerzone durchgesetzt. Wir haben heute schon gesagt, wie eigenartig die Situation der Frau Vizebürgermeisterin in Sachen Parkpickerl ist.

Aber ich möchte noch auf die eigenartige Situation rund um die Mariahilfer Straße eingehen. Hier hat der Versuch stattgefunden, mangels sonstiger konkreter Ergebnisse, dass die GRÜNEN einen Erfolg haben, indem sie eine gut funktionierende Straße, wie die Mariahilfer Straße, zerstören, zerstückeln und zuerst zu einer Fußgängerzone, dann zu einer Teilfußgängerzone machen wollten, weil sie auch erkennen mussten, dass die Zufahrtsmöglichkeiten und die Querungsmöglichkeiten viel zu stark sind, um dann überzugehen zum Thema Shared Space, von dem ich überhaupt nicht weiß, was das ist. Das ist halt ein englisches Floskelwort, das alles und nichts bedeutet, wo man alles hineinmengen kann und wo nichts drinnen ist. Das wird jetzt als Neuestes propagiert, wenn wir nicht im Juni ein neues Projekt, schön Englisch behübscht, bekommen, indem in irgendeiner Form diese Dinge neu formuliert werden. Das Wesentlichste, die Mitbestimmung der Bevölkerung des 6. und 7. Bezirks, ist kein Thema. Nicht für Frau Vassilakou, nicht für Sozialdemokraten, völlig unverständlich. Die beiden Bezirke werden die Ergebnisse einer allfälligen Umänderung der Verkehrssituation der Mariahilfer Straße voll zu tragen haben und werden nicht befragt! Es wird eine Befragung verhindert! Wir werden mit Sicherheit an die Bürger herantreten, um zur geeigneten Zeit zu erreichen, dass sehr wohl eine Bürgerbefragung in den Bezirken 6 und 7 stattfinden muss! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Interessant ist auch, dass sich die GRÜNEN sehr bemühen, diese ganze Geschichte ein bisschen zu verdecken und zu verhüllen, indem sie den Mangel an Bereitschaft zu Abstimmungen, zu Volksbefragungen, den Mangel an Zustimmung zur Mitbestimmung der Bevölkerung mit englischen Wörtchen ummanteln und de facto mitteilen, dass sie im Grunde genommen nur vorhaben, eine Information der Bevölkerung über das durchzuführen, was der hohe Wille der Frau Vassilakou bedeutet und sie vorhat, inklusive natürlich der Wiener Sozialdemokraten, die da wie der Hund mit dem Schweif mitwacheln. Das ist eine ganz eigenartige Situation. Ich möchte also sagen, dass das eine völlig verfehlte Situation ist, wie hier die GRÜNEN agieren. Die Bevölkerung wird informiert, aber sie darf nicht mitbestimmen. Sie hat nichts zu reden. Sie wird mit Floskeln abgespeist. Mein Gott, das ist bestenfalls eine Art aufgeklärter Absolutismus, aber nicht mehr. Ich glaube, so wird man das feststellen können.

Jetzt möchte ich noch abschließend sagen, man kann nur den Appell richten, dass wir uns hier bemühen, eine verstärkte Wiederbelebung der Demokratie zu erreichen, durch das Möglichmachen der Bürgermitbestimmung, durch die Ermöglichung, durch Senken der Grenzen, dass wir endlich erreichen, dass Dinge nicht passieren, wie sie immer wieder vorkommen. Wenn ich mir Sarrazin anschau, ist er für mich ein Paradebeispiel, sowohl mit seinem ersten Buch,

„Deutschland schafft sich ab“, als auch mit dem jetzigen. Ich kann nur sagen, es hat sich nirgendwo in einem solchen Ausmaß gezeigt, wie hier die Meinungen und der Wille der politischen Führung und des Volkes auseinanderklaffen. Es hat sich in Deutschland, und in Österreich war es nicht viel anders, damals niemand, bis auf zwei Altbürgermeister in Hamburg, bereitgefunden, Sarrazin zu verteidigen und die Bevölkerung hat zu 80 Prozent seine Meinung vertreten. Jetzt haben wir eine ähnliche Situation rund um das neue Buch um den Euro. Wiederum agiert hier die Politik so, wenn man den ehemaligen Herrn Finanzminister Steinbrück gehört hat, der sonst ein sehr kluger Mann ist und für Deutschland durchaus teilweise gute Politik gemacht hat, aber auf einmal einen Stil an den Tag gelegt hat, wo man sich nur wundern kann. Die Gegenmeinung wird wieder einmal niedergemacht. Die herrschende Klasse will davon nichts hören. Natürlich, wie immer, sind 70 oder 80 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass sie nicht mehr bereit sind, hunderte Milliarden in Löcher zu versenken, die nichts bringen. Das wollen nur die Herrschenden, sonst niemand.

Wenn wir Demokratie ernst meinen, wenn wir uns endlich wieder bereitfinden wollen, 55 Prozent der Wiener Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Demokratie gelebt werden muss und dass das nicht ohne Mitbestimmung der Bevölkerung geht, kann ich Sie nur auffordern, geben Sie Platz, machen Sie Raum für Mitbestimmung der Bevölkerung und verhindern Sie diese nicht ständig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Ulm. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Hätte es noch eines einzigen Beweises bedurft, wie schlecht es um die direkte Demokratie in Wien bestellt ist, dann wäre heute der Beweis dafür erbracht worden, nämlich in der Fragestunde durch das Verhalten der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. *(Beifall bei der ÖVP und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Zum einen hat sie erklärt, die Frage eines Abgeordneten in der Fragestunde des Landtages sei nicht zulässig. Zum Zweiten hat sie auch gleich taxfrei erklärt, die Fragestellung für ein Volksbegehren sei nicht zulässig. Es ist jetzt auf einmal alles nicht zulässig, wenn es nach den GRÜNEN geht. Das ist nicht erklärbar. Das ist nicht argumentierbar. Hier verschanzt man sich nur hinter einer falschen Argumentation. Es steht der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin nicht an, zu entscheiden, ob eine Frage eines Abgeordneten in der Fragestunde zulässig ist oder nicht. Das ist die Entscheidung des Landtagspräsidenten. Sie ist noch darüber hinaus gegangen und hat auch gleich erklärt: „Und ich sage es Ihnen gleich, Herr Abgeordneter, im Gemeinderat sage ich es Ihnen auch nicht, denn ich bin auch der Meinung, dass diese, eine solche Fragestellung im Gemeinderat nicht zulässig ist.“ - Auch das fällt nicht in die Kompetenz von Frau Mag Vassilakou. Das würde in die Kompetenz des Ersten Vorsitzenden des

Gemeinderates fallen.

Es ist also geradezu ungeheuerlich, wie hier vorgegangen wird. Verständlich ist es nicht, nachvollziehbar vielleicht, weil die Frage nicht wirklich leicht zu beantworten gewesen wäre. Die zugrunde liegende Frage bestand darin, worin denn der Unterschied besteht bei den Fragen nach der Ausweitung der Kurzparkzonen und bei der Frage nach einer City-Maut. Aber das ist ganz typisch. Das ist die Entwicklung, die die GRÜNEN genommen haben. In Wahrheit haben wir mit dem Drüberfahren in dieser Stadt einige Erfahrung durch die SPÖ, die hier jahrzehntelang regiert. Aber, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, beim Drüberfahren überholen Sie mittlerweile noch die SPÖ! *(Beifall bei der ÖVP sowie von Abg Dr Wolfgang Aigner und Abg Uta Meyer.)*

Denn, wo im Augenblick drübergefahren wird, das haben wir schon lange nicht mehr gehabt: Gebühren, autofreie Mariahilfer Straße, Verbauung der Steinhof-Gründe, Parkpickerl, was auch immer. Die GRÜNEN wissen, was gut ist, leider nur für sie selbst. Sie erklären auch, zu wissen, was für die Bürger in dieser Stadt gut ist. Die GRÜNEN sind seinerzeit einmal angetreten mit dem Anspruch, etwas weiterzubringen und Vorreiter bei Umwelt, Demokratie und Bürgerbeteiligung zu sein. Die Umweltpolitik reduziert sich mittlerweile auf das Schikanieren der Autofahrer. Wie es mit der Demokratie bestellt ist, sieht man, wenn man auf den Notariatsakt vom 4. Mai 2010 schaut, wo sich die Frau Kollegin Vassilakou verpflichtet hat, für ein gerechtes Wahlrecht unmittelbar nach der Wahl mit den beiden anderen Oppositionsparteien zu sorgen. Keine Rede ist mehr davon. Zum Thema Bürgerbeteiligung höre ich von den GRÜNEN mittlerweile nur noch, dass sich sehr viele Themen dafür einfach nicht eignen.

Nicht eignen soll sich natürlich auch die Frage, ob es eine Volksbefragung geben soll, wenn es zur Ausweitung von Kurzparkzonen kommt. Auch hier erklärt man zwar vordergründig, dass das gar nicht die Entscheidung der Vizebürgermeisterin sei und dass man das jetzt noch gar nicht zu entscheiden habe, dass die Entscheidung eine bloß juristische Entscheidung sei, die dann von Beamten getroffen werden müsste, wenn der Antrag mit den 57 000 Unterschriften eingereicht wird. Das ist doch scheinheilig! Wer soll denn das glauben? Das Gegenteil macht die Frau Kollegin, wenn sie jetzt schon in den Zeitungen erklärt, diese Fragestellung ist unzulässig und das auch heute Vormittag wieder erklärt hat. Nur, die Behauptung alleine macht das Argument nicht richtiger. Wir stehen auf der Grundlage der Gesetze und auf Grundlage der Stadtverfassung. Dort steht drinnen, dass über Steuern und Gebühren nicht befragt werden kann.

Dagegen haben wir auch überhaupt nichts. Aber wie interpretiert man jetzt Befragung über Steuern und Abgaben richtig? Was bedeutet das? Ich darf sicherlich nicht die Höhe einer Abgabe in Frage stellen, vielleicht auch nicht die Einführung oder die Abschaffung einer Abgabe. Aber - und jetzt weiß ich, warum die Frau Vizebürgermeisterin die Antwort auf die Frage schuldig geblieben ist - was soll denn die Frage nach der

Einführung einer City-Maut sonst sein, als die Frage nach der Einführung einer Abgabe? Das bleibt im Raum stehen. Das können Sie nicht wegdiskutieren. Da können Sie sich noch so sehr hinter nicht vorhandenen Paragraphen verstecken. Das glaubt Ihnen in dieser Stadt kein Mensch! *(Beifall bei der ÖVP sowie von Abg Dr Wolfgang Aigner, Abg Armin Blind und Abg Mag Dr Alfred Wansch.)*

Sie fürchten sich vor den Bürgern. Wenn Regierungen beginnen, sich vor dem Votum der Bürger zu fürchten, dann hat das meistens ein schlechtes Ende mit diesen Regierungen genommen, egal, ob in der Kommunalpolitik, der Landespolitik, im Inland oder im Ausland. Halten Sie die Bürger nicht für zu dumm! Halten Sie die Bürger nicht für zu verantwortungslos oder für sonst irgendetwas, damit Sie nicht entscheiden können, ob Kurzparkzonen ausgeweitet werden oder nicht! Dazu sind die Bürger sehr wohl in der Lage und zur Beurteilung ganz anderer Fragen selbstverständlich auch.

Die Meinung der Bevölkerung ist Ihnen nur im Weg, im Weg zur Verwirklichung Ihrer Politik, die Sie sich vorstellen. Das ist die Verdammung der Autofahrer. Das ist, das Autofahren so teuer wie möglich in dieser Stadt zu machen. Was Sie sich wünschen, ist letztendlich nämlich, dass die Wiener Autofahrer jedes Jahr 2 544 EUR pauschale Parkgebühr entrichten. Entlarvenderweise ist das erst vorgestern in der „Kronen Zeitung“ durch den Herrn Bubak erläutert worden. Es ist nachvollziehbar. Man muss sich Ihre politischen Forderungen nur genau anschauen. Man fragt sich wirklich: Warum differenzieren Sie nicht bei den Parkgebühren? Warum sagen Sie nicht, dort, wo die Parkplatznot größer ist, ist das Parken teurer, dort, wo es nicht so schlimm mit den Parkplätzen ist, müssten die Kurzparkzonen billiger sein? Nein, es geht Ihnen nicht um den Lenkungseffekt! Es ist Ihnen völlig egal! Es geht Ihnen nur ums Abkassieren! Es geht Ihnen nur darum, den Autofahrern das Autofahren zu vermiesen und möglichst viel Geld in Ihre Kassen zu bringen, um Ihre Gefolgsleute bedienen zu können! *(Abg Dipl.-Ing Martin Margulies: Das ist doch ein Unsinn!)* Mittwoch, 23. Mai, Herr Bubak sagt: „Ja, stimmt schon, es wird schon sehr kompliziert mit den Kurzparkzonen. Die Übersichtlichkeit ist schwer gegeben. Aber man kann dem Problem sehr leicht Abhilfe schaffen. Man braucht nur 2 544 EUR zahlen und alles ist gut.“ - Jetzt wissen wir endlich, was Sie wirklich wollen und wie Sie die Wiener Autofahrer aussackeln möchten! *(Beifall bei der ÖVP und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)*

Für den Dringlichen Antrag der FPÖ habe ich, wenig überraschend, viel Sympathie. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das überrascht uns wirklich nicht!)* Was darin angeführt wird, wird zum überwiegenden Teil von mir unterstützt. Natürlich ist die Unterstützungshürde mit 57 000 Stimmen für die Einleitung einer Volksbefragung viel zu hoch. So viele Stimmen müssen Bürger ohne Parteiapparat erst einmal sammeln. Ich sage Ihnen ehrlich, wir als Parteiapparat tun uns schwer genug damit. Es ist nicht leicht. Es ist sehr zäh, auf der Straße

zu stehen. (*Abg Heinz Hufnagl: Vielleicht ist die ÖVP zu lange als Raubritter auf der Straße gestanden!*) Aber wir stehen mit sehr vielen Aktivisten und wir werden das schon schaffen. Aber 5 Prozent der Wahlbevölkerung für eine Volksbefragung! Stellen Sie sich das einmal umgerechnet auf das Ergebnis einer Gemeinderatswahl vor, 5 Prozent der Wahlberechtigten! Jetzt haben wir eine Wahlberechtigung von vielleicht 60 oder 70 Prozent. Das heißt, da müssen Bürger dahinterstehen, die in der Größenordnung in etwa für acht bis zehn Mandate sorgen! Das muss man sich einmal vorstellen! Eine Fraktion in der Größenordnung von acht bis zehn Mandaten müssen Bürger zusammenbringen, damit es zu einer Volksbefragung kommt! Und dann gibt es eine Volksbefragung, die noch nicht einmal verbindlich ist, so, wie Sie sich das vorgestellt haben.

Es ist natürlich auch völlig richtig, dass bei den Volksabstimmungen ein Beteiligungsquorum von 50 Prozent viel zu hoch ist, dass das alles Demokratieerhöhungskonzepte sind, dass man für Volksbegehren die Unterstützungserklärungen nur auf dem Magistrat abgeben kann und so weiter.

Skeptisch, sage ich auch gleich dazu, bin ich bei der Direktwahl des Bürgermeisters. Ich glaube, dass das auch Konsequenzen nach sich ziehen kann, die nicht so erfreulich sind. Wenn ein Bürgermeister sich auf keine Mehrheit in einem Gemeinderat stützen kann, dann ist das doch eine Situation, die wir nicht kennen. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Wie beim Bezirksvorsteher!*) - Auch bei den Bezirksvorstehern ist es diskussionswürdig. Ich glaube nicht, dass man jetzt so einfach und schnell eine Antwort finden kann. Auch wenn dann die Abwahl eines Bürgermeisters im Gemeinderat nicht möglich ist, habe ich meine Bedenken.

Der Dringliche Antrag der Freiheitlichen ist nicht schlecht, aber der Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP ist besser! Ich empfehle Ihnen, diesem zuzustimmen. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Wir haben darin auch vorgesehen, dass die Bürger ein Petitionsrecht erhalten. Es soll zu einer zwingenden parlamentarischen Behandlung kommen, wenn die Bürger ein Anliegen haben. Dazu bedarf es der Einrichtung eines Bürgerbeteiligungs- oder eines Petitionsausschusses:

Wiener Bürger sollen ihre Wiener Politiker auch befragen können. Das soll bereits möglich sein, wenn es 1 000 Unterstützungserklärungen für eine solche Frage gibt.

Selbstverständlich soll es auch verbindlich sein, wenn das Volk gefragt wird und eine Meinung abgibt. Beteiligen sich 25 Prozent der Wahlberechtigung an einer Volksbefragung, soll das Ergebnis auch bindend sein.

Die Bürger sollen aber auch wissen, wer ihre Stadträte sind. Sie sollen sie kennen lernen. Die Stadträte sollen sich vorher ein Programm überlegen und sollen dieses dem Gemeinderat oder dem Landtag im Rahmen eines Regierungs-Hearings präsentieren.

Wir wollen die Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes. Wir wollen ein Wahlrecht für

Zweitwohnsitzer. Wir wollen die Reform des Briefwahlrechtes.

Wir wollen eine gläserne Stadtverwaltung, weil die Bürger auch wissen wollen, was mit ihrem Geld passiert. Die Bürger haben auch ein Recht darauf, zu wissen, wie die Parteien finanziert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben die Chance, mehr Demokratie in diesem Land, in dieser Stadt einzuführen, indem Sie unserem Beschluss- und Resolutionsantrag zustimmen! Nutzen Sie die Gelegenheit dazu! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau Abg Dr Kickert. - Ich erteile ihr das Wort.

Abg Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Besucher und Besucherinnen!

Meine drei Vorredner haben Angst um die Demokratie. Sie orten ein eklatantes Demokratiedefizit. Sie stellen die Existenz der Demokratie in Frage. Sie sehen die Krise des politischen Systems und in der direkten Demokratie eine Möglichkeit. Ich gebe Ihnen recht, es ist eine Möglichkeit. Ein wesentlich wichtigerer Anteil an der Krise des politischen Systems hat aber die Art und Weise, wie Vertreter und Vertreterinnen dieser beiden Parteien in der repräsentativen Demokratie das Ansehen der Demokratie seit Jahr und Tag mindern. (*Abg Johann Herzog: Das haben Sie gestern in der Debatte bewiesen!*) In der Debatte haben Sie es bewiesen! (*Abg Johann Herzog: Da war es genau so, wie man es sich vorstellt!*) Sie bleiben uns in der Debatte nichts schuldig!

Ich meine aber nicht die Debatte. Ich meine die Art und Weise, wie sich Ihre Parteien finanzieren, wie sich Ihre Parteifreunde finanzieren. Ich meine damit, wie es auch auf Bundesebene jahrzehntelangen Stillstand gibt und auch unter Ihrer Regierung gegeben hat.

Also, ich glaube, dass es tatsächlich notwendig ist, über eine Demokratiereform nachzudenken, zu diskutieren und zu reden. Aber dazu gehört eine wesentliche Reform unseres parlamentarischen Systems, auch das Ernstnehmen dieses Systems und das Ernstnehmen der eigenen Verantwortung durch Sie alle persönlich.

Sie fordern eine Reform des Wahlrechts (*Abg Johann Herzog: Sie auch!*) und haben heute schon mehrmals auf diesen Notariatsakt verwiesen. Wie Sie wissen, sind wir in Verhandlungen, in Gesprächen (*Abg Armin Blind: Mit wem?*), sowohl mit unserem Koalitionspartner als auch mit Ihnen. Es steht auch im Regierungsübereinkommen, dass es zu einer Reform des Wahlrechts kommen wird. Nun mögen Sie diesem im Koalitionsabkommen festgehaltenen Ziel genauso wenig Glauben schenken, wie wir Ihren Schalmeientönen und Ihrer Intention zur Rettung der Demokratie Glauben schenken können. Das bleibt Ihnen genauso unbelassen wie uns.

Das Zweite, was Sie fordern, ist eine Einführung des Petitionsrechtes. Wie Sie wissen, ist das auch in Vorbereitung. Wie Sie wissen, werden Sie auch mitdiskutieren dürfen. Das ist tatsächlich in Vorbereitung.

Wir haben, ich glaube, vor zwei Monaten, darauf hingewiesen. Ich glaube sogar, das war in einer Aktuellen Stunde, bin mir jetzt aber nicht mehr sicher. *(Abg Johann Herzog: Das ist ja ungemein transparent!)* - Ungemein transparent. *(Abg Johann Herzog: So stellt man sich eine Diskussion vor!)* Sie fragen aber auch nie nach! *(Abg Johann Herzog: In Wahrheit hat es eine Sitzung gegeben!)*

Zum Demokratieverständnis der ÖVP möchte ich noch einen kleinen Hinweis geben, nämlich vor allem zu dem Teil, der mir besonders wichtig ist, dem Ernstnehmen auch der repräsentativen Demokratie. Der Vorwurf an die Stadtregierung betreffend Demokratie ist, dass sie zum Beispiel bei der Einführung der Parkraumbewirtschaftung auf die Beschlüsse der Bezirksvertretungen gesetzt hätte. Das ist wirklich eine Frechheit sondergleichen! Die Stadtregierung verlässt sich und setzt auf demokratische Entscheidungen der Bezirksvertretungen! Wo kommen wir denn da hin? Aber stattdessen hat sich der hochgelobte Bezirksvorsteher von Hernals nicht vielleicht einer Volksbefragung unterzogen. *(Abg Godwin Schuster: Währing!)* Währing, Entschuldigung! Er hat sich nicht vielleicht auf einen Beschluss seines eigenen Bezirksparlaments verlassen oder es sich zu Rate gezogen, um die Befragung durchzuführen. Nein, er hat es, wohlgemerkt, kraft seines eigenen Amtes durchgesetzt. Das darf er. Das stelle ich auch nicht in Frage. Also, messen wir mit einem Maß? Messen wir mit zweierlei Maß? Messen wir mit unterschiedlichen Maßen dann, wenn es uns passt? *(Abg Ing Isabella Leeb: Wir messen mit einem Maß! Wir messen mit dem richtigen Maß!)* Also, die Stadtregierung, die sich auf die Beschlüsse der Bezirksvertretungen beruft, ist undemokratisch, der Herr Bezirksvorsteher ist der Demokrat per se!

In mehreren Ihrer Antragstexte weisen in der Begründung darauf hin, dass die Ausgestaltung direktdemokratischer Prozesse Fairness und Chancengleichheit erfordert. Da gebe ich Ihnen recht. Aber nicht nur bei der Durchführung der Prozesse, sondern bei der Einführung solcher Prozesse ist es wesentlich, dass es ausgiebige Diskussionen gibt.

Ich gebe Ihnen recht, dass wir sehr wohl über die Frage der Hürden sprechen müssen. Ich meine damit nicht nur die Zugangshürden, sondern auch die inhaltlichen Hürden.

Ich gebe Ihnen recht, dass es einen großen Bereich der Themen gibt, die da ausführlich behandelt werden sollten. Ich glaube nur nicht, dass die ausführliche Behandlung in Form einer Plakatserie dargestellt wird, wie wir sie jetzt erleben. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wenn wir das gewusst hätten, hätten wir es anders gemacht! Wir sollten vorher Ihren Rat einholen!)* - Sie sind schon wesentlich länger in dieser Politik. Ich gehe davon aus, dass Sie wissen, welche Instrumente Ihnen wann zur Verfügung stehen. Es ist wahrscheinlich eine taktische Entscheidung von Ihnen gewesen, es so und nicht anders zu machen. Auch das werde ich zur Kenntnis nehmen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wir werden nächstes Mal vorher Ihren Rat einholen!)*

Aber bei der Taktik muss man dann die Ernsthaftigkeit doch ein wenig in Frage stellen.

Direkte Demokratie sollte auch solchen Initiativen offen stehen, die nicht parteigebunden sind. Das ist der erste Satz Ihres Antrages. Das unterstreiche ich voll. Das, was Sie gerade tun, nämlich Sie und Ihr kleiner Bruder ÖVP, ist genau das Umgekehrte. Das ist für mich wieder einmal ein Beweis für Ihre Ernsthaftigkeit. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Schwester! Entschuldigung, das ist Sexismus pur! Die Partei!)* - Die Schwesterpartei. Bitte, gerne. Die Partei. Gut, es soll nicht daran liegen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wenn man es schon ernst nimmt, dann gescheit!)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Ich ersuche, keine Zwiesgespräche zu führen, Herr Klubvorsitzender.

Abg Dr Jennifer **Kickert** *(fortsetzend)*: Ich habe kein Problem damit, mich bei einem aufmerksam gemachten Fehler auszubessern. *(Abg Heinz Hufnagl: Das ist eine semantische Kleinigkeit!)* Das sollte weder meinem Stolz noch meiner Ehre noch meinem Selbstvertrauen in irgendeiner Weise einen Abbruch tun. Also, es ist die kleine Schwesterpartei.

Jedenfalls, um noch einmal darauf zurückzukommen, das, was Sie gerade aktuell zeigen, beweist meiner Meinung nach, wie ernst Sie diese Einleitungssätze in der Begründung Ihres Antrages nehmen, nämlich gar nicht. Sie sind nicht an einer tatsächlichen Diskussion der Ausgestaltung direktdemokratischer Möglichkeiten interessiert. Sie sind auch gar nicht daran interessiert, die repräsentative Demokratie in irgendeiner Form zu reformieren, sie zu verbessern. Das tägliche Auftreten Ihrer Parteifreunde und -freundinnen zeigt uns, dass Sie genau das nicht schaffen. Fangen Sie bei Ihren Parteifreunden und -freundinnen mit der Reform an! Dann werden wir wahrscheinlich früher mit dem großen Bereich der Demokratiereform fertig sein, bevor Sie es schaffen, das, was Sie von der Demokratie verlangen, für ihre eigene Partei hinzukriegen! - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Aigner. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, es steht einem Hohen Haus wie dem Wiener Landtag sehr gut an, sich über die Fortentwicklung unseres demokratischen Systems Gedanken zu machen. Weil in der repräsentativen Demokratie ist das Parlament der jeweilige Hort der Demokratie und wir sollen die Spielregeln beschließen. Daher ist es sehr gut, wenn wir uns mit diesen wichtigen Fragen auch beschäftigen.

Ich habe heute schon in der Aktuellen Stunde gesagt, dass ich ein glühender Verfechter der repräsentativen Demokratie bin. Mein Befund ist eigentlich der, dass es in Wien sowohl mit der repräsentativen als auch mit der direkten Demokratie nicht zum Allerbesten bestellt ist. Wenn ich mir nämlich anschau, wie die Opposition hier

im Hohen Haus teilweise behandelt wird, dann weiß ich nicht, ob Ihre Lippenbekenntnisse zur indirekten Demokratie tatsächlich ernst zunehmen sind. Weil dann frage ich mich: Wieso wird hier nicht ein Minderheitenschutz betrieben?

Wenn Anfragen gestellt werden, dann ist das Anfragerecht in erste Linie eigentlich ein Oppositionsrecht, weil die Opposition die Exekutive zu kontrollieren hat. Unsere Anfragen werden entweder abgeschasselt oder es wird formal argumentiert, während bei den aufgelegten Fragen der eigenen Abgeordneten, die wahrscheinlich eh in den Stadtrats- und Stadträtinnenbüros gestellt werden, hier extemporiert und herumgeredet wird. Gestern hat der Herr Bürgermeister eine Frage, die mit dem Wirkungsbereich der Gemeinde Wien überhaupt nichts zu tun hat, beantwortet. Von den GRÜNEN hat, ich weiß nicht wer, Maresch oder Margulies ihn gefragt, was er zum Konzept der Dritten Republik der FPÖ von vor 20 Jahren sagt. Also, korrekterweise hätte er sagen müssen: „Das fällt nicht in den Verwaltungsbereich der Stadt Wien. Darauf antworte ich nicht.“ Oder der Vorsitz hätte diese Antwort geben müssen. Wenn dann gefragt wird, was man zu einer Volksbefragung sagt ... (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Zur Sache bitte!*) - Ich rede zur direkten und indirekten Demokratie. Ich bin mitten in der Sache. Ich halte Ihnen einen Spiegel vor die Augen! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Dass Sie die direkte nicht wollen und die indirekte auch nur mangelhaft handhaben, das müssen Sie mir schon zugestehen. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Beim Fragerecht hat sich auch eingebürgert, dass die Abgeordneten einander ausrichten, was sie von den Fragen halten. Eigentlich ist auch die Zusatzfrage an den Stadtrat zu richten und nicht, dass sich der Abgeordnete vor einer anderen nachfragenden Abgeordneten rechtfertigen muss, warum er die Frage gestellt hat. Auch das ist eine Unart. Und dass sich auf der einen Seite Kolleginnen und Kollegen ständig als Verbrecher bezeichnen lassen müssen, ja, an das hat man sich schon so gewöhnt. Wenn der Herr Kollege Ulm in einer juristischen Debatte eine Argumentation als absurd bezeichnet, tut man so, als ob man hier jemandem seine Ehre abgeschnitten hätte. Auch da finde ich (Beifall bei ÖVP und FPÖ.), das hat eigentlich mit Parlamentarismus überhaupt nichts zu tun. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Die Abgeordneten dürfen nur mehr sagen, was Sie erlauben!*) Aber überhaupt nicht. Im Unterschied zu Ihnen (Aufregung bei der FPÖ.), im Unterschied zu Ihnen bin ich ein ... (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Parteizensur! – Weitere Aufregung bei der FPÖ.*) In dieser Hinsicht bin ich ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Herr Abg Dr Aigner, ich ersuche Sie, zu

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (fortsetzend): Ich bin ein sehr liberaler Mensch, aber es ist unerträglich, dass man, wenn man ein Fragerecht hat, wenn man weiß, dass man auch ... (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Der Herr Aigner ist nicht der Oberdoktor, der allen sagt, was zu tun ist! Keiner verlangt es, kein einziger Abgeordneter*

so wie der Herr Aigner! – Große Aufregung bei GRÜNEN und FPÖ.)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Ich ersuche, die Zwiegespräche hintanzuhalten. Der Herr Abg Dr Aigner ist am Wort. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Ja, der Herr Doktor entscheidet, was gut ist.*)

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (fortsetzend): Ja, aber die Frau Pilz, die alle anderen maßregelt, ist auch nicht unsere Oberlehrerin, ja! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.) Und die Frau Kollegin Pilz sitzt oben am Vorsitz und greift in inhaltliche Debatten ein. Das haben wir schon mehrfach erlebt. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Gestern auch!*) Ich habe nur darauf hingewiesen, dass ich das für eine Unsitte halte. (Beifall bei FPÖ und ÖVP. – *Aufregung bei den GRÜNEN.*) Herr Kollege Margulies, nehmen Sie zur Kenntnis ... (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Das ist ja unglaublich! Das ist ja unglaublich! Das gibt es ja nicht!*)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Herr Kollege Margulies, ich ersuche Sie, bitte. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Ja bitte!*)

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (fortsetzend): Herr Kollege Margulies, ich bin ganz entspannt. Nehmen Sie zur Kenntnis, von Ihnen lass' ich mich nicht beleidigen, das können Sie gar nicht. (Abg Dipl-Ing Martin Margulies: *Ich will Sie nicht beleidigen! – Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Ja, ich bin auch nicht beleidigt.

Es geht ja weiter. Ich meine, das System von d'Hondt ist natürlich Bestandteil unserer Stadtverfassung, aber das sind ja auch nicht die Zehn Gebote. Im Nationalrat ist es zum Beispiel üblich, dass die Ausschussvorsitzenden und Vorsitzenden sehr wohl zwischen den Fraktionen auch für die Opposition aufgeteilt werden. Auch darüber könnte man, wenn man unseren Parlamentarismus sozusagen weiterentwickeln will, da sind wir noch nicht bei der direkten Demokratie, dem könnte man versuchen, näher zu treten. Auch das wäre eine Sache. (Abg Godwin Schuster: *Wie zum Beispiel bei uns im Kontrollausschuss!*) Ja, der Kontrollausschuss, der einzige Ausschuss, ja ja, der ist auch in Ordnung, nein, nein, das ist ja auch in Ordnung. Aber ich sage, im Parlament, im Nationalrat ist es üblich, der Rechnungshofausschuss ist immer bei der Opposition und auch die anderen werden auf die Parteien aufgeteilt. (Abg Godwin Schuster: *Ja, der Kontrollausschuss ist bei uns auch immer bei der Opposition!*) Ja ja, nein, nein, ist eh gut, man könnte das ja sozusagen auch weiter ausdehnen. Die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen würden sich deswegen ja auch nicht ändern.

Im Übrigen sollte man nicht so tun, als ob direkte und indirekte Demokratie Gegensätze sind. Das sind ja ergänzende, das sind ja kommunizierende Gefäße. Unsere Verfassung sieht ja auch beides vor. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.) Wir sind eine indirekte Demokratie mit gewissen Elementen der direkten Demokratie. Zur Zeit ist es so, dass im Endeffekt immer das jeweilige Parlament am Drücker ist. Ob es eine Volksabstimmung anordnet, hängt auf Bundesebene davon ab, ob die Verfassung grundlegend geändert wird. Ist erst ein Mal beim EU-Beitritt passiert. Wenn aus der EU allerdings

eine Haftungs- und Schuldenunion wird und auf dem Weg sind wir, so müsste man das ja eigentlich auch aus juristischen Gründen einer neuerlichen Abstimmung unterziehen, weil das eigentlich nicht mehr die gleiche Union ist, der wir 1995 oder 1994 bei der Abstimmung beigetreten sind. Die anderen Fälle sind die freiwilligen Volksabstimmungen, die der Nationalrat mit Mehrheit anordnet. Das hatten wir erst ein einziges Mal, das war Zwentendorf, der Kollege Al-Rawi hat das heute schon gebracht. Er hat das eher so gebracht, das ist ein Argument gegen die direkte Demokratie, weil da emotional entschieden wird. Sie haben völlig recht. Es haben damals viele gegen den Kreisky gestimmt. Aber im Nachhinein sind alle froh, weil die, die den Kreisky wollten - der Kreisky ist geblieben und Zwentendorf haben wir nicht eingeschaltet und da sind wir hinterher viel froher, als wir das 1978 sozusagen erahnen konnten. Also man sieht, das kann so oder so ausgehen. *(Abg Heinz Hufnagl: Kalkulierbar war das nicht am Tag der Volksabstimmung!)* Bitte? *(Abg Heinz Hufnagl: Kalkulierbar war das nicht!)* Nein eh nicht, aber im Nachhinein und jetzt kann man sagen, es ist ja auch bei einer Wahl oft eine emotionale Entscheidung und der Wähler kann ja im Nachhinein, nachdem er seine Stimme abgegeben hat, ja auch nicht mehr bestimmen, was mit seiner Stimme geschieht. Er konnte ein völlig anderes Signal gesetzt haben. Also das kann sowohl bei ... *(Abg Karlheinz Hora: Sie sind ja mit einer Liste angetreten!)* Ja, aber ich übe ein freies Mandat aus und das genieße ich sehr, das darf ich Ihnen auch sagen. Im Endeffekt hat das der Wähler auch bei einer Wahl letztendlich nicht mehr in der Hand.

Es ist sowohl bei einer Volksabstimmung oder bei einer Volksbefragung als auch bei einer Wahl so, dass man im Nachhinein vielleicht oft anders denkt. Das sind keine wirklichen Gegensätze. Ich meine, bevor man zu einem Automatismus kommt, dass ein Volksbegehren zu einer zwingenden Volksabstimmung führt, und das ist natürlich schon eine Sache, die man sich gut überlegen muss, weil im Endeffekt hätte man dann Gesetze, die ohne parlamentarische Zustimmung erfolgen. Das ist schon ein Systemwechsel, der nicht ganz ohne ist, für den es gute Gründe dafür gibt, aber wo es auch gewisse Bedenken gibt. Und es sollte doch eigentlich das jeweilige Parlament von sich aus selber öfter die vorhandenen direktdemokratischen Modelle einsetzen, weil das doch eigentlich die Möglichkeit wäre, die Bürger und Bürgerinnen einzubinden, statt dass die GRÜNEN glauben, dass man nicht ganz objektiv auch bei ihnen ist. Das Modell der GRÜNEN, das in der Zeitung gestanden ist, dieses mehrstufige Verfahren, dass nicht ein Volksbegehren ab einer bestimmten Stärke sofort zu einer Abstimmung führt, sondern dass ein paar Zwischenschritte notwendig sind, das halte ich für ausgesprochen überlegenswert. Das heißt, die Bürger sind mündig. Machen wir sie auch zu mündigen Mitgestaltern. Beziehen wir sie ein und handhaben wir einfach die bestehenden Instrumente in einer großzügigeren Form. Und da ist es mir wirklich unbegreiflich, da kann ich nur das unterstreichen, was

der Herr Kollege Ulm gerade heute schon mehrfach gesagt hat, dass man dann kleinlich ist und jetzt schon juristische Positionen bezieht, um auszurichten, es ist eh wurscht, was ihr unterschreibt, es wird wahrscheinlich eh nichts werden, weil das angeblich verfassungswidrig ist. Das halte ich für kleinlich und das halte ich im Endeffekt auch für das Engagement der Bürger für mehr als abträglich, weil den Menschen, denen die Sache ein Anliegen ist, die eine Unterschrift gesetzt haben, denen eine Volksbefragung in Aussicht gestellt wird, dann zu sagen, warum das alles nicht geht, das wäre doch auch etwas, was nachhaltigen Schaden in unserer demokratischen Landschaft verursachen würde. Im Endeffekt muss auch sichergestellt werden, dass eine derartige Entscheidung der Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof, das müsste dann bescheidmäßig erfolgen, standhält.

Auf der anderen Seite beim Wahlrecht muss man natürlich auch sehr aufpassen. Ich bin bei den ganzen Vorzugsstimmensachen mittlerweile eigentlich ein bisschen skeptisch geworden. Das Instrument der Vorzugsstimmen ist in unserer politischen Landschaft schon so oft irgendwo zweifelhaft gehandhabt worden, dass ich nicht weiß, ob das wirklich der Weisheit letzter Schluss ist.

Zur Personalisierung. Ich denke schon auch an die 100 000 Vorzugsstimmen, die der Kollege Karas damals bekommen hat. Die waren nicht abgegeben worden, damit er ins Parlament kommt, da war er eh gut gereiht. Aber der Wille ist dann irgendwie auch nicht wirklich vollzogen worden und die Gefahr ... *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das hat dann schon bewirkt, dass er verspätet das wurde!)* Na ja schon, aber die Vorzugsstimmenwähler waren dann trotzdem frustriert. Also da weiß ich nicht, ob da nicht auch wirklich diejenigen, die in einem Parteiestablishment verankert sind, denen auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, das sind halt dann diejenigen, die dann ihre Kampagnen fahren können. Also die Vorzugsstimmen weiß ich nicht, ob das im Endeffekt wirklich so ein tolles Instrument ist. Und dass mehr Persönlichkeitsinstrumente beim Wahlrecht allein die Wahlbeteiligung nicht gleich in die Höhe bringen, hat man ja jetzt bei der Direktwahl des Bürgermeisters oder Bürgermeisterin in Innsbruck gesehen. Das war durchaus eine spannende Geschichte und so weiter, und trotzdem war die Wahlbeteiligung gering, obwohl da eigentlich das Persönlichkeitselement da war. Also das alleine wird es wohl nicht sein. Zur Innsbrucker Sache ist mir schon auch eines aufgefallen: Eine sechsjährige Legislaturperiode ist auch demokratiepolitisch schon ein bisschen grenzwertig, weil sechs Jahre schon auch ein sehr langer Zeitraum sind. Also da wird es wahrscheinlich einen Maßnahmenmix geben.

Aber ich glaube, wir als Parlamentarier sollten eigentlich den Mut haben, entsprechend die bestehenden Instrumente einzusetzen, bevor wir grundlegende Umgestaltungen durchführen. Dann ist es natürlich im Endeffekt auch eine Frage der Regierungsmodalitäten. Es muss ja ein Koalitionspakt

nicht so eng sein, dass man sagt, in allen Fragen und wir überstimmen uns nicht. Ich meine, eine Koalition, wo jeder jeden ständig überstimmt, die wird nicht funktionieren. Aber man könnte ja von vornherein am Beginn einer Periode gleich ein paar Themenbereiche festlegen, in denen man eine direktdemokratische Entscheidung letztendlich auch vorsieht, so wie es früher im Parlament den koalitionsfreien Raum gegeben hat. Das ist natürlich für das Vertrauen zwischen Regierungsparteien wahrscheinlich nicht unbedingt das Beste. Aber man könnte von vornherein sagen, es gibt gewisse Dinge, die zieht man gemeinsam durch, und in anderen Fragen setzt man auf Elemente der direkten Demokratie. Das ist durchaus etwas, was möglich sein sollte, noch dazu vor dem Hintergrund, dass in genügend anderen Ländern über viele Jahre Minderheitsregierungen mit wechselnden Mehrheiten sehr wohl auch regieren können. Es ist natürlich im Endeffekt genau eine Nagelprobe für die GRÜNEN, die früher immer so für Bürgerbeteiligung gewesen sind. Von direkter Demokratie wird, wenn man sich das semantisch anschaut, überhaupt nicht mehr gesprochen. Es wird nur mehr so von Einbindung, von Information gesprochen. Also das, worum es geht, ist Mitbestimmung und Mitentscheidung und nicht eine gefilterte Information. Das hat eigentlich mit Einbindung überhaupt nichts zu tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und vielleicht ein Letztes noch. Man muss sich auch überlegen, wer schützt eigentlich jene Bürger, die ein Volksbegehren, das nicht übertrieben erfolgreich war, davor, dass es nicht umgesetzt wird wie das letzte Bildungsvolksbegehren, das auf massive Unterstützung der Sozialpartnerorganisationen und vieler Medien, die wahrscheinlich auch inseratenmäßig gut bedacht worden sind, setzen konnte. Ich meine, 400 000 Unterschriften sind ein respektables Ergebnis. Aber wenn man bedenkt, dass da Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und eine Medienarmada dahinter waren, es wurde sogar ein Extraausschuss im Parlament gegründet und einer der Initiatoren, der ehemalige Vizekanzler Androsch, wird jetzt schon ganz nervös und ungeduldig und verlangt vom Nationalrat, man möge doch sein Volksbegehren umsetzen. Jetzt frage ich mich ehrlich, ich kann nur hoffen, dass die Parlamentarier das nicht machen, weil wie wehren sich die vier, fünf, sechs Millionen, die das nicht unterschrieben haben? Die können sich dann, wenn das umgesetzt wird, gar nicht dagegen wehren. Auch da sollte man im Endeffekt den Gesamtzusammenhang haben. Das Volksbegehren zur Bildung war nicht schlecht, war aber auch nicht so erfolgreich, dass man daraus einen Arbeitsauftrag für das Parlament ableiten kann.

Ich fasse zusammen: Eine Debatte über die Demokratie ist etwas ausgesprochen Wichtiges, die sollte man auch emotionslos und sachlich führen. Zwischen direkter und indirekter Demokratie gibt es keinerlei Widerspruch. Es geht nur um die Frage einer sinnvollen Ergänzung. Das Schweizer Modell ist eben das Schweizer Modell, das ist auch ein anderes

politisches System, das über viele Jahrhunderte ganz anders gewachsen ist. Also das eins zu eins oder annähernd umzusetzen, ist genauso schlecht, wie andere Modelle nachzumachen. Ich glaube, wir haben eine sehr gute Verfassung und diese gute Verfassung bietet mehr als genug Möglichkeiten, noch besser zu werden. Das sollte eigentlich ein gemeinsames Anliegen aller Parlamentarier sein, weil im Endeffekt niemand von uns etwas von Demokratie- und Politikverdrossenheit hat. Genau das sollte eigentlich der gemeinsame Gegner sein, dass die Menschen nicht verdrossen sind, sondern wir sollten nachdenken, wie können wir die Bürgerinnen und Bürger entsprechend in unser demokratisches System einbinden. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stürzenbecher. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist ja jetzt durchaus auch eine Grundsatzdebatte geworden und es ist auch sinnvoll so, weil man sich auch im Anschluss an das, was mein Vorredner gesagt hat – wo ich nicht alles teilen kann, aber durchaus einige Sachen –, schon überlegen sollte, ob man einen grundsätzlichen Systemwandel dahin gehend will, ob man durch Plebiszit generell die bisher verfassungsmäßigen Organe der repräsentativen Organe von der Gesetzgebung aushebeln kann. Also das ist schon etwas, was wir überlegen müssen. Wenn wir uns international die erfolgreichsten demokratischen Modelle anschauen, ich kann nicht alle aufzählen, dann zählen da sicher Großbritannien, Frankreich, Deutschland, seit 1945 Westdeutschland und dann die vereinigte Bundesrepublik, dann Skandinavien und durchaus auch Österreich und natürlich von der Macht her die Vereinigten Staaten von Amerika dazu. Alle diese Länder, die ich aufgezählt habe, die ich schon als sehr erfolgreiche Demokratien bezeichnen will, haben einen ganz klaren Schwerpunkt bei der repräsentativen Demokratie und haben als Ergänzung, und ich sage durchaus als Bereicherung, auch plebiszitäre Elemente. Das Gleiche haben wir derzeit und ich und meine Partei sind durchaus diskussionsbereit, darüber zu diskutieren, wie man die plebiszitären Elemente ausweiten kann. Es ist auch eine Möglichkeit, um zu mehr Demokratie zu kommen, aber sicher nicht die einzige. Beispielweise was Bruno Kreisky damals gemeint hat mit „alle Lebensbereiche mit Demokratie durchfluten“ oder Willi Brandt mit „Mehr Demokratie wagen“, da ist es eher darum gegangen, dass man die Lebensbereiche der Menschen demokratisiert hat. Das ist ja damals auch geschehen, die Schule demokratisiert, in den Universitäten Mitbestimmungsmodelle eingerichtet, beim Bundesheer Mitbestimmungsmodelle der Soldaten eingerichtet, ohne dass die jetzt über Details des Operativen abstimmen könnten. Aber dass man die Arbeitswelt demokratisiert, dass die Sozialpartner eine wesentliche Rolle spielen, dass die Tarifhoheit gewahrt

ist, dass die Arbeitnehmervertretungen wesentliche Rechte in der Arbeitswelt haben, das sind ganz große und wichtige demokratiepolitische Ziele. Oder auch die Mietermitbestimmung, die wir in Wien bei Wiener Wohnen durch ein ausgezeichnetes Statut haben, wo wir gewählte Mieterbeiräte haben, wo quasi der Eigentümer selbst hergeht und sich ein Gegenüber schafft und sagt, wir leben insgesamt noch besser zusammen, wenn wir ein demokratisch gewähltes Gremium von Mietern haben, die gegenüber dem Eigentümer ihre Wünsche und Rechte darlegen. Leider gibt es das im privaten Bereich nicht, das muss man auch dazusagen.

Also das, meine ich, ist mindestens ebenso wichtig wie die Ausweitung der direkten Demokratie, nämlich dass man hergeht und diese demokratischen Errungenschaften auch nicht rückgängig macht. In der Hochschülerschaft an der Universität hat man ja einiges rückgängig gemacht, jetzt nicht nur die Schwarz-Blauen, sondern da hat man schon in den 90er Jahren damit begonnen, das muss man auch selbstkritisch dazusagen. Aber es ist dann noch fortgesetzt worden. Ich meine, wir brauchen mehr Demokratie. Das heißt aber, nicht nur mehr direkte Demokratie, sondern das heißt auch, mehr Demokratie in den jeweiligen Lebensbereichen. Dafür sollen wir uns genauso einsetzen. Das wollte ich jetzt einmal vorausschicken.

Der Kollege Aigner hat richtig gesagt, die Schweiz dauernd heranzuziehen, ist einfach falsch. Es gibt 191 Staaten auf der Welt, eine davon ist die Schweiz und die hat ihr Modell. 190 andere haben ganz andere Modelle. Und die Schweiz ist historisch gewachsen. Ich will das jetzt nicht im Detail aufzählen. Sie ist auch sonst nicht überall ein Vorbild, wenn man bedenkt, was der Bankensektor dort aufführt und welche schlechte Rolle das international spielt. Aber auch das Frauenwahlrecht in Inneroden, also in Teilen der Schweiz, ist eben erst durch die direkte Demokratie sehr spät eingeführt worden. Da waren wir schon 50 Jahre voraus. Also die Schweiz hat sicher einige interessante Aspekte, durchaus achtenswert, aber als Vorbild generell würde ich sie nicht sehen.

Wenn der Bürgermeister gesagt hat, sie hat soviel plebiszitäre Elemente, dass es mit Sicherheit gerade noch vereinbar mit dem parlamentarischen System ist, so heißt das nicht, dass er die Demokratie in der Schweiz in Frage gestellt hätte, sondern nur, dass quasi die Gewichte so verlagert sind, dass man noch von einem parlamentarischen System reden kann. Aber wenn die plebiszitären Elemente in der Schweiz noch mehr ausgeweitet würden, dann wäre sie eine primär plebiszitäre Demokratie. Das kann man ja auch machen, das ist ja nichts Undemokratisches, aber das ist es nicht.

Aber jedenfalls dem Bürgermeister da irgendwas zu unterstellen, er hätte gesagt, die Schweiz sei keine vollwertige oder hochentwickelte Demokratie, ist natürlich falsch und das weisen wir entschieden zurück. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die direkte Demokratie ist natürlich, soviel kann man auch sagen, weil man ja durchaus ehrlich sein soll, ein bisschen auch darauf bezogen, ist man in der Regierung,

ist man in der Opposition. Wie wir als Sozialdemokraten im Bund in Opposition waren, daran kann ich mich noch sehr genau erinnern, haben wir damals bei der Pensionsreform, wogegen hunderttausende Menschen auf die Straße gegangen sind, und ich finde, das ist mehr als irgendwo eine Unterschrift zu leisten, gefordert, dass es eine Volksbefragung oder Volksabstimmung darüber geben soll. Natürlich waren da sicher wirklich mehr Menschen dafür, dass das gefragt wird als bei fast allen anderen Themen, die jemals zur Debatte gestanden sind. Und Schwarz-Blau, damals an der Regierung, hat natürlich nicht befragt. Das ist meiner Ansicht nach durchaus ein vertretbarer Standpunkt. Es muss auch wirklich nicht so sein, dass eine Pensionsreform plebiszitär abgestimmt wird, sondern der Wähler hat natürlich die Möglichkeit, wie es ja dann auch geschehen ist, bei der nächsten Wahl darüber zu befinden. Und da ist ja auch der Bundeskanzler Schüssel unter anderem wegen der Pensionsreform dann abgewählt worden, die keine Pensionsreform war, sondern eine unsachliche Pensionskürzung war. So gesehen muss man immer wieder auch richtigstellen, dass man hier die Relationen richtig sieht, dass man nicht hergeht und jetzt hollodaro, wir brauchen nur möglichst viel direkte Demokratie und dann wird alles wieder besser und die Defizite, die wir in der Zeit sicher auch in der Gesellschaft haben, sind alle beseitigt. So einfach ist es nicht, sondern man muss an den verschiedensten Rädchen drehen und alles zusammen kann zu etwas noch Besserem führen, wobei ich nach wie vor sage, dass wir eine der bestfunktionierendsten Demokratien auf diesem Planeten sind. Wenn gestern der Kollege Mahdalik Österreich und Wien mit Nordkorea verglichen hat, dann ist das etwas, was man nur auf das Schärfste zurückweisen kann und er soll sich dafür entschuldigen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Schließlich ist Nordkorea wirklich eine der grausamsten, wenn nicht die grausamste Diktatur auf diesem Planeten und deshalb kann man wirklich sagen, Österreich oder Wien damit zu vergleichen, ist so geschmacklos, dass es nicht anders geht. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist keine Demokratie, das ist ein freiwilliger Verein!)* Sie haben noch immer nicht die Diplomatie und den Umgang der Staaten miteinander verstanden, Herr Jung, ob man jetzt ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, ja!)* Herr Kollege Jung, es wäre wirklich Zeitvergeudung, mit Ihnen so subtile Sachen zu diskutieren. Da habe ich hier wirklich noch Wichtigeres vorbereitet, unter anderem die Frage, wenn man auch schon mehr Volksbefragungen und mehr Plebiszitäres hat, man natürlich immer berücksichtigen muss, dass man nicht Grundrechte, dass man nicht Menschenrechte, dass man nicht Minderheitenrechte, dass man nicht Primärrechte der EU und dass man nicht finanzielle Angelegenheiten ab einer gewissen Höhe und so weiter mitberücksichtigen muss, weil es ganz einfach auch so ist - und ich habe als Beispiel immer gesagt, wie der Jörg Haider sich nicht an das Verfassungsgerichtshofurteil gehalten hat und behauptet hat, dass die Mehrheit der Kärntner das nicht will, also quasi einen angeblichen Volkswillen über den

Rechtsstaat gestellt hat, da habe ich gesagt: Wenn beispielsweise die an ihn angrenzenden Kleinbauern im Bärenthal, wie er damals noch gelebt hat, darüber abstimmen könnten, ob man das Bärenthal des Jörg Haider aufteilen soll, dann wäre wahrscheinlich die Mehrheit dafür. Trotzdem würde ich das verfassungsrechtlich nicht akzeptieren, weil das Grundrecht auf Eigentum über dem steht, nur als Beispiel. So gesehen glaube ich auch, dass eben sehr, sehr viele Sachen, die die FPÖ glaubt, dass sie mit einer plebiszitären Demokratie erreichen könnte, sie nicht erreichen wird. Aber die Diskussion darüber ist sicher sinnvoll und kann man auch führen, wobei ich allerdings da hinzufüge, dass wir in Wien schon eine sehr breit gefächerte Palette an plebiszitären Elementen haben. Wir haben die Volksbefragung, die auch schon x Mal und relativ oft zur Anwendung gekommen ist. Auch wenn Sie sich immer irgendwie über die letzten Volksbefragungen 2010 lustig gemacht haben, so kann man sagen, dass es eine total spannende Sache war, zum Beispiel der U-Bahn-Nachtbetrieb Freitag/Samstag. (*Heiterkeit bei Abg Johann Herzog.*) Sie lachen darüber, Herr Präsident. Ich weiß aber von meinem Sohn, dass das bei der Jugend, und das haben (*Abg Johann Herzog: Das war massive Beeinflussung!*) seinerzeit auch andere erkannt, eines der wichtigsten Themen war. Deshalb hat man gesagt, lassen wir darüber abstimmen. Es waren sehr sachliche Argumente, die dagegen gesprochen haben. 5 Millionen sind kein Klacks und den Nachtbus hat es schon gegeben. Gleichzeitig haben die Jugendlichen das wirklich als ganz großen Wunsch gehabt und es ist mit 54 Prozent relativ knapp dafür ausgegangen, und ich bin froh darüber. Der Bürgermeister hat ja vor der Abstimmung auch gesagt, dass er seinem Sohn zuliebe dafür stimmt. Aber bei den ersten Ergebnissen, als die Wahlkarten und die Briefwahl noch nicht ausgezählt waren, war es sogar ein negatives Ergebnis. Also eine durchaus spannende Frage wurde im Zuge einer Volksbefragung knapp entschieden. Das habe ich jetzt nur als Beispiel gebracht und könnte noch sehr viele andere Volksbefragungen aufzählen.

Volksabstimmung haben wir noch keine gehabt und Volksbegehren - wenn jetzt gesagt wird, dass bei dem, was die ÖVP eingeleitet hat, 5 Prozent hoch sei, so muss ich schon dazusagen, dass das nur die formlosen Unterschriften sind. Wenn das Unterschriften beim Notar wären oder beim Amt oder so wie es auch sonst beim Volksbegehren im Bund ist, aber dass einfach irgendwer unterschreibt und das gilt dann schon, dann ist 5 Prozent an sich keine so hohe Hürde, würde ich einmal primär sagen. Wir haben in Wien mit den verschiedensten direktplebiszitären Elementen durchaus gute Erfahrungen und wir sind auch durchaus bereit, darüber zu diskutieren, wie man das noch weiter verbessern kann.

Das Petitionsrecht, das zum Beispiel eingefordert wurde, ist etwas, was durchaus sinnvoll ist. Ich würde es nur Bürgerinitiativrecht nennen. Es heißt ja inzwischen auch im Bund Bürgerinitiative. Petitionsrecht ist es nur, wenn es ein einzelner Abgeordneter einbringt, weil

Bürgerinitiativrecht dem eher nahekommt, dass man Unterschriften braucht. Petition war ja doch eher in der Monarchie, dass man quasi vom Kaiser oder vom Fürst oder von irgendwem irgendetwas erbittet. Das ist es nicht, was wir wollen. Wir wollen und haben ja auch in Wien die mündigen Bürgerinnen und Bürger und die sollen im Rahmen eines Bürgerinitiativrechtes ihre Anliegen durchaus auch vorbringen können. Da sind wir uns, glaube ich, inzwischen in allen vier Parteien zumindest von der Zielsetzung her schon einig. Wir haben in unserem Demokratiearbeitskreis, den es hier gibt und der hier auch sicher Erfolge zeigen wird, überhaupt noch relativ viel zu diskutieren. Wie schon richtig erwähnt worden ist, werden wir ein modernes Verhältniswahlrecht schaffen, so wie es festgeschrieben ist. Wir werden die Persönlichkeitselemente stärken. Ich glaube auch, dass es nicht das Allheilmittel ist, aber es ist ein Rädchen von vielen, wenn man da ein bisschen dran dreht und etwas die Persönlichkeitselemente stärkt, was in Summe positiv wirken kann. Wir werden niedrigere Schwellen bei Vorzugsstimmen anstreben. Wir haben natürlich auch das Wahlrechtsänderungsgesetz von 2011 des Bundes zu übernehmen, also nicht nur VfGH-Vorgaben, sondern auch die Korrektur der Nachfrist, die wirklich dringend notwendig ist, um Missbrauch auszuschließen, also die Nachfrist bei der Briefwahl meine ich. Ich ersuche wirklich die beiden Oppositionsparteien, bei der Frage EU-Bürger mit ins Boot zu kommen, weil es wirklich nicht einzusehen ist, dass EU-Bürger nicht auch auf Landesebene ihre Stimme abgeben können. Besonders die ÖVP, bei der FPÖ habe ich da wirklich keine Hoffnung, aber bei der ÖVP ... (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist ein Bundesverfassungsgesetz!*) Da brauchen wir ein Bundesverfassungsgesetz. Aber das müssen ja Sie da drüben durchsetzen, weil in der SPÖ traue ich mir zu, dass wir es schaffen. Und beim Recht von Drittstaatsangehörigen bei Bezirksvertretungswahlen, da haben wir vom Verfassungsgerichtshof zur Kenntnis genommen, dass wir das hier in diesem Raum nicht beschließen dürfen. Wir akzeptieren Verfassungsänderungen, wie ordentliche Fußballer Schiedsrichterpfiffe akzeptieren, nämlich so, wie sie sind, auch wenn wir sie bedauern. Aber das heißt nicht, dass wir uns quasi nicht auf der höheren Ebene, auf der Bundesverfassungsebene dafür einsetzen. Aber da müsste die ÖVP natürlich mitmachen, dass ein Drittstaatswahlrecht für die Bezirksvertretungen, wenn man fünf Jahre im Land ist, möglich ist.

Damit ist man nicht in der Gesetzgebung drinnen, wie manche befürchten, sondern die unmittelbaren Lebensbereiche wie beispielsweise, wo sind die Parkbänke, macht man ein neues Hüttel bei der Straßenbahn und so, also für das alltägliche Leben durchaus wichtige Sachen, aber nicht etwas, wo quasi die grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Leitlinien entschieden werden, das sollen die Staatsbürger machen, diese Fragen des täglichen Lebens könnten bei einem Drittstaatsangehörigenwahlrecht natürlich schon entschieden werden. Dazu aber, wie gesagt, brauchen

wir auch den Bundesverfassungsgesetzgeber.

Ingesamt, weil meine Zeit langsam abläuft, möchte ich sagen, wir müssen die Demokratie ständig weiterentwickeln. Immer, wenn etwas statisch bleibt, fällt man perspektivisch zurück, und wir entwickeln uns ja auch ständig weiter. Ich möchte dazu aber schon auch in aller Bescheidenheit sagen, dass die Sozialdemokratie die Demokratie in diesem Land am meisten, nicht alleine, aber am meisten geschaffen hat. Wir haben das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht erkämpft, unsere Großväter und Großmütter haben das erkämpft. Wir haben auch in den schwierigsten Zeiten 1933 und 1934 die Demokratie hochgehalten. Viele unserer Vorgänger haben dafür sogar ihr Leben gegeben. Wir haben in der Zweiten Republik gemeinsam mit der ÖVP dann die Demokratie wiederhergestellt und auch eines der erfolgreichsten Modelle in Europa geschaffen. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass die GRÜNEN wesentliche demokratische Impulse in das politische Leben in Österreich und in Wien eingebracht haben. Wir können von einem gewissen Selbstbewusstsein ausgehen, wenn wir die Demokratie weiterentwickeln, aber wir wollen sie im Interesse der Wienerinnen und Wiener weiterentwickeln. Und das ist etwas, was feststeht. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und Grünen.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Werner-Lobo. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich kann hier direkt an meinen Vorredner anschließen, dass ich mich sehr über diese Debatte freue, auch wenn sie schon mehr oder weniger am Ende des Tages ist und viele gerne ins Wochenende gehen würden. Aber ich halte es für eine sehr, sehr wichtige Debatte, darüber zu reden, wie wir die Demokratie weiterentwickeln. Ich glaube, dass wir uns nicht nur in Wien, sondern in Österreich, in Europa und wahrscheinlich auf der ganzen Welt in einer tiefen Demokratiekrise befinden. Wir sollten wirklich jede Gelegenheit nutzen, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir unsere Formen der Demokratie weiterentwickeln können und zwar in dem Sinn, dass möglichst viele Menschen das Gefühl haben, mitreden zu können, sich beteiligen zu können, am öffentlichen Leben teilhaben zu können und dass es nicht etwas ist, wo Einzelne Instrumente der Demokratie missbrauchen, um ihre Partikularinteressen durchzusetzen. Das ist es nämlich, warum es wirklich bei dieser Debatte geht.

Wenn es darum geht, Formen der direkten Demokratie oder andere Formen, und es gibt ja nicht nur die direkte, die plebiszitäre Demokratie, es gibt auch die partizipative Demokratie, es gibt die repräsentative Demokratie. Wenn wir diese Systeme weiterentwickeln und die Demokratie stärken wollen, dann ist das Schlimmste, was passieren kann, so etwas wie das, was Sie hier machen, nämlich die Demokratie zu einem Instrument des Ressentiments zu machen. Demokratie

soll nicht heißen und auch direkte Demokratie soll nicht heißen, dass im schlimmsten Fall 50 Komma ein bisschen was Prozent der Wahlberechtigten über 100 Prozent der hier lebenden Menschen drüberfahren können, um ihre eigenen Ressentiments in irgendeiner Form durchzusetzen. Das wäre der größte Schaden für die direkte Demokratie und es gilt hier, gemeinsam nachzudenken.

Und da lade ich auch die ÖVP herzlich ein, soweit sie sich noch innerhalb des konstruktiven Spektrums selbst sieht, hier mitzureden. *(Abg Dr Wolfgang Ulm: Ja!)* Das freut mich sehr, das zu hören. Also ich lade Sie sehr herzlich ein, wenn Sie die Analyse teilen, dass es hier eine Partei gibt, der es hier nicht um eine konstruktive Zusammenarbeit im Sinne der Demokratie geht, sondern lediglich um die Durchsetzung von Ressentiments, hier gemeinsam daran zu arbeiten, das zu ändern. *(Abg Johann Herzog: Das ist eine Selbsterkenntnis!)* Das wollen wir, das wird Rot-Grün machen und lädt auch Sie dazu ein, da mitzumachen. Wir machen ohnehin auf vielen Ebenen in dieser Stadt sehr viel, bei der Reform der Stadtverfassung, bei der Institutionenreform, und in vielen anderen Dingen. Es steht auch im rot-grünen Koalitionspapier festgeschrieben, dass auch direkte und partizipative Demokratiereformen diskutiert werden sollen und dass es erneuert werden soll. In Salzburg ist es zum Beispiel jetzt so, dass es einen Antrag gibt, das Bemühen gibt, Formen der direkten Demokratie in einer dreistufigen Volksgesetzgebung tatsächlich in die Salzburger Verfassung einzubringen. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Wiener ÖVP auf ihre Salzburger ÖVP-Kollegen einwirkt, die Blockierung dieses Bemühens im Salzburger Landtag aufzuheben und aufzugeben und gegen diese Formen der dreistufigen Volksgesetzgebung, wo Salzburg die modernsten Ansätze hat, die Blockade aufzugeben. Dann wäre sehr viel erreicht. Und da kann auch Wien schauen, dass wir auch in Wien für die Wiener Verhältnisse die modernste Form gemeinsam finden.

Noch einmal, ich lade Sie herzlich ein, da mitzumachen. Aber es geht eben ums Mitreden und nicht um den Missbrauch dieser Instrumente. Das ist überhaupt ein wichtiger Punkt, wenn wir über das Mitreden reden. Es geht nicht nur darum, dass man an irgendeinem Tag, so wie wir es jetzt haben, alle fünf Jahre in der Wahlzelle für eine Partei abstimmt, dann seine Stimme abgegeben hat und sie fünf Jahre nicht mehr hat. Es geht aber auch nicht darum, bei den Formen der direkten Demokratie zu einem konkreten Thema seine Stimme abzugeben, um seine eigenen Partikularinteressen durchzusetzen, sondern es geht vielmehr um den Diskurs, der rundherum läuft, wo wir versuchen, gemeinsam Entscheidungen zu finden, die für alle tragbar sind. Es geht nicht um Autofahrer gegen RadfahrerInnen gegen FußgängerInnen, sondern es geht darum, dass man Wege findet, wie Menschen, die Autos benutzen, Menschen, die Räder benutzen oder Menschen, die kein Verkehrsmittel benutzen oder den öffentlichen Verkehr, die meisten von uns machen ja alles gleichzeitig, gut miteinander zusammenleben

können. Diese Formen müssen wir finden, nicht dass die einen über die anderen drüberfahren. Und es sollen auch die Formen der plebiszitären Demokratie sein, deswegen heißt sie plebiszitäre Demokratie. Jetzt ist der Gerald Ebinger weg, aber vielleicht findet sich jemand von der ÖVP, der die Fremdwörter - musst du immer übersetzen für deine Partei. Diese Formen der plebiszitären Demokratie heißen deswegen plebiszitäre Demokratie, weil sie von der Bevölkerung ausgehen sollen. Sie, meine Damen und Herren, wie auch wir, wie auch ich, sind Teile der repräsentativen Demokratie. Es ist nicht unsere Aufgabe, plebiszitäre Demokratie zu instrumentalisieren. Das sollen Bürgerinitiativen, Menschen aus der Bevölkerung selbst machen. Es geht nicht darum, parteipolitische Profite daraus zu ziehen. *(Aufregung bei den Abgen Mag Wolfgang Jung und Armin Blind.)* Es geht auch nicht, im Übrigen jetzt auch in Richtung der ÖVP, auf Parteiveranstaltungen Volksbefragungswerbung zu machen. Das ist ein Missbrauch dieser Instrumente. Diese Instrumente sollen in der Hand der Bevölkerung bleiben, sie zu gebrauchen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das sagen Sie auf einmal? Das ist unglaublich!)* So ist es. Ich sage es Ihnen auch ganz offen: Bei sehr, sehr vielen dieser Punkte, die Sie in Ihren Anträgen stehen haben, habe ich überhaupt kein Ressentiment dagegen. All dies sollen und wollen wir diskutieren. Gerald, erklärst du wieder, was Ressentiment heißt! All dies können wir diskutieren und all dies sollen wir offen diskutieren. Aber da geht es darum, und auch mein Vorredner hat es bereits gesagt, wir wollen und werden daran arbeiten, dass Demokratie nichts Statisches ist, sondern dass sie weiterentwickelt wird. Das machen wir gerne gemeinsam mit allen, die daran interessiert sind.

Da gibt es aber noch einen ganz, ganz wichtigen Punkt. Wenn Demokratie Mitbestimmung für alle heißt und wenn sie Mitbestimmung für alle heißt, die von demokratischen Entscheidungen betroffen sind, dann gibt es eine sehr, sehr große Bevölkerungsgruppe, die bisher hier völlig davon ausgeschlossen ist. In Wien sind die 13 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, die kein Wahlrecht haben. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Und was ist mit den Kindern?)* 13 Prozent! Das ist ungefähr so viel wie ihr oder wie wir an Wählern und Wählerinnen haben. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Kinder haben auch kein Wahlrecht!)* Reden wir auch darüber. Das ist ein guter Punkt, Herr Klubobmann. Die Kinder haben kein Wahlrecht. Wenn Sie eine Volksbefragung oder wenn Sie eine Volksabstimmung über das Parkpickerl oder über verkehrslenkende Maßnahmen wollen, dann sollten wir den Kindern tatsächlich ein Wahlrecht geben *(Beifall bei den GRÜNEN.)*, nämlich jenen Kindern, die dann lungenkrank sind, weil so viele Autos herumfahren. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie ruhig weiter!)* Danke für diesen Punkt! Die Kinder *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie ruhig weiter!)*, die durch Ihre autozentrierte und durch Ihren Missbrauch dieses Themas an Lungenkrebs erkranken, Lungenerkrankungen kriegen, an Asthma erkranken,

denen sollten wir tatsächlich das Wahlrecht geben, um sich gegen Ihre Politik zu wehren! Danke für diesen Punkt. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

13 Prozent der Stadtbevölkerung, das sind übrigens zum Großteil hier geborene Menschen, Menschen die sehr lange hier leben, Menschen, die hier Steuern zahlen, Menschen, die hier zu unserer Gesellschaft beitragen. Meine eigene Frau lebt seit sieben Jahren hier, zahlt Steuern, versucht, etwas zur Gesellschaft beizutragen. Meine Frau hat kein Wahlrecht in dieser Stadt, weder bei einer Volksbefragung noch bei einer Volksabstimmung noch bei einer Wahl. Ändern wir das gemeinsam! *(Beifall bei den GRÜNEN. – Aufregung bei der FPÖ.)* Meine Frau hat noch keinen Anspruch auf eine Staatsbürgerschaft, aber sie lebt seit sieben Jahren hier. Sie hat keinen Anspruch auf eine Staatsbürgerschaft. Es gibt viele Menschen, die hier geboren sind. Es gibt viele Menschen, die trotz Antrages keine Staatsbürgerschaft kriegen. Mein Sohn hat derzeit zwei Staatsbürgerschaften und wenn er 18 Jahre ist, muss er sich entscheiden, und das will er gar nicht. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Das ist skandalös!)* Warum? Mein Sohn ist Brasilianer und Österreicher. Warum soll er eine davon aufgeben, warum soll er nicht in beiden Ländern wählen können oder dort wählen können, wo er lebt, wenn er 16 ist? *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das kann er nicht! Er muss sich entscheiden!)* Er muss sich dann irgendwann entscheiden. *(Aufregung bei Abg Mag Dietbert Kowarik.)*

Ich freue mich sehr, wenn wir Sie mit im Boot haben. Bei Ihnen glaube ich es gar nicht, aber bei der ÖVP. Ich würde mich sehr, sehr freuen, wenn wir Sie mit im Boot hätten, damit zumindest einmal in einem ersten Schritt EU-BürgerInnen auch auf der Gemeindeebene mitwählen können. Da sind wir sehr froh. Das wird ein Lakmestest für die ÖVP, wie ernst Sie es tatsächlich mit der Demokratie meinen, wenn Sie dafür sorgen, wenn Sie uns helfen und wenn Sie auch auf Ihre Kollegen und Kolleginnen von der Bundesregierung einwirken, dass es endlich dazu kommt, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger in Wien wenigstens in einem ersten Schritt mitwählen dürfen, in einem nächsten Schritt alle Menschen, die hier den Lebensmittelpunkt ihrer Lebensinteressen haben, selbstverständlich. Die zahlen Steuern. Warum sollen die nicht mitreden können? Also reden wir tatsächlich über Demokratie. Von mir aus gibt es ein umfassendes Bekenntnis zu all diesen Formen von direkter, partizipativer und repräsentativer Demokratie.

Dazu muss ich jetzt auch noch etwas sagen, wenn wir darüber reden, eine Sache. Ich denke mir, man müsste manchmal Dinge erklären. Jetzt würde ich gerne wenigstens ein Flip-Chart da haben oder einen Beamer, damit man ein paar Dinge erklären kann. Auch darüber wäre natürlich in einer modernen Demokratie nachzudenken, ob wir hier nicht eigentlich in diesem Raum modernisieren sollten, dass wir überhaupt einmal darüber reden. Wir würden Ihnen gerne eine Graphik zeigen, was ein Dreisäulenmodell der Demokratie ist, was moderne Formen der Demokratie sind. Es ist überhaupt schwierig, in diesem Raum solche Dinge zu

verhandeln. In modernen Unternehmen hat man das alles. Auch darüber sollten wir nachdenken, welche Art, Form von Diskursen wir wählen. Wir arbeiten zum Beispiel gerade gemeinsam mit der StRin Frauenberger daran, dass wir mit Open Data und Open Government überhaupt den Zugang zu Informationen schaffen, die für Demokratie notwendig sind. Wir arbeiten hier und wir sind hier international Vorbild und zwar jetzt schon mehrfach ausgezeichnet. Wien ist dank der guten Zusammenarbeit von Rot-Grün, dank der guten Zusammenarbeit mit StRin Frauenberger, international mehrfach ausgezeichnet, weil wir in Sachen Open Data und Open Government Vorreiter sind. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Heiterkeit bei Abg Armin Blind.)* Auch das ist ein ganz, ganz wesentlicher Teil der Demokratie und der Transparenz.

Wir werden auch daran arbeiten, dass das, was hier im Gemeinderat stattfindet, mehr Öffentlichkeit finden kann. Ich weiß, das klingt für einige Redner und Rednerinnen wie ein Bedrohungsszenario, wenn ich in diese Richtung schaue, wenn Sie sich davor fürchten müssen, womöglich gehört zu werden und gefilmt zu werden oder wenn von manchen Reden irgendwelche Videos auf YouTube gestellt werden können. Dann werden sich manche von Ihnen seltener melden, vielleicht auch kein Nachteil. *(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN.)*

Sie sehen, Demokratie ist ein sehr, sehr umfassendes Thema. Es freut mich auch sehr, dass der Kollege Stürzenbecher erwähnt hat, dass alle Lebensbereiche mit Demokratie durchflutet werden müssen. Wir müssen auch in Betrieben darüber nachdenken, wie wir sie demokratisieren können. Wir müssen auch in der Wirtschaft darüber nachdenken, wie wir das demokratisieren können. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob das derzeitige Banken- und Finanzwirtschaftssystem überhaupt noch demokratischen Standards genügt. Wir müssen darüber nachdenken, ob nicht das Gemeinwohl ein höherer Wert ist als die Profite Einzelner und wie man das damit durch Demokratie erreichen kann. Wie man Schulen, Bildungsinstitutionen, Wirtschaftsinstitutionen und so weiter, überall, wo es geht, mit Demokratie durchflutet. Wie natürlich auch Gewerkschaften, Interessensvertretungen, auch alle mitreden können. die davon betroffen sind. Wie gesagt, noch einmal: Wenn wir Sie mit im Boot haben, dass alle Menschen, die hier leben und von Entscheidungen betroffen sind, also in erster Linie Menschen, die eine andere Staatsbürgerschaft haben, auch mehr mitreden können, dann sind wir sehr froh. Wir müssen uns selbstverständlich auch die Frage stellen, die Sie, Herr Aigner, gestellt haben. Sie haben wörtlich gesagt: „Wie wehren sich die, die es nicht unterschrieben haben?“ Genau, das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Wie denken wir darüber nach, die Leute in all diese Dinge hineinzukriegen? Wir haben einen steigenden Anteil an Nichtwählern und Nichtwählerinnen.

All das sind enorme Herausforderungen, vor denen wir stehen. Mich wundert es auch überhaupt nicht, dass

das derzeit so ist. Hier geht es auch um eine Reform von Bildungseinrichtungen, da geht es auch um mehr Investitionen. All das sind eigentlich Dinge, die wir hier in Wien mehr als andere machen, als alle anderen Bundesländer im Vergleich und auch als die Bundesregierung. Es heißt, Rot-Grün ist jetzt schon sehr, sehr gut unterwegs, aber ja, es ist ein weiter Weg vor uns, das zu erreichen.

Zum Abschluss meiner Rede werbe ich jetzt auch noch dafür. Es gibt gerade zwei Volksbegehren, die tatsächlich von Menschen aus der Bevölkerung initiiert worden sind, die Sie gerne unterschreiben können: Das Volksbegehren zur Vermögensbesteuerung, wo ich Sie sehr herzlich einlade, dafür zu werben. Das sind nämlich echte BürgerInnenbegehren und nicht von Parteien initiierte, und auch das Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien, wo ich Sie sehr herzlich einlade, diese Volksbegehren zu unterschreiben. Ich würde Sie auch einladen, auf Ihre Kollegen im Parlament und in der Bundesregierung einzuwirken, auch andere Volksbegehren der Vergangenheit, die massive Zustimmung erreicht haben, Bildungsvolksbegehren, aber bis hin zu weit zurückliegenden Volksbegehren, Gentechnikvolksbegehren, Frauenvolksbegehren und all diese Dinge, endlich einmal ernst zu nehmen. Dann können wir auch hier ernsthaft weiterreden. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Blind. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen!

Nach dem durchaus hörenswerten Vortrag meines Vorredners beziehungsweise den Ergüssen des engagierten Laien in rechtlichen und verfassungsrechtlichen Fragen von der Grünen Fraktion dürfen wir kurz hier auch einige Dinge feststellen. Der Kollege Werner-Lobo hat leider in vielen Bereichen Äpfel und Birnen vermischt und um es nicht allzu lang zu machen, werde ich nur die größten Fehlleistungen seiner Ausführungen aufklären.

Wie gesagt, manchmal hat man das Gefühl, dass man bei den GRÜNEN, was die Demokratie betrifft, wirklich mit der Definition anfangen muss: Es kommt aus dem Altgriechischen - also die Expertin dafür ist heute in dieser wichtigen Diskussion leider nicht da, aber ich darf es Ihnen kurz erläutern -, aus den Worten Demos und Kratia, zum einen Volk und zum anderen Herrschaft, zusammengesetzt eben Volksherrschaft. Für uns ist mit Volksherrschaft, und das ist für die Freiheitliche Partei nicht verhandelbar, die Volksherrschaft der österreichischen Staatsbürger gemeint. Sicherlich ist es mit der Freiheitlichen Partei nicht machbar, eine Ausdehnung auf Nichtstaatsbürger anzustreben. Das wird von uns in keiner Weise unterstützt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn sich der Kollege Werner-Lobo bei der direkten Demokratie insbesondere davor fürchtet, dass eine Mehrheit über die Minderheit bestimmt, so muss ich ihn darüber aufklären, dass eben die Bestimmung der

Mehrheit über die Minderheit das Wesen der Demokratie ist. Man kann natürlich, und das hat unsere Bundesverfassung auch vorgesehen, gewisse Quoren für diese Mehrheit festlegen. Wir haben eine einfache Mehrheit, wir haben eine Verfassungsmehrheit, unterschiedliche Quoren. Das steht selbstverständlich auch bei der direkten Demokratie nicht im Wege. Aber sich zu fürchten und zu sagen, man kann das Volk in gewissen Bereichen nicht abstimmen lassen, halte ich für unmöglich. Jeder, der sich etwas eingehender - da habe ich zum Teil meine Zweifel - mit der Demokratietheorie oder den Demokratietheorien beschäftigt hat, wird von Abraham Lincoln die sogenannte Gettysburg-Formel aus 1863 kennen, der gemeint hat: „Democracy is the government of the people by the people and for the people.“ Als legitim erachtet wird demnach eine demokratische Herrschaft, wenn sie vom Staatsvolk ausgeht.

Wie gesagt, die Diskussion, wer daher abzustimmen hat, wird mit uns sicher nicht geführt werden können. Sie soll natürlich auch durch das Staatsvolk ausgeübt werden und dem Interesse des Staatsvolkes dienen. Wie gesagt, dass die Politik, die teilweise von Rot und speziell von Grün betrieben wird, oftmals nicht den Interessen des Staatsvolks, sondern anderen Interessen dienen, haben wir hier in diesem Haus schon unzählige Male gehört. Deswegen möchte ich meine Ausführungen ganz speziell der Ausübung der demokratischen Partizipation durch das Volk widmen.

Wie gesagt, um dieses Ziel der demokratischen, der direkt demokratischen, aber vor allem auch der repräsentativ demokratischen Mitwirkung zu erreichen, muss das Wahlvolk zunächst einmal wissen, wen es wählt und es muss einmal wissen, was es wählt. Wie gesagt, bei der FPÖ ist das relativ einfach. Wer FPÖ wählt, bekommt FPÖ, da steht sicherlich kein Fragezeichen dahinter. Bei anderen Fraktionen ... (Abg Nurten Yilmaz: Ja, ja, nicht einmal das stimmt!) Bitte, Frau Kollegin? (Abg Nurten Yilmaz: Nicht einmal das stimmt!) Na selbstverständlich. (Abg Nurten Yilmaz: Nein!) Fragen Sie einen FPÖ-Wähler, was er sich von der FPÖ erwartet und dann fragen Sie ihn, ob er von dieser Fraktion enttäuscht wird. (Abg Mag Rüdiger Maresch: Ja, alte Frauen aussackeln, das glaubt man!) Bitte? Ja, der Kollege hat jetzt kurz eine Anmerkung getroffen, die ich leider akustisch nicht verstanden hab'. (Abg Mag Rüdiger Maresch: Alte Frauen aussackeln, das glaubt man!) Ja, Herr Kollege, das war jetzt eine unglaublich konstruktive, sich auf den Bereich der direkten Demokratie beziehende Aussage. (Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ. – Aufregung bei Abg Mag Rüdiger Maresch.)

Wie gesagt, da möchte ich mit dem Kollegen Akkilic sprechen. Es ist feig, sich hinter seiner beruflichen Immunität zu verstecken. (Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie können ja klagen!) Das kann ich eben nicht, wenn Sie es herinnen im Landtag sagen. Der nächste Laie. Herr Kollege, Sie sind ja nicht einmal ein fachlicher Laie (Aufregung bei Abg Mag Rüdiger Maresch.), Sie sind ein gänzlicher Laie. (Beifall bei der FPÖ. – Abg Mag Rüdiger

Maresch: Sie reden da arrogant daher!) Herr Kollege, die Arroganz ist nicht ein alleiniges Recht der GRÜNEN, speziell nicht der grünen Vorsitzenden. (Beifall bei der FPÖ.- Abg Mag Rüdiger Maresch: Ja, ja!)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich möchte wirklich dringend alle Fraktionen hier im Haus bitten, auch dem letzten Redner noch sein Rederecht gewähren zu lassen und nicht durch Zwischenrufe und Beifallskundgebungen ununterbrochen zu stören. Es ist nicht dem ... (Heiterkeit bei der FPÖ.)

Abg Armin **Blind** (fortsetzend): Danke, Herr Präsident, für die Unterstützung ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Lassen Sie mich ausreden! Ich meine auch Missfallenskundgebungen, gleichrangig. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Armin **Blind** (fortsetzend): Danke, Herr Präsident, für die Unterstützung. Ich halte Kritik sehr gut aus, gleichfalls Beifallskundgebungen von meiner Fraktion.

Wie gesagt, es ist natürlich eine gewisse Nervosität auf der grünen Seite durchaus nachvollziehbar, wenn man sich, sobald man in einer Regierung ist, um 180 Grad dreht und dann nicht einmal in der Lage ist, eigenen Anträgen zuzustimmen. Dann ist es natürlich nachvollziehbar, dass einem vorgehalten wird, dass der Wähler, wenn er die GRÜNEN wählt, ja in Wirklichkeit Roulette spielt. Man setzt vielleicht auf Grün oder auf Rot, aber in Wirklichkeit weiß man nicht, was man bekommt. Es handelt sich halt hierbei um eine Wendehalsfraktion, die nicht unbedingt Bürgerinteressen, sondern auch, was hier schon mehrfach erwähnt wurde, Partikularinteressen dient.

Zum Zweiten, und das ist ein Manko der repräsentativen Demokratie insgesamt, kann es eine Partei als solche natürlich niemals schaffen, vollständig den Wählerwillen abzubilden, weil eine Partei immer ein Programm hat und nicht eben 200 000 Programme oder 50 000 Programme, je nachdem, wie viel Wähler man auf sich vereinen kann. Deshalb haben die Menschen auch, und das haben wir ja, glaube ich auch, unstrittig hier in der Diskussion festgestellt, das zunehmende und berechtigte Gefühl, dass sich die Politik von ihnen entfernt, dass sie von der Politik nicht mehr wahrgenommen werden und dass ihre Stimmabgabe wenig Sinn macht. Das schlägt sich bedauerlicherweise auch in den Wahlergebnissen nieder. Also die letzten Wiener Wahlergebnisse haben zwischen 60 und 66 Prozent geschwankt. Ich halte das persönlich für eine sehr bedenkliche Entwicklung, für eine nicht wünschenswerte Entwicklung. Alle Maßnahmen, die den Bürger und die Bürgerin dazu motivieren, mehr Partizipation zu zeigen und mehr an der politischen Diskussion teilzuhaben, sind dringend zu unterstützen. Worin äußert sich diese Unterstützung? Wenn ich will, dass Bürger an der politischen Willensbildung teilnehmen, dann muss ich ihnen natürlich auch effektive Instrumentarien zur Verfügung stellen, die sie in die Lage versetzen, ihren politischen Willen zu artikulieren.

Deswegen finden Sie auch bei uns die Forderung nach einem mit effektiv niedrigen und überwindbaren Hürden angesetzten Volksbegehren.

Der Effekt daraus wird natürlich sein, umso mehr die Bürger mitbestimmen können, umso mehr werden sie sich auch in den politischen Diskurs einbringen. Deswegen fordern wir auch, was wir heute ja auch schon gehört haben, die Abschaffung der 5-Prozent-Hürde und sogar die Verringerung auf 1 Prozent, was dann eine tatsächliche Spitzenposition bringen würde im Gegensatz zu den 2 Prozent anderer Bundesländer.

Wie gesagt, manche Kollegen finden das lustig, manche Kollegen haben Angst vor dem Bürger. Aber ich kann Ihnen sagen, der Bürger ist selbstverständlich zu diesem Diskurs fähig. Der Kollege Lindenmayr hat ja in einer für mich nicht nachvollziehbaren Anmaßung die Bürger an und für sich fast kollektiv für unfähig erklärt, sachliche Entscheidungen selbst zu treffen, sondern es bedarf hier des Kollegen Lindenmayr und seiner Kollegen. *(Abg Siegi Lindenmayr: Was Sie schon wieder gehört haben!)* Beim Kollegen Al-Rawi war es anders. Er hat das jetzt so nicht formuliert, sondern er hat eher herausgestrichen, dass die Bürger dazu tendieren, dass sie ihre Partikularinteressen vertreten, ein Argument, das auch von anderen Seiten gekommen ist. Ich glaube, dass das Vertreten von Partikularinteressen mehr bei der repräsentativen Demokratie und sogar weniger bei der direkten Demokratie ein Problem darstellt. Darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen. Jedenfalls bleibt es auf jeden Fall für uns festzustellen: Es darf kein Politikfeld geben, es kann kein Politikfeld geben, das der direkten Abstimmung durch die Bevölkerung entzogen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, vollkommen übersehen ist, dass natürlich auch die repräsentative Demokratie ein Ausdruck des Souveräns sein soll. Das heißt, eine Frage, die man nach Ihrer Theorie dem Souverän nicht stellen kann, wäre auch etwas, was innerhalb einer Überlegung zur Abgabe einer Stimme für eine bestimmte Partei als Überlegung nicht zulässig wäre. Daher ist das eine vollkommen absurde und nicht nachvollziehbare Argumentation.

Wie gesagt, noch einmal auf den Kollegen Al-Rawi zurückkommend, der eben gemeint hat, dass die Bürger sehr stark Partikularinteressen nachgehen würden, möchte ich mal kurz anmerken, wie es nämlich da real aussieht. In einer repräsentativen Demokratie haben wir bestimmte, relativ mächtige Vereinigungen, in Österreich ganz speziell ausgeprägt, die ihre Partikularinteressen in einer Regierung relativ effizient einbringen können und wo Partikularinteressen relativ stark durch Regierungsfractionen vorangetrieben werden können. Genau hier stehen wir als Vertreter und Vertreterinnen der Bürger dagegen, dass wir eben sagen, es sollen nicht mächtige Lobbys, es sollen nicht supranationale Konzerne, es sollen nicht internationale Organisationen ihren Wunschzettel bei der Regierung abgeben können und diese Regierung springt dann nach deren Vorstellungen, sondern der Bürger soll in letzter Konsequenz die Macht haben, seine Interessen

durchzusetzen und nicht fremde Mächte. Genau in diese Richtung zielt natürlich auch die von uns geforderte Veto-Volksabstimmung. Der Bürger soll nicht nur das Initiativrecht haben, sondern auch die Möglichkeit haben, Regierungsiniciativen beziehungsweise Parlamentsiniciativen, die aus seiner Sicht einen Schaden bringen würden, als letzte Kontrollinstanz zu verhindern. Das hätte mehrfache Vorteile, nämlich zum einen, dass gesichert ist, dass nur Interessen durchsetzbar sind, die eben von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen sind, was aber auch natürlich gleich den präventiven Effekt hätte, dass eine Regierung bemüht wäre, zuvor alle Gruppen einzubinden, um der Gefahr einer nachträglichen Ablehnung durch das Volk zu begegnen.

Wie gesagt, leider habe ich das Gefühl, dass sich die GRÜNEN und auch die SPÖ vor dem Willen des Volkes immens fürchten, weil man immer nur hört, alles sei von Kollegen in Vorbereitung, aber es passiert ja nichts. Wir haben den Antrag auf die Demokratiereform eingebracht. Sie als GRÜNE haben diesem Antrag damals nicht zugestimmt. Die GRÜNEN haben einen Vertrag zusammen mit der ÖVP und zusammen mit den Freiheitlichen unterschrieben. Aber von dem wollen die GRÜNEN nichts mehr wissen, weil es ja keine Gespräche mit der Freiheitlichen Partei gibt. Wir haben uns, soweit ich weiß, genau, der Kollege Kowarik, glaube ich, hat sich einmal zu dieser Demokratiereformrunde bei Ihnen einfänden dürfen und seitdem steht alles still. *(Abg Heinz Hufnagl: Alles zu seiner Zeit!)* Also wenn das Ihre Paktfähigkeit und Ihre Reformbereitschaft ist, dann müsste die direkte Demokratie in Wien und in Österreich dringendst eingeführt werden, weil der Bürger mit jeder Art von Initiative auf jeden Fall schneller ist als Sie.

Der Kollege Herzog hat auch bereits die Information erwähnt, die die Bevölkerung braucht, eine transparente, eine vollständige, eine objektive Information, die leider auf Grund der Medienlandschaft in Österreich nicht immer voll garantiert ist. Das hängt natürlich nicht damit zusammen, dass die Medien an sich schlecht berichten, sondern das hängt natürlich auch damit zusammen, dass es Interessen der Medien gibt. Ich streiche da ganz besonders die Einschaltungen in den Medien, die Werbung in den Medien, die Subvention an die Medien, die ergehen, die Presseförderung hervor. Wenn man sich natürlich derartig Medien andient, dann muss man natürlich auch damit rechnen, dass diese Medien nicht nur objektiv sind. Daher auch unsere Forderung nach einem objektivierten Folder, nach einer objektivierten Broschüre für die Bevölkerung im Rahmen derartiger Initiativen. Und wenn der Kollege Werner-Lobo so großartig die Open-Data-Datenbank der Stadt Wien herausstreicht, dann frage ich mich ehrlich, wie glaubhaft ist der Kollege Werner-Lobo, wie glaubhaft sind die GRÜNEN, eine Fraktion, die beispielsweise die verlängerten Übertragungen durch den ORF abgelehnt hat, die sich permanent gegen eine Subventionsdatenbank sträubt und die sich permanent gegen eine Inseratendatenbank sträubt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie gesagt, auf die kleineren Sachen möchte ich jetzt auf Grund der Zeit, die mir verbleibt, gar nicht mehr weiter eingehen wie die Abschaffung der durchaus zu Missbrauch neigenden Nachfrist von acht Tagen, die ja, wie wir gesehen haben, immer eigentlich in eine Richtung ausgeschlagen hat, nämlich in die Richtung der politischen Linken. Dadurch ist auch gut ableitbar, wie sehr es manche Menschen mit der Wahlordnung nehmen, wenn es in ihrem eigenen Interesse ist.

Zum Antrag der ÖVP. Selbstverständlich werden wir diesem zustimmen, obwohl wir nicht so wie der Kollege Ulm davon überzeugt sind, dass er der bessere Antrag ist. Wir halten zum Beispiel die Abstimmung über das Internet weiterhin für durchaus problematisch, weil wir da große Datenschutzbedenken, große Bedenken zum geheimen und zum persönlichen Wahlrecht haben. Aber wie gesagt, das wäre durchaus auch eine Frage der technischen Umsetzung. Ich habe aber bei allem, was technisch in diesem Bereich ist, in diesen Kernbereichen des Staates und der Demokratie, meine großen Vorbehalte. Wie gesagt, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass ich Sie davon überzeugen kann, diesen Antrag zu unterstützen, weil Sie in Ihrer Meinung relativ festgefahren sind. Ich darf es nur zusammenfassen: Die Vorteile wären, auch bei einer erfolglosen Initiative würde die Regierung auf Handlungsbedarf aufmerksam gemacht werden. Der Diskurs würde gestärkt werden. Innovationen, Sichtweisen und Lösungsvorschläge würden in den politischen Prozess eingebracht werden, Grundsatzdiskussion eröffnet werden, Verhandlungs- und Kompromissfähigkeit der Bevölkerung erhöht werden. Transparenz und Kontrolle durch die Bevölkerung würden wachsen. Es würde ein öffentlicher Meinungsbildungsprozess erzeugt werden, eine informierte Öffentlichkeit geschaffen werden. Alles Dinge, die einer modernen, einer starken, einer westlichen Demokratie gut tun. Verhindern Sie es nicht! Blockieren Sie nicht! Verbleiben Sie nicht in der Vergangenheit! Verbleiben Sie nicht in vorgestrigen Zeiten! Stimmen Sie unserem Antrag möglicherweise doch zu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Hufnagl. Ich erteile es.

Abg Heinz **Hufnagl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages!

Diskurse über das Wahlrecht und über die Zusammenspielsituationen, die Wechselwirkungen von repräsentativer und direkter Demokratie sind wohl so alt wie demokratisch gewählte Parlamente als solche. Auch im Wiener Landtag gab es wiederholt derartige Diskussionen. Daher ist die heute Dringliche Anfrage der Freiheitlichen weder rasend neu noch besonders aktuell, und auf Grund der Tatsache, dass die Wiener Legislaturperiode aller Wahrscheinlichkeit nach bis Oktober 2015 dauern wird, auch alles andere als wirklich dringlich. Eher scheint es so zu sein, dass die Freiheitlichen bei zwei Sitzungstagen hintereinander

ohne dringliche Initiative nicht wirklich zufrieden sind, es als unerträglich empfinden und das ewige Klagegedicht über das Wiener Wahlrecht anstimmen, natürlich offensichtlich im Auftrag ihrer Strategiegengies und Plakatproduzenten Kickl und Jenewein das Herz für die direkte Demokratie entdeckt haben und flugs eine Reihe neuer Petitions- und Interpellationsinstrumente, dummerweise mit einigen verfassungsrechtlichen Fallschlingen, heute hier einbringen.

Aber hübsch der Reihe nach. In der Einleitung beklagen die Antragsteller, dass unser Wahlrecht starke Parteien überproportional bevorzugt und behaupten völlig realitätsfern, dass mit nur 39 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen die absolute Mandatsmehrheit erreichbar sei. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Nicht 30 Prozent! 43 Prozent!)* Wahr ist ... Es steht 39 drinnen, Kollege Jung. Tun Sie das innerfraktionell redigieren. Ich kann mich nur an Ihren offiziellen Text halten. Wahr ist vielmehr, dass die Wahlrechte aller neun österreichischen Bundesländer mehr oder weniger starke mehrheitsverstärkende Elemente beinhalten. Und das ist auch gut so, weil damit die Regierbarkeit dieser Bundesländer jedenfalls positiv beeinflusst wird. Und Fakt ist darüber hinaus, das zweistufige Wiener Wahlrecht zum Landtag und Gemeinderat gewährleistet im ersten Ermittlungsverfahren nach Hagenbach-Bischof, dass in den 18 nach Bezirken gegliederten Wahlkreisen etwa drei Viertel der 100 Mandate direkt vergeben werden und damit der Wechselbezug der Mandatare zu der Bezirksbevölkerung bestmöglich gewährleistet ist. Die Restmandate werden sodann an jene Parteien verteilt, die entweder ein Grundmandat erreicht haben oder über 5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen verfügen.

Wie schaut nun gerade bei der Opposition das Verhältnis Mandate zu Stimmenanteil aus? Wie schaut's beim oft kritisierten Gerechtigkeitsfaktor aus? Bei der Wiener Gemeinderatswahl am 10. Oktober 2010 hat die Freiheitliche Partei Österreichs 25,77 Prozentpunkte erreicht, aber 27 von 100 Mandaten. Und selbst die geschwächte ÖVP erhielt für 13,99 Prozent der Stimmen noch immer 13 Gemeinderatssitze, weil Zehntel- und Hundertstelabgeordnete können beim besten Willen nicht vergeben werden. Würde man dem - passen Sie auf von der FPÖ - von der FPÖ geforderten strikten Proportionalitätssystem zwischen abgegebenen Stimmen und zu vergebenden Mandaten Folge leisten, müssten Sie sich überlegen, welche Ihrer beiden blauen Mandatare jetzt zurücklegen sollen. *(Abg Johann Gudenus, MAIS: Haben Sie mir zugehört?)* Dieser Aderlass könnte nicht einmal mehr durch die sukzessive Gewährung und Vereinnahmung des Kollegen Dr Aigner ausgeglichen werden. So schaut's dann aus im blauen Haus. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Das ist vorgeschrieben! – Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Herr Hufnagl, da geht es um Fairness. Das ist unglaublich so was!)*

Und nun zu den Instrumenten der direkten Demokratie. Sie vermitteln mit dem sechsseitigen Papier heute den Eindruck, dass in Wien in Sachen direkter

Demokratie geradezu steinzeitmäßige Zustände herrschen würden und erst durch Ihre erhellende Aktivität heute würden Sie hier für Besserung sorgen. Wahr ist vielmehr, seit Jahrzehnten gibt es in der Wiener Stadtverfassung die drei wichtigsten Elemente Volksabstimmung, Volksbefragung und Volksbegehren. Volksbefragungen können allen Lamentos aus der Opposition zum Trotz auf Gemeindeebene klarerweise in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallend abgehalten werden. Voraussetzungen sind dafür entweder ein Beschluss dieses Hauses, nämlich des Gemeinderatskollegiums oder 5 Prozent der Wahlberechtigten bei der jeweils vorangegangenen Gemeinderatswahl. An historisch bedeutsamen Volksbefragungen seien in Erinnerung gerufen, und jetzt sei noch einmal darauf hingewiesen, wie breit die Themenvielfalt war, die sehr wohl die Hürde von Volksbefragungen locker erreicht hat: 1973 Volksbefragung Sternwartepark, 1980 vier Befragungen zu den Themen Vorrang öffentlicher Verkehr, Abschaffung der Dreiecksstände - das war damals im Empfinden der Menschen zu Recht ein besonderes Ärgernis, dass vor allem in Wahlzeiten das Wiener Straßenbild von diesen Ständen ja geradezu zugestülpt war -, ebenfalls 1980 Ausbau Flötzersteig-Bundesstraße und Auflassung von Sperrfriedhöfen. Auch damals hat sich hier die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung schlussendlich durchgesetzt und die Sperrfriedhöfe sind wieder aufgehoben worden. 1981 Beteiligung Wiens am Konferenzzentrum, Vorrang für die Stadterneuerung und im Dezember 1981 sechs Fragen, unter anderem Verbauung der Steinhof-Gründe, sozialer Wohnbau und Förderung der Altstadtsanierung.

1990 Beibehaltung der Linie 8 und Bebauung des Areals Körner-Schlüssel im 23. Bezirk. 1991 Weltausstellung, es ging damals um die strittige Frage, macht Wien zusammen mit Budapest eine EXPO und dann schlussendlich das von der Mehrheit begrüßte Flusskraftwerk Freudenau.

Und interessanterweise, meine Damen und Herren von der freiheitlichen antragstellenden Fraktion, da endet Ihr historisches Gedächtnis. Auf Seite 3, auch für den Herrn Kollegen Jung, der alles besser weiß, nachzulesen, wird tatsächlich behauptet, seit 1991 gab es keine Volksbefragung mehr in Wien. Sie verschweigen geflissentlich, dass vom 11. bis 13. Februar 2010 zu fünf entscheidenden Fragen die Wienerinnen und Wiener mit einer national und international wirklich herausragenden Beteiligung von 35,6 Prozent zu den Themen neuer Hausbesorger, Nacht-U-Bahn an Wochenenden und vor Feiertagen, City-Maut, Ganztagschule und Hundeführschein ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben. Offensichtlich noch unangenehmer als die Tatsache, dass diese Volksbefragung als solche stattgefunden hat, ist das Faktum, dass alle vier positiv beantworteten Fragen mittlerweile in der Stadtpolitik Realität geworden sind: StR Ludwig hat das neue Berufsbild der Hausbetreuer entwickelt, StR Oxonitsch verwirklicht das flächendeckende System der Ganztagschulen, StRin

Ulli Sima hat gegen den inhaltlichen Widerstand der Freiheitlichen und etliche Wortmeldungen und Anträge dazu, die sind uns alle noch gut in Erinnerung, den Hundeführschein sehr wohl im Konsens mit der Bevölkerung eingesetzt. Und die U-Bahn bringt seit Oktober 2010 in den Nächten an den Wochenenden und vor Feiertagen jedenfalls tausende Fahrgäste rund um die Uhr sicher an ihre gewünschten Ziele.

Wir können resümieren: Gerade die Volksbefragung 2010 hat bewiesen, dass der interaktive Dialog der Wienerinnen und Wiener mit der Politik dieses Hauses prächtig funktioniert. Und die Folge dieser großen Befragung war, dass das Serviceangebot der Stadt Wien um vier entscheidende Leistungselemente bereichert wurde. Auch wenn es der Freiheitlichen Partei nicht passt, auch wenn es die freiheitliche Partei in ihrem Antrag ignoriert, dieses Ergebnis der Volksbefragung und seine konkreten Auswirkungen auf die Verbesserungen in der Stadt sind herzeigbar und wir können stolz darauf sein.

Volksabstimmungen in Wien können sowohl vom Gemeinderat als auch vom Landtag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Volksbegehren wiederum sind von mindestens 5 Prozent der Bevölkerung der Wahlberechtigten der jeweils letzten Landtagswahl zu unterstützen. Auch dafür gibt es pars pro toto eine ganze Reihe von Volksbegehren allein zwischen 1999 und 2011 zu den Themen Familien, Studiengebühren, Veto gegen Temelin, Sozialstaat Österreich, Abfangjäger, atomfreies Europa, Pensionen, Raus aus Euratom und schlussendlich die heute schon von anderen Rednern angesprochene Initiative zum Bildungswesen in Österreich, sprich, Reformen, die überfällig sind und die von den Konservativen dieses Landes immer wieder hintertrieben werden.

Zur Weiterentwicklung der demokratischen Grundstrukturen in unserer Stadt wurde die Arbeitsgruppe Wahlrecht eingerichtet. Sie ist von verschiedenen Rednern der beiden Regierungsfractionen bereits mehrfach angesprochen worden. Sie befasst sich vor allem mit der Verstärkung des Persönlichkeitswahlrechts, ich denke, ein Thema, wo wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg einer Meinung sind. Sie befasst sich weiterhin mit einer leichteren Wirksamkeit von Vorzugsstimmen sowohl auf Gemeinderats- als auch auf Bezirksvertretungsebene und sie muss natürlich auch die Anpassungen des Wahlrechtsänderungsgesetzes 2011 von der Bundesebene übernehmen. Auch hier Konsens bei allen. In der Tat gab es Missbrauch bei der Nachfrist von Briefwahlstimmen, Missbrauch, der leider auch von einer Partei zu missbräuchlichen Inseraten nach dem Wahltag 10.10.2010 verwendet wurde, allerdings am Gesamtergebnis dann nichts mehr ändern konnte. Und auch die höchstgerichtliche Entscheidung im Falle Frodl ist hier sicherlich auch im Wiener Wahlrecht zu berücksichtigen.

Zum Petitionsrecht. Kollege Stürzenbecher hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Begriff etwas antiquiert ist und durch eine zeitgemäße moderne

Definition ersetzt werden sollte. Jedenfalls zum Recht einzelner Bürgerinnen und Bürger, dieser Stadt ihre Anliegen, ihre Gedanken, ihre Wünsche an die Stadtpolitik heranzutragen, ist ebenfalls der Diskussionsprozess eingeleitet. Und sobald es zwischen den Regierungsfractionen und zu all diesen Themen weitestgehenden Konsens gibt, wird man natürlich die beiden Oppositionsparteien einladen, um zum gemeinsamen Anliegen die Demokratie in Wien zu beleben, zu bereichern und weiterzuentwickeln, auch eingebunden zu sein.

Hoher Landtag, auf eine besondere Peinlichkeit allerdings bei diesem freiheitlichen Antrag muss ich noch hinweisen, und zwar das Thema der Direktwahl des Bürgermeisters. In Art 112b der Bundesverfassung ist ausdrücklich festgehalten, dass der dann später formulierte Art 117b die geregelte Direktwahl aller österreichischen Bürgermeister festlegt, mit Ausnahme der Bundeshauptstadt Wien. Das ist in der Bundesverfassung explizit festgehalten. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Das merkt man!*) Das hat für Wien keine Gültigkeit. Man muss kein Verfassungsrechtler sein, ich bin auch keiner, um das einmal nachzulesen.

Dann gibt es noch ein zweites Kriterium und das ist für Juristen, für Nichtjuristen im FPÖ-Klub sicherlich leicht nachvollziehbar, die Personalunion zwischen Bürgermeister und Landeshauptmann. Bekanntlich wird der Landeshauptmann in Wien von der Landesregierung gewählt und kann daher keiner direkten Volkswahl unterzogen werden.

Ich komme zum Abschluss. Der heutige

Wunsch Katalog der FPÖ Marke „Christkind goes democracy.“, der nicht einmal berücksichtigt, dass ein Begehren zur Änderung der Bundesverfassung nicht in einem Landtag beschlossen werden kann, ist jedenfalls nicht wirklich geeignet, uns bei der Diskussion der Verbesserung demokratischer Strukturen in Wien nennenswert voranzubringen. Und dumm für die FPÖ: Daran sind nicht einmal die Ausländer schuld. Ich danke herzlich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Besprechung des Dringlichen Antrages ist somit beendet. Diesen Antrag weise ich zur weiteren Behandlung dem Herrn Landeshauptmann zu.

Es liegt ein Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Abgeordneten Dr Wolfgang Ulm und Dr Fritz Aichinger vor betreffend Demokratieoffensive für Wien. Es wird in formeller Hinsicht die Zuweisung an den Herrn Landeshauptmann beantragt.

Ich komme zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem vorliegenden Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird unterstützt von ÖVP, FPÖ und dem parteiunabhängigen, klubunabhängigen Abgeordneten und hat somit keine Mehrheit gefunden.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche schöne Pfingstfeiertage.

(*Ende der Sitzung um 15.17 Uhr.*)